

ROLAND APPEL/  
MARTIN BÖTTGER  
Rot-Grün –  
keine Utopie

ALBRECHT KOSCHÜTZKE  
Die Linke  
in Lateinamerika

ANNELIES LASCHITZA  
Rosa Luxemburg

KLAUS DÖRRE  
Eine Arbeiterbewegung  
von rechts?

# SPOW

Zeitschrift  
für  
Sozialistische  
Politik  
und  
Wirtschaft

# LATEINAMERIKA







# Frühjahrstagung der SPD-Linken

von Joachim Schuster\*

Die traditionell im Sozialistischen Bildungszentrum in Oer-Erkenschwick stattfindende Frühjahrstagung des *Frankfurter Kreises* der sozialdemokratischen Linken sollte in diesem Jahr dazu dienen, inhaltliche Anforderungen an das Regierungsprogramm (und das mögliche Regierungshandeln) der SPD untereinander sowie zeitweise auch mit Rudolf Scharping zu diskutieren. Im Mittelpunkt standen vom 18.-20. Februar zwei Themenbereiche, die in der wirtschaftspolitischen Diskussion eine herausgehobene Rolle spielen - nämlich die Thematik der „Staatsreform“ und die Frage einer sozialgerechten Finanzpolitik. Damit setzte die SPD-Linke ihre im Vorfeld des Wiesbadener Parteitagbeschlusses begonnenen Bemühungen um eine eigenständige wirtschafts- und sozialpolitische Profilierung fort. Die Widersprüchlichkeit dieser Bemühungen trat schon auf dem Parteitag selbst bzw. in den unterschiedlichen Parteitagseinschätzungen zutage (siehe die Artikel von Horst Peter und Ralf Krämer in der letzten *spw*) und war auch in Oer-Erkenschwick festzustellen.

Dreh- und Angelpunkt der Debatte mit Rudolf Scharping sollte ein Papier sein, das unter dem Titel „Anforderungen an unser Regierungsprogramm“ firmierte, dessen inhaltliche Stoßrichtung aber im Dunkeln blieb, tauchten darin doch Positionen auf, die bislang eigentlich gar nicht von der Parteilinken geteilt wurden - z.B. daß die aus der ökologischen Steuerreform zu gewinnenden Mittel auch für die „Entlastung des Faktors Arbeit“ eingesetzt und (dadurch) auch mittlere Einkommen steuerlich entlastet werden sollen. Wurde dies damit begründet, daß dies Parteitagbeschlüsse sei und man Scharping eben damit konfrontieren wolle, findet man in den Anforderungen andererseits Positionen der Linken, die keineswegs auf dem Parteitag beschlossen worden sind - z.B. die Investitionshilfebahn zugunsten von Investitionen in den ostdeutschen Bundesländern und zu Lasten dort nicht-investierender Unternehmen.

In dieser Gemengelage drückt sich der wohl unausrottbare Wunsch der „Frankfurter“ aus, die jeweilige Beschlußlage auf Biegen und Brechen für sich reklamieren zu können - so auch im Nachgang des Wiesbadener Parteitages.

Zu der in den „Anforderungen an unser Regierungsprogramm“ thematisierten Staatsreform wurde auf diesem Parteitag im wesentlichen folgender Satz beschlossen: „Aufgaben, die zur Zeit vom Staat erfüllt werden, die aber von Privaten besser wahrgenommen werden können, sollten privatisiert werden.“ Wie man mit einem derartigen Null-Satz - zugleich Freifahrtschein für sozialdemokratische Privatisierungsfans - als Linke umgehen kann, stand faktisch im Mittelpunkt der ersten Diskussionsrunde zum Thema „Modernisierung des Staates“. Wie brisant sich diese Frage innerhalb der Sozialdemokratie darstellt, haben ja die Auseinandersetzungen um die sog. Postreform - ca. 30 linke SPD-Abgeordnete haben sich immerhin gegen selbige ausgesprochen - ebenso gezeigt wie die staatsseitigen sozialdemokratischen Verhandlungsführer in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes mit ihrer Ablehnung einer „sozialen Komponente“ in der künftigen Tarifstruktur (sie sei „leistungshemmend“, so NRW-Finanzminister Schleußer).

Eingeleitet durch Frieder Naschold, Direktor des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung Berlin, und Kurt-Ulrich Heldmann, Personalsratsvorsitzender der hessischen Kultusbehörde, widmeten sich der Kreis zunächst der Frage nach der Modernisierung des Staates. Unbestritten war bei allen TeilnehmerInnen, daß eine Reform des öffentlichen Dienstes dringend notwendig sei, soll der Staat weiterhin in der Lage sein, seine Aufgaben inhaltlich zufriedenstellend und effizient zu lösen. Die Referate machten deutlich, daß eine solche Reform nicht allein kostenorientiert diskutiert und durchgeführt werden kann. Ausgehend von internationalen Erfahrungen könne weder pauschal eine Privatisierung öffentlicher Aufgaben noch eine alleinige Strategie der Binnenmodernisierung befürwortet werden. Beides stoße schnell an Grenzen oder

erweise sich selbst unter Kostengesichtspunkten zuweilen als kontraproduktiv. Demgegenüber müsse zunächst geklärt werden, welche Aufgaben zukünftig vom Staat, welche gesellschaftlich und welche privat erbracht werden sollen. Nur auf dieser Basis sei eine Reform des öffentlichen Dienstes erfolgversprechend, allerdings nur, wenn die Beschäftigten in allen Reformphasen einbezogen werden.

Leider kam es in der ersten Runde nicht dazu, genau diese Aufgaben zu bestimmen und dementsprechende Konturen einer linken Staatsreformkonzeption zu zeichnen. Deutlich konkretere Forderungen wurden dagegen im zweiten inhaltlichen Schwerpunkt der Tagung formuliert. Hauptreferent Rudolf Hickel von der Uni Bremen stellte ebenso wie Jochen Poß, Sprecher der AG-Finanzien bei der SPD-Bundestagsfraktion, heraus, daß zunächst zu klären sei, welche Aufgaben die öffentliche Hand erfüllen solle und welche nicht. Hickel vertrat dabei die These, daß solche Überlegungen zu dem Ergebnis führen würden, daß bei einzelnen Aufgabenfeldern ein Rückzug des Staates möglich und auch wünschenswert sei, in anderen Fällen aber, etwa bei der Arbeitsmarktpolitik, eine Ausweitung der Staatstätigkeit erforderlich sei.

Die Frage der Finanzierung der Staatstätigkeit sei somit immer eine abgeleitete Debatte. Die von Lafontaine und Scharping vorgetragene pauschale Forderung nach einem Einfrieren oder gar einer Zurückführung der Staatsquote und der Verschuldung sei dagegen kontraproduktiv. Eine Reformpolitik, die wirklich die drängenden wirtschaftlichen Probleme aufgreift, dürfe demgegenüber die Begrenzung der Staatseinnahmen nicht zum Dogma erklären. Eine sozial gerechte Finanzierung muß zumindest erhebliche Umstrukturierungen auf der Einnahmenseite vornehmen, wobei entgegen weitverbreiteter Äußerungen von führenden Sozialdemokraten diese nicht aufkommensneutral sein dürften, sondern Mehreinnahmen durch eine höhere Belastung besser Verdienender und der Unternehmen beinhalten sollten. Angesichts der massiven Umverteilung der 80er Jahre ist dies

mehr als gerechtfertigt. Sollten sich dagegen die Vorschläge der Parteiführung durchsetzen, droht der angekündigte Abbau der Arbeitslosigkeit in einer lediglich sozial abgefederten Fortsetzung der Grundlinien der derzeitigen konservativen Regierungspolitik zu enden. Allerdings sollte man an dieser Stelle mit Blick auf die „Anforderungen an unser Regierungsprogramm“ darauf hinweisen werden, daß der Wiesbadener Parteitag die Prinzipienentscheidung zugunsten einer Senkung der Staatsquote schon gefällt hat - und zwar mit der schönen Formulierung: „In Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage Begrenzung des Ausgabenanstiegs auf eine Zuwachsrate, die spürbar unter dem Nominalzuwachs des Brutto-sozialprodukts liegt.“

Im Unterschied zur SPD-Linken konnte sich Joachim Poß mit wesentlich größerem Recht auf die Beschlußlage von Wiesbaden berufen - was natürlich finanzpolitisch und für die zu finanzierenden Maßnahmen manches befürchten läßt. Auf der anderen Seite sollte man an dieser Stelle einen Punkt hervorheben, der ansonsten kaum angesprochen wurde - nämlich die „negative Einkommenssteuer“, mit deren Hilfe Niedriglohneempfänger staatliche Zuwendungen (eben „negative“ Steuern) erhalten sollen, die - so Poß unterstützenswerterweise - in der Konsequenz zur systematischen Schaffung eines Niedriglohnsektors führen dürfte und daher abzulehnen sei, auch wenn manche Sozialdemokraten damit liebäugeln (so die Grundwertekommission beim Parteivorstand!). Darüberhinaus erwähnte Hickel eine andere Zuwendungsproblematik, zu der sich die SPD-Linke ebenfalls noch nicht dezidiert geäußert hat - nämlich die von ihm befürworteten staatlichen Zuwendungen bei Arbeitszeitreduzierungen nach dem VW-Modell.

Eben dieses Modell hatte es dem in der dritten Diskussionsrunde auftretenden Rudolf Scharping besonders ange-tan, wollte er doch sowohl das VW- wie auch das Chemie-Modell im nationalen Maßstab verwirklicht sehen (worauf in der Debatte nicht mehr eingegangen wurde). Überhaupt nahm Scharping kein Blatt vor den Mund und versuchte von sich aus die Streitpunkte anzusprechen - gipfelnd in der Formulierung: „Ich mache absolut nichts, von dem ich persönlich überzeugt bin, daß es in den Jahren von 1994 bis 1998 nicht gehalten werden kann!“ Dementsprechend wenig

blieb von der in der *spw* von Uwe Kremer jüngst gelobten „sozialkämpferischen“ Redeweise oder auch von Horst Peters im selben Heft getroffener Behauptung, Scharping sei für die SPD-Rechte nicht reklamierbar. Während die erwähnten „Anforderungen an unser Regierungsprogramm“ in Scharpings Ausführungen ebensowenig eine Rolle spielten wie in der Diskussion, gelang es in der Debatte - angefangen mit dem hart konturierten Beitrag der Bundestagsabgeordneten Sigrid Skarpelis-Sperk und gestützt auf die vorhergehenden Ausführungen von Rudolf Hickel - die tatsächlichen Unterschiede stärker herauszuarbeiten.

Es wird sich noch zeigen, inwieweit sich die Linke in den kommenden Monaten in Parteidisziplin übt und auf die Wiesbadener Beschlußlage einengen läßt oder weiter an der Konturierung und Profilierung der eigenen Positionen arbeitet - bezugnehmend auf Wiesbaden (und auch auf Scharping), wo es richtig ist (insbesondere beim Abschöpfen höherer Einkommen und Großvermögen), aber auch klar ablehnend, wo die Ideologie „zu hoher Arbeitskosten“ und eine restriktive Finanzpolitik den Spielraum für Reformpolitik schon im Ansatz zu zerstören drohen. Wenig Illusionen machte man sich über die Möglichkeiten, noch das Regierungsprogramm von links her prägen zu können. Umso wichtiger wird die inhaltliche (und seelische) Vorbereitung auf die „Zeit danach“ - also nach den Bundestagswahlen.

Dies verweist schließlich auf die Handlungsfähigkeit des Frankfurter Kreises, die zum Abschluß diskutiert werden sollte. Der Juso-Bundesvorsitzende Thomas Westphal wies in einer „Reformskizze“ zur Arbeit der Parteilinken u.a. darauf hin, daß sich der Seeheimer Kreis der Parteirechten zunehmend besser formiere, nach außen darstelle und z.B. Einfluß im Jugendbereich nehme. Demgegenüber benötige die Linke eine eigenständige inhaltliche Projektorientierung, eine effizientere politische Koordinierung und eine systematischere Öffentlichkeitsarbeit. Als zentrales Projekt wurde der „sozial-ökologische Umbau“ definiert. Leider kam es in Oer-Erkenschwick nicht mehr zu einer intensiveren Debatte über die Neustrukturierung des Frankfurter Kreises. So blieben Stichwörter wie *Regionalisierung der inhaltlichen Arbeit*, *Stärkung fachlicher Arbeitsgruppen*,

*Koordinierung im Bereich wissenschaftlicher MitarbeiterInnen*, *Herausgabe eines Frankfurter Kreis-Infos* usw. weitgehend unausdiskutiert.

Allerdings: Am Rande des Kreises wurde die Fortführung der begonnenen wirtschafts- und sozialpolitischen Programmarbeit vereinbart. Und am 4.März traf sich - anknüpfend an den Vorschlag von Thomas Westphal - zum ersten Male eine übergreifend angelegte Projektgruppe zum „sozial-ökologischen Umbau“. In diesem Zusammenhang sollte auch auf die AG Kommunalpolitik des Frankfurter Kreises hingewiesen werden, die sich konkret mit den vor Ort spürbaren aktuellen Restriktionen für einen derartigen Umbau herum-schlagen muß und dennoch versucht, den miesen Realitäten linke Perspektive abzupressen.

## spw intern

Liebe Leserinnen und Leser, heute haltet Ihr die zweite Ausgabe der „neuen *spw*“ in der Hand. Die erste Ausgabe war ein großer Erfolg, sehr viele Neuabos und Probeheftbestellungen sind bei uns eingetroffen. Wir würden uns freuen, wenn Ihr helfen würdet, damit *spw* noch mehr Verbreitung findet. Daher können beim Verlag jederzeit Werbekarten zum Beispiel zur Verteilung auf Veranstaltungen angefordert werden. Wir suchen auch weitere „Vertriebsagenten“ oder „Vertriebsagentinnen“, die regelmäßig einige Exemplare der *spw* auf Kommission zum Weiterverkauf bekommen. Wer Interesse daran hat, soll sich bitte bei uns melden.

An dieser Stelle möchten wir alle Leserinnen und Leser, bei denen sich die Anschrift geändert hat oder in nächster Zeit ändert, bitten, unbedingt die neue Adresse direkt an den Verlag weiterzuleiten. *spw* wird nämlich als Postvertriebsstück nicht nachgesendet und wir müssen oft sehr aufwendige Recherchen anstellen, um die neue Anschrift zu bekommen. Alle Empfänger/innen einer Rechnung für das Jahresabo 1994 möchten wir bitten, beim Überweisen immer die Kundennummer anzugeben.

\* Joachim Schuster, Bremen, Politikwissenschaftler

# Rot-Grün - keine Utopie

von Roland Appel und Martin Böttger\*

Joachim Raschke meinte in der TAZ: „Die Grünen müssen rot-grün nur wollen.“ Richtig. Und darum muß er sich nicht sorgen. Rot-grün als Regierungskonstellation ist möglich, keine Utopie. Es wird auch inhaltlich nichts mit Utopien zu tun haben.

Denn einerseits hat sich eine Kanzlerdämmerung übers Land gelegt, die selbst eingefleischte Konservative an der Zukunftsfähigkeit des schwarz-gelben Projekts zweifeln lassen. Andererseits befindet sich die einzige wirkliche Alternative, GRÜN-ROT für die potentiellen Akteure an einem ähnlichen Punkt wie die sozialliberale Koalition 1969: Wenig scheint zu gehen, aber es muß.

In einer Dienstleistungsgesellschaft, deren Mentalität das Land zunehmend prägt, wird von den Parteien Leistung erwartet. Schließlich werden sie - bisher noch - reichlich mit WählerInnenstimmen und Steuergeldern ausgestattet. Was BürgerInnen dafür erwarten, ist nicht weniger, als ökologische und soziale Probleme zu lösen, statt sie nur zu „Herausforderungen“ schönzureden. Wird nicht gehandelt, Wesentliches nicht vom Unwesentlichen unterschieden, drohen demnächst dieselben Strafen wie in Italien.

Die Mitwirkungsbereitschaft der Menschen selbst ist inzwischen begrenzt, viele sehen oder haben längst keine materiellen Spielräume für Opferbereitschaft und Engagement mehr. Andere, vor allem die „Kundschaft“ der Grünen, wären prinzipiell dazu bereit. Aber erst, wenn die Parteien Vorleistungen bringen. Ist das erfüllbar?

Die Grünen befinden sich in mehreren Zwickmühlen. Als letzte Partei sind sie noch mit etlichen Hoffnungen befrachtet. Auf Bundesebene haben sie nie regiert, also manche Hoffnung noch nicht enttäuschen können. Ihre Politik bleibt ein existentieller Drahtseilakt, weil der Anteil ihrer StammwählerInnen 3-4% nicht überschreitet; und er nimmt bei allen Parteien ab. Die „Si-

cheren“ wären schnell vergrätzt, wenn es auch mit den Grünen keinen Atomausstieg gäbe, oder selbst eine rot-grüne Bundesregierung individuelle Grund- und Menschenrechte per Lauschangriff antasten würde.

WechselwählerInnen erwarten dagegen zwar die generell richtigen politischen Signale, vor allem aber Regierungsbereitschaft: erste, richtige Weichenstellungen auf ökologische Veränderung, soziales Korrektiv einer Groß-Regierungspartei, Minderheiten mehr Rechte zu verschaffen - aber keine Sprengung der Zusammenarbeit. Die hessische Landesregierung ist wahrscheinlich das beste Beispiel; jede/r mag selbst dabei mehr die Möglichkeiten oder mehr die Grenzen sehen.

Was beim „Hessischen Modell“ aber versauert, ist die soziale Basis der Grünen - längst haben sich dort viele Mitglieder, die mehr wollen, als die nächste Kreistagsliste aufstellen, in die „innere Emigration“ zurückgezogen. Diejenigen, die sich auch außerhalb der Wahltermine für gesellschaftliche Ziele der Partei zu engagieren bereit sind, die also selbst Leistung einbringen, erwarten umso mehr von der Partei. Wenn die ihrem Publikum dann aus Regierungsdisziplin die kalte Schulter zeigt, dann darf sie zwar weiter regieren, macht sich unabhängiger von diesem Publikum, aber umso abhängiger vom Koalitionspartner und den meistens ihm nahestehenden Medien.

Auf kommunaler Ebene haben Bündnis '90/Die Grünen längst das Modell von Peter Radunski, dem ehemaligen Bundesgeschäftsführer der CDU, umgesetzt: sie sind „Fraktionspartei“ geworden. Die Polit-„Profis“ betreiben ihr Parlamentsgeschäft, erbringen auch Serviceleistungen für Bürgerinitiativen, und das füllt den Alltag aus. Ausstrahlung gibt das nicht, Werbewirkung oder gar gesellschaftliche Anziehungskraft, Nachwuchs - Fehlanzeige. Nicht alle bedauern das, denn kritische Neue wären ja Sand im Regierungs-, Verwaltungs- und Parlamentsgetriebe.

Hinzu kommt für die Grünen das Trauma der Wahlniederlage von 1990. Der längst dezimierte „Fundis“-Flügel, der sich auf Analysen des Kapitalismus

und Imperialismus beschränkte, verließ endgültig die Partei. Es blieben die Linken, die einen kapitalismuskritischen Standpunkt vertreten, sich aber zum Zwecke politischer Veränderung nicht nur auf das parlamentarische System einlassen, sondern auch mitregieren wollen. Dieser Teil der Partei sieht sich in den Medien inzwischen wiederum als „Fundis“-Flügel abgestempelt, ist aber in Wirklichkeit längst der eigentliche Verteidiger von „Rot-grün“ - gegen „Ampeln“ oder gar die zunehmend insinuierte Annäherung an die CDU. Nicht zufällig sind wirtschaftspolitische FDP-Positionen („Standortdebatte“, „keine zusätzliche Belastung von Unternehmen“) bei Teilen der Grünen salonfähig geworden.

Die Linken bei den Grünen sind in Wirklichkeit längst die eigentlichen Verteidiger von „Rot-Grün“.

Was diesen linken Parteiflügel mit vernünftig denkenden Realos vereint, ist das Wissen, daß das endgültige Scheitern des Bündnismodells Grüne Partei weitreichende negative Auswirkungen nicht nur auf das deutsche politische System hätte. Neben der SPD-Linken wäre dann nur noch die Wand - oder der Abgrund. Es gäbe aber auch keine denkbar mehrheitsfähige Alternative mehr zum „weiter so“ einer Gesellschaft, in der überalterte Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft keine Perspektiven und Visionen mehr entwickeln außer der Bereicherung ihres Konzerns oder ihrer Institution (Partei), der Nivellierung sozialer Standards auf das Niveau der Schwellenländer und den Schutz vor ökologischer Katastrophe in der vollklimatisierten Plexiglaskuppel. Daher wurde seit 1991 bei den Grünen ein innerparteilicher „Burgfrieden“ eingehalten.

Dank der Engholmschen „Petersberg-Wende“ wurde die gesellschaftliche Relevanz der Grünen als or-

ganisierender Oppositionskraft unversehens in der öffentlichen Wahrnehmung rekonstruiert. Während der auf Gremienpolitik fixierte Teil der Partei ohnmächtig erschrak und außer Joschka Fischer eigentlich niemand erkannte, daß ein von der SPD freigegebenes Vakuum unbedingt besetzt werden mußte, gelang es der Parteilinken, programmatische Vorteile zu erarbeiten. Große Mehrheiten der Partei wollten Opposition gegen Grundrechtsabbau organisieren und für eine offene Einwanderungsgesellschaft eintreten. Diese Offenheit wurde nicht nur proklamiert, sondern auf Länder- (Niedersachsen) und Kommunalebene auch in praktische Alltagsarbeit umgesetzt. Die Partei wurde damit vorläufig darauf festgelegt, daß verfassungsändernder Grundrechtsabbau zu keinem Koalitionspreis mit den Grünen zu machen ist. Vorläufig, weil jede Debatte in zyklischen Abständen immer wieder neu geführt werden muß, weil Zumutungen aus der rechten „Mitte“ der Gesellschaft vor GRÜNEN Köpfen nicht haltmachen.

Daraus erklärt sich eine gewisse Verbissenheit, mit der die Grünen zu Beginn des Jahres 1994 ihre Wahlprogrammdiskussion austrugen. Während die Linke GRÜNE Programmatik erneut bestätigen und verankern wollte, strebten die Realos die Vermeidung möglichst vieler potentieller koalitionspolitischer Reibungsflächen an. Gezielt war aus der SPD-Führung in die Grünen gestreut worden, in der Baracke existiere eine Studie, nach der die Grünen koalitionsfähig wären, wenn ... da nicht ihre störenden Positionen zur Flüchtlings- (s.o.) und Friedenspolitik wären, - letztere noch im Oktober 93 von 90% der Delegierten in Bonn beschlossen.

Folgerichtig baute die SPD-Spitze nach dem Mannheimer Programmparteitag den Anti-NATO-Popanz wieder auf. Ignoriert wird dabei bewußt, daß bei den Grünen niemand mehr über einen NATO-Austritt diskutiert. Es geht vielmehr langfristig um die Ersetzung militärischer durch demokratische politische Strukturen und damit um den Kernbestand und die Fortentwicklung der klassischen Entspannungspolitik auf der Basis der KSZE. Die Minderheit des Parteitages wollte die NATO als sicherheitspolitischen Arm der KSZE umbauen; die Mehrheit sah das als Hintertür für ihren Erhalt und langfristigen Ausbau und damit die nähere Hinwen-

dung zu militärischen Optionen an. Die wurde abgelehnt, nicht mehr und nicht weniger.

Der Parteilinken gelang es bis zum Parteitag in der Öffentlichkeit nicht, ihr Grundverständnis über die Rampe zu bringen:

- daß sie offensiv für rot-grün ist;
- daß sie einen Unterschied zwischen einem grünen Wahlprogramm sieht und einem rot-grünen Regierungsprogramm, über das Kompromisse nach der Wahl geschlossen werden, nicht vorher;

- daß sie für einen Regierungswechsel ist, der auch einen Politikwechsel bewirkt.

Stattdessen gelang es den Realos, wie immer unter tatkräftiger Mithilfe der TAZ (wer objektive Berichte über Grüne lesen will, muß schon zur FAZ greifen), die Parteilinke als „Fundis“ und „Sofortisten“ zu diffamieren. Im Wahlprogramm dürften nur politische Ziele verankert werden, die in 4 Jahren zu verwirklichen seien, wenn man selbst „51%“ hätte, ohne zu berücksichtigen, was das wohl für eine Gesellschaft wäre. Ist das etwa „Realo“?

Einem potentiellen Koalitionspartner SPD wird es schwerfallen, den Grünen Utopismus, Verschwendungssucht und Abgabewut zu unterstellen.

So bestand die eigentliche Aufgabe für B'90/Die Grünen beim Parteitag in Mannheim und auch danach darin, Kompetenznachweise in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu erbringen. Das Image der körnerfressenden Ökospinner war nicht loszuwerden, weil es den grünen ExpertInnen in den letzten Jahren nie gelang, ihre guten Konzepte so zuzuspitzen und ihre Politik so zu inszenieren, daß sie auch wahrgenommen wurden. In Mannheim gelang das erstmals. Vielleicht lag es einfach daran, daß die Öffentlichkeit schon so auf der Suche nach den dringend notwendigen Konzepten ist, alle anderen Parteien so wenig zu bieten haben, daß man sich ehrlich für entsprechende grüne Antworten interessierte.

## LiFo-Info. Neue Folge.

Das LiFo-Info. Neue Folge. bietet PraktikerInnen und TheoretikerInnen grüner Politik aus dem In- und Ausland ein Forum. Bündnis 90/Grüne dürfen nicht zur Öko-FDP werden. Wir wollen radikale Alternativen neu umreißen.

In unseren bisherigen Ausgaben sind folgende AutorInnen vertreten:

Felix Guattari zur Ökolog. Demokratie; Jordi Bigas zur Ökologie in Spanien; John Lambert zu Maastricht; Klaus Dräger zu Gesamteuropa; Christine Weiske zur bündnisgrünen Fusion; Joachim Gutsche/Matthias Oberg zum Rechtstrend; Hans Wagner zur Transformationstheorie; Jean-Paul Deléage zur Polit. Ökologie; Alain Lipietz zu Ökologie - Gewissen; Daniel Kreutz zum Solidarpakt; Manfred Busch zur Haushaltspolitik; Jürgen Trittin, Hans-Peter Hubert, Ulli Cremer, Albert Statz, Friedrich Heilmann, Rainer Hinrichs jeweils zur Friedenspolitik; Norbert Andresen zu Ethik - Politik; Willi Brüggemann zur SPD; Alain Lipietz zu Ökologie - Wirtschaft; W. Brüggemann/F. O. Wolf zur kapitalistischen Produktionsweise; Jürgen Trittin zum Asylrecht; Ulli Cremer, Lühr Henken jeweils zur UNO-Politik; Rainer Falk zu globalen Sozial-Konflikten; Pierre Juquin zu Ökologie - Nationalpopulismus; Hans-Ch. Ströbele zum Maastricht-Urteil; H.-P. Hubert zu Euromilitarismus; Daniel Kreutz zur Wirtschaft - Soziales; Giorgio Nebbia zum New Deal; Rolf Schwendter zur linken Krise; F. O. Wolf zu Ökologie - Utopie; Lena Stachmuider zur Ökologie in Südafrika; Manfred Busch und Willi Brüggemann jeweils zu Ökologie, Ökonomie, Soziales; Bärbel Höhn zum Frauenstatut.

Desweiteren laufend: Bündnisgrüne Perspektivdiskussion, Berichte aus der Praxis, Kommentare und Literaturbesprechungen...

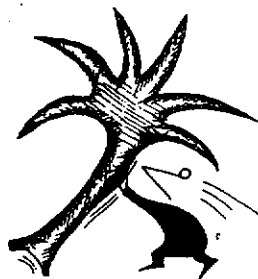
Das LiFo-Info. Neue Folge. erscheint sechsmal im Jahr. Kostenlose Probe-exemplare können bestellt werden bei:

LiFo-Info. Neue Folge.  
Rüdiger Brandt  
Graefestraße 19  
10967 Berlin

\* Roland Appel, Bonn, MdL Bündnis '90/Die Grünen; Martin Böttger, Bonn, Abgeordneter im Landtag NRW



# Sozialismus



Die Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇒ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Dettel Hensche, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇒ *ökonomische Analysen national und international* (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffs Schmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇒ *aktuellen politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: Egon Bahr, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50  
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

## Bestellcoupon:

Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Zu schicken an:  
VSA-Verlag  
Postfach 50 15 71  
W-2000 Hamburg 50

Sozialpolitisch fordern die Grünen eine soziale Grundsicherung anstelle des bisherigen Systems aus Arbeitslosen- und Sozialhilfe, nach anfänglichen Kontroversen unter ausdrücklicher Einbeziehung von Flüchtlingen. Eine Million Arbeitslose sollen durch die Schaffung von Arbeitsförderbetrieben beschäftigt werden. Diese Betriebe sollen in gesellschaftlichen Bedarfsbereichen, z.B. Altlastensanierung, Pflegedienstleistungen, o.ä. tätig werden. Mit einer Überarbeitung des Arbeitszeitgesetzes soll Druck auf die Tarifparteien gemacht werden: hin zur 30-Stunden-Woche.

Breiten Raum im wirtschaftspolitischen Konzept nehmen die sogenannten „Öko-Steuern“ ein: jährliche Erhöhung der Mineralölsteuer um 50 Pfg. (analog zu Vorstellungen des von der SPD-Landesregierung NRW finanzierten Wuppertaler Weizsäcker-Institutes); schärfere Besteuerung des Primärenergieverbrauches; Abgaben für Emissionen; Schwerverkehrsabgabe zugunsten des Güterschienenverkehrs; Nahverkehrsabgabe in den Städten für den entsprechenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Nicht durchsetzen konnte sich die Fücks/Ampel-Minderheit mit dem Wunsch, diese Abgaben durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge zu kompensieren, weil sie eine Kostenüberlastung der Unternehmen fürchten. Vielmehr sollen die eingenommenen Mittel nach dem Wunsch der grünen Parteitagmehrheit für eine ökologische Umsteuerung verwendet werden.

Einem potentiellen Koalitionspartner SPD wird es schwerfallen, den Grünen hier Utopismus, Verschwendungssucht und Abgabewut zu unterstellen. Schon Joschka Fischer mußte bitter erfahren, daß linke grüne Wirtschaftspolitiker, wie der NRW-Landtagsabgeordnete Manfred Busch, zu ihren Texten immer gleich eine präzise Einnahmen- und Ausgabenrechnung hinzufügen, um zu beweisen: wenn etwas fehlt, ist es nicht der gangbare Weg, sondern der politische Wille. Das gilt für ökologisch-sozialen Umbau wie für eine Energie-wende inklusive dem Ausstieg aus der Atomenergie.

Auffällig war dennoch, daß die „Standortdebatte“ in den Reihen von B'90/Die Grünen durchaus verfangen hat. Nicht wenige übernehmen die herrschende Lesart vom „internationalen Wettbewerb“, in dem eine imaginäre deutsche Spitzenstellung zu verteidigen

sei. Was solches Konkurrenzverhältnis für internationale Arbeitsteilung und Ausbeutung konsequent bedeutet, wird dabei in der Regel ausgeblendet. Die FDP sollte also nicht zu grün sehen. Es gibt innerhalb der Grünen durchaus auch ideologische Grundlagen für eine „Ampel“-Konstruktion. Sie wagen sich - aus zutreffendem Kalkül - nur bisher nicht aus der Deckung.

Natürlich: ein Wahlprogramm ist das eine; ein „20-Punkte-Regierungsprogramm“ wäre das nächste; Koalitionsverhandlungen und das Personal für die Umsetzung sind das andere. In allen Parteien ist das so. Wenige grüne Landesverbände hatten ihre Landeslisten bis zum Redaktionsschluß dieses Textes aufgestellt. Der größte, Nordrhein-Westfalen, stellte wie immer eine ausgewogene Liste auf. An der Spitze stehen die ausgewiesene Reala und temperamentvolle Populistin Christa Nickels und der mittlerweile auf zwei Bundesparteitagen (Friedens- und Außenpolitik sowie Wahlprogramm) auffällig erfolgreiche Bundesvorstands-sprecher Ludger Volmer. Im weiteren Verlauf der Liste kamen alle Strömungen zum Zuge, bei einem Wahlergebnis von ca. 10% gäbe es ein leichtes linkes Übergewicht. In anderen Landesverbänden, z.B. Hamburg, Hessen, Baden Württemberg, Bayern, Sachsen, Thüringen werden die Realos versuchen, „durchzuwählen“ und so vermutlich in einer möglichen Bundestagsfraktion ein Übergewicht bekommen.

Es sieht also so aus: noch sind die Wahlaussichten günstig. Scharping und Verheugen werben rechts und in der Mitte, machen so Platz frei für Bündnis '90/Die Grünen. Im Wahlkampf müßten schon sehr schwere Fehler begangen werden, um einen Wiedereinzug von B'90/Die Grünen in den Bundestag zu verstoßeln. Selbst eine nominelle rot-grün-Mehrheit scheint möglich. Einen grünen Konsens, Rot-Grün zu versuchen gibt es ebenfalls. Wird die SPD aber nach langer Rechtsprofilierung noch die Kurve bekommen?

# Vier-Tage-Woche - ein Schritt vor, zwei Schritte zurück

Replik zu dem Artikel von Baumeister/Sieling in spw 75

von Alexander Scharf\*

Der Tarifvertrag bei VW ist perfekt. Alle Beschäftigten arbeiten ab dem 01.01.94 28,8 statt bisher 36 Stunden und bekommen dafür monatlich genauso viel wie vorher. Alle sind zufrieden, die Gewerkschaft und die Beschäftigten, weil 30.000 Arbeitsplätze gesichert wurden, der VW-Vorstand, weil der Konzern so weiter international konkurrenzfähig bleibt. Die Öffentlichkeit (auch die linke) jubelt, endlich einmal eine intelligente Lösung, die es verhindert, daß in einer wirtschaftlich schwierigen Situation sofort Massenentlassungen auf der Tagesordnung stehen.

Soviel Geschlossenheit macht doch stutzig. Es scheint fast so, als ob beide Seiten 100% ihrer Forderungen durchgesetzt hätten und nun wunschlos glücklich wären. Wo ist also der Haken?

1. Positiv an den Tarifvereinbarungen ist, daß endlich auch von Unternehmensebene eingesehen wurde, daß nur durch radikale Arbeitszeitverkürzungen (AZV) die Massenarbeitslosigkeit bekämpft werden kann. Auf diese Weise wurden 30.000 Arbeitsplätze gesichert und dem unsinnigen Gefasel von der Notwendigkeit einer Arbeitszeitverlängerung eine gesellschaftlich sinnvolle Alternative entgegengestellt. Wer jetzt noch weiter für die Verlängerung der Arbeitszeiten eintritt, muß sich bewußt sein, daß er trotz einer Alternative (AZV) Arbeitsplätze vernichtet und den sozialen Frieden gefährdet.

Auch wurde noch einmal deutlich, daß eine Arbeitszeitverlängerung weder betriebs- noch volkswirtschaftlich Sinn macht. Volkswirtschaftlich werden durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht nur die Sozialversicherungen belastet, sondern auch ein Nachfragerückgang eingeleitet, der bei gestiegener Produktivität unweigerlich zu einer Wachstumsbremse wird und zu weiteren Entlassungen führt.

Betriebswirtschaftlich bewirkt die gesunkene Binnennachfrage Absatzprobleme, Gewinnrückgänge und Konkurrenz. Es wird somit ein Teufelskreis in Gang gesetzt, der zu einer Kapitalwertung in gigantischem Ausmaß führt und die konjunkturelle Lage langfristig belastet. Löhne sind eben nicht nur Kosten, sondern stellen den entscheidenden Faktor der Binnennachfrage dar und können selbst während einer globalen Wirtschaftskrise die Konjunktur stabilisieren (siehe 1989/90).

2. Das entscheidende am VW-Tarifvertrag ist allerdings, daß die AZV annähernd ohne Lohnausgleich stattfand. Wenn die IG-Metall behauptet, daß das Monatseinkommen gleichgeblieben ist hat sie zwar recht, dafür wurden aber fast alle übertariflichen Leistungen gestrichen, so daß die ArbeitnehmerInnen ca. 15%, die VW AG 5% der Arbeitszeitverkürzung finanzieren.

Mit diesem Tarifvertrag hat sich die Gewerkschaft faktisch auf die Logik der Lohnkürzungsdebatte eingelassen. Weil die ArbeitnehmerInnen angeblich an der „Krise des Standorts Deutschland“ durch ihre überzogenen Ansprüche die Hauptschuld tragen, ist es folglich nur logisch, daß sie zur Kompensation der AZV den Löwenanteil beizutragen haben. Schließlich hat das DIW vorge-rechnet, daß den Haushalten durch Lohnverzicht + Vier-Tage-Woche 367 Mill. DM weniger zur Verfügung stehen als bei 30.000 Entlassungen. Volkswirtschaftlich wurde dadurch in einer Rezession noch einmal kräftig auf die Wachstumsbremse getreten.

Der VW-Vorstand, aber auch die IG-Metall haben also wenig erreicht. Durch ihre Vereinbarungen wird der Druck auf die ArbeitnehmerInnen und die VW AG mittelfristig nicht beseitigt werden.

3. Auch der zweite Kernpunkt von AZV, nämlich die Beschäftigungswirksamkeit, wurde von der IG-Metall außer acht gelassen. Es finden sich

im Tarifvertrag keine Regelungen über Neueinstellungen. Es ist deshalb falsch, wenn davon gesprochen wird, daß der Vertrag auch ein Ausdruck der Solidarität gegenüber den Arbeitslosen sei.

4. Gewerkschaft und Vorstand haben darüber hinaus das entscheidende Problem, die strukturelle Krise der Automobilindustrie, nicht angesprochen. Der Automobilmarkt ist nahe an seiner Sättigungsgrenze, ein Wettbewerb findet fast ausschließlich als Verdrängungswettbewerb zwischen den weltweiten Anbietern statt. Auch aus ökologischen Gründen darf der Automobilsektor nicht weiter wachsen. Wenn beispielsweise jeder Chinese über ein Auto verfügen würde, würde das sofort zum ökologischen Kollaps führen. Der ökologische Umbau gerade des Automobilssektors ist also notwendiger denn je, und diese Frage immer wieder zu vertagen, führt nur dazu, daß sie sich nach Ablauf der Frist umso dringender stellt.

In der Verantwortung des VW-Vorstands, der Bundesregierung, aber nicht zuletzt auch der IG-Metall hätte es in dieser Situation gelegen, in Gesprächen und Verhandlungen Perspektiven für die Zukunft der Automobilindustrie jenseits von 2 Airbags serienmäßig oder einem verbesserten Seitenaufprallschutz zu entwickeln.

Klar ist also, daß die Frage von Massenentlassungen 1996 auf einem neuen, höheren Niveau nach Ablauf des Tarifvertrages erneut auf der Tagesordnung stehen wird. Insgesamt ist also zu sagen, daß die vereinbarte Vier-Tage-Woche mitnichten ein Erfolg, sondern ein gut getarnter Reifall war. Der VW-Tarifvertrag ist in einer für die IG-Metall zugegebenermaßen schwierigen Situation ausgehandelt worden. Kampfeswille und Augenmaß für volkswirtschaftliche Auswirkungen dürfen aber gerade in solchen Zeiten nicht abhanden kommen.

\* Alexander Scharf, Juso-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein

# Ein riskanter Tausch

Zur Tarifeinwanderung 1994 im öffentlichen Dienst

von Michael Wendt\*

Auf die Forderung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nach einer Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4% - darin eingeschlossen eine unbestimmte soziale Komponente für die niedrigen Lohn- und Vergütungsgruppen - haben die öffentlichen Arbeitgeber mit einem Katalog von manteltarifvertraglichen Verschlechterungen als Angebot reagiert und ansonsten eine nominale Nullrunde offeriert.

Die manteltarifvertraglichen Verschlechterungen beinhalten im Kern eine Reduzierung der Personalkosten durch den mit einer weiteren Flexibilisierung der tariflichen Arbeitszeiten (durch Jahresarbeitszeitkonten) verbundenen Abbau von bezahlten Überstunden. Zum anderen soll die Vergütungsförderung im Krankheitsfall bei den

Angestellten auf 6 Wochen begrenzt und für darüber hinaus gehende Krankheitszeiten in einen (unzureichenden) Zuschuß zum Krankengeld umgewandelt werden. Dadurch entlasten sich die öffentlichen Arbeitgeber zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung und der betroffenen Angestellten. Die Anspruchsvoraussetzungen für die Zahlung von Wechselschicht- und Schichtzulagen sollen erheblich verschlechtert werden, was auf direkte Einkommens Kürzungen für in Schichtarbeit Beschäftigte hinausläuft.

Die Forderung nach Ausnahme der Arbeiten nach § 249h des Arbeitsförderungsgesetzes (= geringere Bezahlung und kürzere Arbeitszeit als das übliche Tarifniveau für Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) aus dem Geltungsbereich der Tarifverträge beinhaltet eine tarifvertragliche Öffnungsklausel für neu eingestellte Arbeitslose (vergleichbar dem Tarifabschluß 1994 der IG Chemie, Papier, Keramik). Zusätzlich werden besondere, d.h. untertarifliche Löhne und Vergütungen für ABM-Arbeitnehmer verlangt (2. Arbeitsmarkt unter Tarif). Damit wird ein Einstieg zu einer weitergehenden Aushebelung unseres Tarifsystems geschaffen, da viele dieser AB-Maßnahmen (Umweltarbeiten, soziale Dienste) unmittelbar im Aufgabenbereich des öffentlichen Dienstes stattfinden.

Die Einführung von zusätzlichen Leistungszulagen soll nach Auffassung der Arbeitgeber kostenneutral erfolgen, d.h. durch eine entsprechende Minderbezahlung in anderen Bereichen bezahlt werden. Es geht den Arbeitgebern dabei nicht um ein insgesamt leistungsgerechteres und durchlässigeres Lohn- und Vergütungssystem - so wie es die ÖTV im Rahmen einer Reform des BAT (Bundesangestelltentarifvertrag) fordert - sondern um "Nasenprämien" für bestimmte Arbeitnehmer, die wiederum die Einführung eines Beurteilungssystems erfordern.

Das Kernproblem besteht darin, daß die Arbeitgeber mit diesem von der ÖTV als "Gruselkatalog" geschmähten Angebot von Verschlechterungen der

geltenden Tarifstandards einen Tausch anbieten. Von den Verschlechterungen im manteltarifvertraglichen Bereich sind einige bloße Drohmasse, andere sind zumindest für Teile der ÖTV verhandelbar. Die Frage eines Arbeitszeitkontos und einer stärker leistungsorientierten Bezahlung sind seit einiger Zeit umstrittene Themen in der innergewerkschaftlichen Debatte um ein neues tarifpolitisches Programm. Gegen einen 2. Arbeitsmarkt unter dem geltenden Tarif hat sich die ÖTV bisher klar ausgesprochen, da aber die gegenwärtig Beschäftigten davon zunächst nicht betroffen wären und mögliche Sondertarifverträge für bislang Arbeitslose gemäß der neoklassischen Logik als beschäftigungsfördernd und soziale Wohltat dargestellt werden könnten, bietet sich auch hier die Möglichkeit des Tausches gegen eine nominale Einkommenserhöhung an.

In diesem Sinne hat die ÖTV am 25. Februar die Initiative ergriffen und schlägt eine Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich bis zu einer Wochenarbeitszeit von 32 Stunden vor. Dazu sollen auf Bundesebene Öffnungsklauseln für örtliche und regionale Tarifverträge eingeführt werden. Ob solche Maßnahmen tatsächlich die insbesondere in den neuen Ländern gefährdete Beschäftigung sichern können, ist vollkommen offen. Ob die Arbeitgeber sich auf diese Offerte unter Verzicht auf weitergehende Verschlechterungen einlassen werden, ist ebenfalls offen. Problematisch an diesem Angebot ist die damit verbundene weitere Durchlöcherung der Flächentarifverträge. Die Misere im Osten wird so zum Vehikel der Erosion westdeutscher Tarifstandards.

Letztlich entscheiden sich diese Fragen an der Arbeitskampffähigkeit der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Ist diese gewollt und herstellbar, kann es einen Erzwingungsstreik gegen die Nullrunde geben. Ansonsten wird der skizzierte Tausch von Geld gegen Eingriffe ins geltende Tarifrecht ausgehandelt werden. Viel gibt es dafür nicht. Die negative Mitgliederentwicklung wird daher anhalten.

# Privatisierung oder Staatsreform ?

von Horst Arenz\*

Auf der hektischen Suche nach Wahlkampfthemen sind die Konservativen auf den Staat verfallen. Stoiber will das Zusammenstauen des Staates zum Hauptwahlkampfthema machen.<sup>1</sup>

Auch die SPD interessiert sich nun für das Thema. Lafontaine versteht unter effizienterer Verwaltung vor allem Privatisierung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und wähnt sich auf einer Linie mit den Koalitionspartnern.<sup>2</sup> Auf dem Wiesbadener Parteitag gelang es der Parteilinken immerhin, Lafontaines Entwurf durch einen differenzierten Katalog von Eckpunkten einer Staatsreform zu ergänzen, die nun in vollem Widerspruch neben der Befürwortung von Privatisierungen stehen.

Lean production - lean administration, der schlanke Staat ist in aller Munde. Der rein finanzpolitische Hintergrund ist indes unübersehbar, nicht minder das primäre Ziel: Personalabbau. Gerhard Grandke (SPD), Oberbürgermeister der großen Koalition in Offenbach, im übrigen der Stadt mit der niedrigsten Kinderbetreuungsquote in Deutschland (53 %), rühmt sich der Halbierung des Personalbestands und kündigt an, die Standards noch weiter herunter zu fahren.<sup>3</sup>

## Krise des Staates

"Die Zeit ist reif für eine Staatsreform".<sup>4</sup> In der Tat: Es steht eine große Reformaufgabe bevor, die nicht mehr vertagt werden kann.

Völlig an der Realität vorbei zielt die konservative Staatskritik. Wir haben keinen Nachwächterstaat. Völlig falsch ist auch die Behauptung einer zu hohen Staatsquote: Deutschland nimmt im OECD-Vergleich der Staatsquote "einen guten Platz im unteren Drittel ein."<sup>5</sup> Internationale Schlankeits-Vergleiche sind unredlich, weil nicht selten Vergleiche mit Ländern angestellt werden, in denen der Wohlfahrtsstaat weitgehend fehlt. Das Schlagwort vom schlan-

ken Staat reduziert sich häufig auf schlichten Sozialabbau.<sup>6</sup>

Dennoch: Bei allem Vorsprung, den der Standortfaktor öffentlicher Dienst im Vergleich zu anderen Ländern einnimmt, haben Effizienz und Qualitätsmanagement der deutschen Verwaltungen in den letzten Jahren international an Niveau verloren. Die Amtsstuben müssen entrümpelt werden, im Öffentlichen Dienst regiert zu sehr das System organisierter Verantwortungslosigkeit, der Behördenwildwuchs der Sozialverwaltungen ist nicht zu übersehen, es überwiegen Hoheitsfunktionen, enge Regelbindung und Prüfung von Bürgeransprüchen, Dienstleistungscharakter und Bürgernähe sind unterentwickelt.

Was verbirgt sich konkret dahinter? Es fehlt an Ressourcen- und Personalverantwortung in den Ämtern, an Deckungsfähigkeit und Kosten- und Leistungstransparenz, überhaupt an Output-Kontrolle der Verwaltungstätigkeit. Das Rechnungswesen handelt rein reaktiv, wenn die Entscheidungen längst getroffen sind, das Haushaltsjahr vorbei und das "Dezemberfieber" glücklich über die Runden gebracht ist.

Der öffentliche Sektor leidet an bürokratischer Übersteuerung und an starren und ausgeprägten Hierarchien,<sup>7</sup> insgesamt reagiert die Verwaltung zu langsam auf veränderte Verhältnisse. Und nicht zuletzt: Es mangelt es an leistungsgerechter Bezahlung und an Mitarbeiterbeteiligung und -motivation, die Bezahlung hängt ab von Dienstalter und Zahl der Untergebenen, der oberste Grundsatz der Vorgesetzten lautet: Wissen ist Macht, seine Weitergabe schwächt den eigenen Einfluß und untergräbt die Kommandostrukturen.

## Fleischtöpfe und Rosinenpicker - Defizite bisheriger Modelle

Herstellung von Chancengleichheit, Ausbau der Bürgerbeteiligung und Auftrag der Sicherstellung öffentlicher Leistungen "rechnen" sich nicht. Es gibt bislang (abgesehen von Einzelfällen) keinen Beweis, daß private Organisationen besser arbeiten, im Gegenteil findet

zur Zeit in dem viel gepriesenen Tilburger Modell Rückverlagerung von Privatisierungen in die öffentliche Hand statt, und rät in Duisburg die Unternehmensberatung Kienbaum gerade nicht zur Privatisierung der Entsorgungsbetriebe, sondern zum Regiebetrieb. Die Fixierung auch vieler sozialdemokratisch geführter Kommunen auf die Privatisierung, deren Risiken dann zumeist doch die öffentliche Hand zu tragen hat, dokumentiert nur das Ausmaß der herrschenden Konzeptionslosigkeit.

Die - abgesehen von der akuten Finanznot - wachsenden Strukturprobleme des Öffentlichen Dienstes haben ihre Ursache im wesentlichen in den gewachsenen Ansprüchen der Bevölkerung an die Qualität der bezogenen Leistungen, höheren Bedürfnissen der Beschäftigten an Selbstbestimmung und Qualität ihrer Arbeit, und in der starken Expansion des Öffentlichen Dienstes ohne begleitende innere Reformen. Diese Probleme werden durch Privatisierung nicht gelöst; in vielen Fällen bestehen die Motive ihrer Anhänger ganz einfach im Herauspickeln lukrativer Rosinen im Staatskuchen und in der Jagd nach gut dotierten Geschäftsführerposten (das schlagendste Beispiel ist der Zukunftsmarkt der Entsorgungswirtschaft).

Übersehen werden auch wichtige Einzelpunkte:

- Privatisierungen staatlicher Hoheitsfunktionen werden steuerpflichtig; so würden bei einer Umwandlung der Berliner Eigenbetriebe in eine AG jährlich zusätzlich 100 Mio. an Steuern anfallen.<sup>8</sup>
- Die öffentliche Verwaltung kommt im Unterschied zur Privatwirtschaft in den Genuß zinsgünstiger Kommunalkredite, d.h. ihre Kreditbeschaffung ist günstiger.
- Der Grundsatz der Kostendeckung wird ersetzt durch die Gewinnerzielung, die auf die Kosten der Dienstleistung durchschlägt.
- Im Resultat dieser drei Punkte bleibt meist die Erhöhung der Gebühren nicht aus.
- Die Einführung von Elementen leistungsrechtlicher Bezahlung - so wichtig sie für die Verbesserung der Motivation des

\* Horst Arenz ist wissenschaftlicher Abgeordneter-Mitarbeiter bei der SPD-Bundestagsfraktion.

## WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik

26

### Religion und Gewalt

Mögliche Säkularisierung, Nationalismus, Xenophobie, Antisemitismus, Erosion, New Age, Mythos, Religiöser Sozialismus, Theologischer Materialismus vs. Ökonomie des Todes, Psychoanalyse, Freuds Judentum, Vaterlose Gesellschaft und Gemeinschaftsgefühl

D. Claassen, H. Zinser, E. Gugenberger, P. Leuzinger, W. Speller, H. Thelen, M. Jäger, R. Heim, M. Zöll, B. Rothschild, P. Passelt, E. Modena

### Diskussion

H. Schepel, Zum SPS-Wirtschaftsprogramm  
R. Graf, Gramscis Gefährdetheile

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

13. Jg./Heft 26 - Dezember 1993

Fr. 18.-

206 Seiten Fr. 18.-

zu beziehen im Buchhandel oder bei  
WIDERSPRUCH, Postfach, 8026 Zürich  
Tel. 01 451 22 09

Personals auch sein mag - ist zweischneidig. Grandkes Konzept, "Mehrarbeit aufgrund von Stellenstreichungen" mit Gehaltserhöhungen zu belohnen, läuft letztlich auf die Kopfprämie hinaus und ist nicht geeignet, Motivation und Kooperation des Personals in seiner Gesamtheit zu verbessern. Grandke setzt auf die mittleren Einkommensschichten und die "Leistungsträger"<sup>10</sup>, der Kölner Oberstadtdirektor Ruschmeyer erklärt: "Wer unter der Norm bleibt, soll auch unterhalb der Norm bezahlt werden"<sup>11</sup>.

Der viel gepriesene Wettbewerb läuft Gefahr, die Konkurrenz unter den Beschäftigten zu Lasten der Fortschrittsverlierer zu verschärfen, die wiederum verstärkt den (staatlichen) Versorgungsleistungen anheimfallen, und wird ohne Abgruppierungen nicht abgehen. Ein solches Konzept trägt nur solange, wie die Drohung der Entlassung und des kommunalen Bankrotts wirkt. Was danach kommt, ist völlig offen.

● Ausbau von Kompetenz und Motivation bei immer kanpperer Personalbesetzung und verschärfter Arbeitsbelastung ist ein Widerspruch in sich. Die Vorgesetzten dürfen den Grundsatz der flacheren Hierarchien nicht auf das Wegdelegieren von Aufgaben und die Sicherung von Akzeptanz reduzieren, sondern müssen die kooperative Arbeitsteilung zur Maxime machen und dabei zu allererst bei sich selbst anfangen.

● Dezentralisierung, Budgetierung etc. bergen die Gefahr wachsenden Ressortegoismus' und der Verschiebung der Mängelverwaltung nach unten, wenn sie nicht begleitet werden von einer stärkeren horizontalen Koordinierung der Bereiche. Integration über die Abteilungsgrenzen hinaus, nicht weitere Zersplitterung muß die Leitlinie sein

● Der Grundsatz "Kontrolle ist nichts, Vertrauen ist alles"<sup>12</sup> unterschlägt die Notwendigkeit, endlich von der rein reaktiven Rechnungsprüfung (mit einem time lag von zwei Jahren bis zur Wirkung) weg zu kommen hin zu einem prozeßbegleitenden Controlling der einzelnen Einheiten und mutet angesichts nicht abreißen Korruptionsskandale und fehlender Transparenz in den öffentlichen Verwaltungen weltfremd an.

### Alternativen gegen die Staatsverdrossenheit

Oberster Grundsatz muß sein: Abgesehen von Detailbereichen keine Privatisierung, bevor nicht die Reformpotentiale des Öffentlichen Dienstes ausgeschöpft sind. Erinnert werden soll hier nur daran, daß der früherer Postminister Schwarz-Schilling als Voraussetzung der (dann gescheiterten) ersten Postreform das öffentliche Dienst- und Beamtenrecht (u.a. Art. 33 GG) ändern wollte, was jedoch seine eigene Partei zu verhindern wußte.

Schwerpunkte einer solchen umfassenden Staatsreform müßten sein:

● Ausbau der Motivation des Personals durch mehr Kompetenz, bessere Arbeitsbedingungen, Rundum-Sachbearbeitung bei entsprechendem Ausbau der Qualifizierung, Mischarbeitsplätze, Abbau der Hierarchien, insbesondere in den hohen Etagen, Besetzung des Führungspersonals mit Spitzenpositionen auf Zeit. Im Öffentlichen Dienst ist die Mobilisierung der Humanressourcen das wichtigste Innovationspotential.

● Reform des Dienstrechts, Novellierung des Bundesbesoldungsgesetzes, und schließlich: schrittweise Abschaffung des Berufsbeamtentums, einem Relikt der Kaiserzeit, dessen soziale Bedeutung längst durch Sozialgesetzgebung und Tarifverträge überholt ist;

● Reform des BAT (Bundes-Angestellten-Tarifvertrags) vor allem mit Blick auf Laufbahnorientierung und Unterstellungskriterium, Ausschöpfung der (im Unterschied zum Tarifrecht der Privatwirtschaft) im BAT bereits vorhandenen qualitativen Momente der Kompetenzerweiterung, Entwicklung von Elementen der Leistungsorientierung durch ein qualifiziertes Beurteilungssystem, kurz: "die Reform des Beamtenrechts und des BAT und eine weitestmögliche Überführung der hoheitlichen in Dienstleistungsfunktionen"<sup>13</sup>;

● Reform des Haushaltsgrundsatzgesetzes und der Bundeshaushaltsordnung;

● Aufbau eines Frühwarnsystems durch Controlling;

● Reform der Ämterzuschneidung nach veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen, die auch die Ratsarbeit (Fachausschüsse etc.) einschließen muß, Abschaffung der zentralen Mittelfreigabe;

● eine Gemeindefinanzreform, die das zur Zeit vorherrschende rein finanzielle Motiv der Reformen zurückdrängt;

● Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit;

● aufgabenangepaßter Umbau des Sozialstaats, d.h. vor allem Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grund-

sicherung, einer entscheidenden Voraussetzung zur Zurückdrängung des "Dschungels an sozialrechtlichen Zuständigkeiten", Regionalisierung der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik, Reform des Gesundheitssektors, Reform des § 95 im V. Sozialgesetzbuch (Bildung von Arbeitsgemeinschaften), Ausbau sozialer Dienstleistungen (z.B. Kinder- und Altenbetreuung) bei gleichzeitigem Abbau in anderen Bereichen (z.B. der Versorgungsverwaltung)

● Und nicht zuletzt: Novellierung von Landesgesetzen vor allem in Richtung einer schrittweisen Abschaffung der Kameralistik, z.B. aller Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Gemeinde-Haushalts-Verordnung, die eine dezentrale Ressourcenverantwortung verhindern. Demgegenüber haben SPD und Landesregierung in NRW eine Reform der Gemeindeordnung in diese Richtung erneut vertagt und operieren nun stattdessen mit Experimentierklauseln nach dem Prinzip der hundert blühenden Blumen.

Eine solche Staatsreform, so unverzichtbar sie ist, kann nicht von heute auf morgen, sondern nur als langfristiger Prozeß stattfinden. Sie kann sicherlich auch nicht auf allen Feldern gleichzeitig angegangen werden und bedarf gesellschaftlicher Mehrheiten, nicht zuletzt der Zustimmung der Länder, Kommunen und Gewerkschaften. Entscheidend ist jedoch, daß der politische Wille bekundet wird, eine solche Reform in Angriff zu nehmen, und hier steht die jeweils führende Partei auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften in der Pflicht, entsprechende öffentliche Kampagnen zu initiieren.

Grundtendenz einer von der SPD zu verantwortenden Staatsreform muß sein: Binnenmodernisierung statt Privatisierung. Dabei kann Binnenmodernisierung nicht bedeuten, daß sich die "Verwaltung" durch interne Reformen am eigenen Schopf hochzieht. Ohne Gesetzesanstöße aus Bonn muß die Reform im Sande verlaufen. Aber auch eine Beschränkung auf Einzelbereiche würde verpuffen, wenn die genannten strukturellen Kernprobleme nicht angegangen werden. Klar ist: Mit einer Politik des Status quo im Staatsapparat muß die Reformpolitik der SPD scheitern.

1 "Ich mache den Abbau von Verwaltungsaufgaben zum Bundeswahlkampfthema der CSU." (Interview in Wirtschaftswoche vom 5.3.93)

# Große Koalition der Privatisierer?

Zur Postreform II

Gerhard Straube\*

Ihr Einschwenken auf den Privatisierungskurs der Koalition hat in den Reihen der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) zu einem großen Vertrauensverlust der SPD geführt.

Kein Wunder, hatten doch führende Sozialdemokraten gemeinsam mit den Postgewerkschaftern ein überzeugendes Reformkonzept erarbeitet. Dem Aktiengesellschaftsmodell der Regierung stellten sie die Alternative einer selbständigen Anstalt des öffentlichen Rechts gegenüber. Ein einheitliches, modernisiertes Dienstrecht sollte das obrigkeitstaatliche ablösen. Das durch zahlreiche Gutachten von renommierten Wissenschaftlern gestützte Reformmodell hatte den konservativ-liberalen Privatisierungseiferern durchaus zu schaffen gemacht.

Die SPD fordert nun vor ihrer endgültigen Zustimmung zum Gesetzespaket wichtige Nachbesserungen. „Einbringen heißt nicht Zustimmung“, hat SPD-Vorsitzender Rudolf Scharping erklärt. Die Deutsche Postgewerkschaft indessen bleibt skeptisch, inwieweit die SPD in den nächsten Wochen Änderungen durchsetzen will, nachdem sich die Koalitionsparteien in monatelangen Verhandlungen kompromißlos gezeigt hatten. Die von der SPD geforderten Nachbesserungen könnten zwar wesentliche Schwachpunkte der Gesetzesentwürfe abmildern, doch das Grundübel der Aufgabenprivatisierung würden sie nicht beseitigen. Postminister Bötsch (CSU) hat bereits die sozialdemokratischen Änderungswünsche rundweg abgelehnt.

\* Gerhard Straube, Geschäftsführender Redakteur der DPG-Mitgliederzeitschrift „Deutsche Post“:

- 2 "Dieser Ansatz ist von den Koalitionsparteien früher erkannt worden als von uns, aber hier haben wir nachgezogen, ... hier sind die Differenzen nicht sehr groß." (Vortrag vor der Friedrich-Ebert-Stiftung im September 1993)
- 3 Interview in DM 2/94
- 4 Gerhard Banner, Von der Behörde zum Dienstleistungsunternehmen - brauchen wir ein neues Steuerungsmodell?, in: ÖTV Bezirksverwaltung Hessen, Die Zukunft des Öffentlichen Dienstes (Anstöße Nr. 6), Frankfurt/M. 1993
- 5 Frieder Naschold: Modernisierung des Staates, Berlin 1993, S. 22

Die Deutsche Postgewerkschaft hat sich in der Auseinandersetzung sehr weit bewegt. Sie hätte zum Schluß einen Reformkompromiß angenommen, bestehend aus ausbalancierten Elementen der beiden konkurrierenden ordnungspolitischen Modelle „Aktiengesellschaft“ und „Anstalt des öffentlichen Rechts“. Doch ein solcher Konsens ist durch das Festhalten der Regierungsparteien an der totalen Privatisierung in weite Ferne gerückt. Nach den vorliegenden Gesetzentwürfen würden Telekom, Postdienst und Postbank aufgabenprivatisiert, das heißt, bisher staatliche Aufgaben würden Privaten überlassen, die drei Unternehmen aus dem öffentlichen Dienst herausgelöst. Die Kapitalmehrheit des Bundes würde in Frage gestellt, bestehende Tarifverträge und Dienstvereinbarungen sollen nicht weitergelten.

Die von der SPD geforderten Nachbesserungen würden das Grundübel der Aufgabenprivatisierung nicht beseitigen.

Die geplante gemeinsame Holding der drei Unternehmen wäre zu schwach und nicht mit den erforderlichen Steuerungs- und Koordinierungskompetenzen in Personal- und Sozialbereichen ausgestattet. Der für beide DBP-Unternehmen notwendige Verbund von Postdienst und Postbank wäre nicht gesichert.

Für die Deutsche Postgewerkschaft sind vor allem jene Fragen von Bedeu-

tung, die elementare Interessen und soziale Belange ihrer über 580.000 Mitglieder betreffen. Dazu gehören

- das Weitergelten aller derzeit bei den DBP-Unternehmen bestehenden tarifvertraglichen Regelungen,
  - die Steuerungs- und Koordinierungskompetenzen der Holding vor allem in den Personal- und Sozialbereichen,
  - die Garantie des Bundes für die Versorgungsansprüche des Bundespostpersonals,
  - die Manteltarifvertragszuständigkeit der Holding sowie ihre Dienstherreneigenschaft und -befugnisse.
- Besonderen Vorrang haben für die DPG außerdem die dauerhafte Mehrheit des Bundes bei den DBP-Unternehmen sowie die Sicherung ihres Infrastrukturauftrages. In diesem Zusammenhang will die DPG auch differenzierte Lösungen prüfen, um die vorgesehene Aufgabenprivatisierung einzuschränken. So wäre Deutschland unter allen führenden Industrienationen das einzige Land, das seinen Postdienst voll privatisiert.

Die DPG ist bestrebt, jegliche Vorgriffe auf Deregulierungen der Europäischen Union zu unterbinden. Die Kanzlerzusage, das Briefmonopol bei postalischen Massensendungen zu lockern, darf nicht realisiert werden. Wer den Postdienst dem Wettbewerb ausliefern will, der muß ihm für seine Infrastrukturaufgaben auch die nötigen Einnahmequellen belassen.

Die DPG wird das Gesetzgebungsverfahren kritisch begleiten. Nötigenfalls wird sie ihren Forderungen für eine vernünftige Postreform II durch öffentliche und betriebliche Aktionen Nachdruck verschaffen.

- 6 So erklärt Norbert Walter von der Deutschen Bank den "überbordenden Sozialstaat" zum "Kern der Krise". (in: Der Spiegel Heft 33/1993)
- 7 Vgl. F. Naschold, a.a.O., S. 89: "Der öffentliche Dienst ist in viel ausgeprägter Form als in den Vergleichsländern geprägt durch überkommene Ungleichheiten und Statusdifferenzen zwischen seinen verschiedenen Beschäftigtengruppen."
- 8 Nicht umsonst hat bereits der CDU-Bundestagsabgeordnete Magin einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für privatisierte staatliche Dienstleistungen vorgeschlagen.
- 9 Gerhard Grandke, Der lange Weg zu einem modernen Dienstleistungsbetrieb, in: Frankfurter Rundschau vom 22.7.93
- 10 in DM 2/94
- 11 in Wirtschaftswoche vom 15.10.93
- 12 Kurt-Ulrich Heldmann, Schlanke Verwaltung..., in: Computer-Information 11/93
- 13 R. Scharping, Rede anlässlich der Vorstellung des Buches von F. Naschold, Modernisierung des Staates, in: Sozialdemokratischer Presse- dienst vom 16.12.93



# Dramatische Verschlechterung der Ausbildungsplatzsituation

von Andrea Schulz\*

Im Westen war es lange Zeit sehr still um das Thema Ausbildung geworden, denn nach den Problemen in den 80er Jahren hatte sich die Situation entspannt. Im Laufe des letzten Jahres hat sich aber die Situation von Ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen in Ost und West erneut dramatisch verschlechtert.

## Situation in den neuen Bundesländern

Im Juli 1993 wurden den Arbeitsämtern von den Betrieben 86.886 Ausbildungsplätze zur Vermittlung angeboten. Dem standen 136.266 gemeldete BewerberInnen auf einen Ausbildungsplatz gegenüber. Somit fehlten 49.380 Ausbildungsplätze, um alle Jugendlichen zu versorgen.

Die vom damaligen Bundesbildungsminister Ortleb angekündigte Mobilisierung von Ausbildungsplätzen im öffentlichen Dienst erwies sich als leere Versprechung. Es konnten gerade 10.000 Ausbildungsstellen in Bund, Länder und Kommunen geschaffen werden. Gerade die finanzschwachen ostdeutschen Kommunen wollten und konnten ihrer Verpflichtung zur Ausbildung nicht ausreichend nachkommen und beschränken sich häufig auf die Fortbildung und Umschulung des vorhandenen Personals.

Auch die privaten ArbeitgeberInnen haben ihre Zusagen nicht eingehalten. Nachdem sie lange Zeit die Berichte über die Probleme auf dem ostdeutschen Ausbildungsmarkt als Panikmache bezeichnet hatten, mußte Arbeitgeberpräsident Murmann am 17.08.93 zugeben, daß ein erheblicher Teil der BewerberInnen keine Chance auf einen Ausbildungsplatz besaß. Im Juli 1993 waren noch 39.679 Jugendliche in den neuen Bundesländern unversorgt.

In den durch Firmenschließungen und Stellenabbau gekennzeichneten technischen Bereichen, wie Maschinenbau, Elektro- und Chemieindustrie,

konnten nicht genügend Ausbildungsplätze bereitgestellt werden.

Erschwerend kommt hinzu, daß es erhebliche Defizite bei den sog. „Zukunftsbereufen“ gibt. In den Dienstleistungs-, Büro- und Verwaltungsberufen bzw. bei den kaufmännischen und technischen Angestelltenberufen war das Ausbildungsplatzangebot im Verhältnis zur BewerberInnenzahl sehr gering. Die Arbeitsämter meldeten immer wieder, daß es in diesen Bereichen die „größten Differenzen zwischen angebotenen Berufsbildungsstellen und den Ausbildungswünschen von BewerberInnen“ (z.T. 5 BewerberInnen auf eine Lehrstelle) gab. Diese Tendenzen sind um so prekärer, wenn man die langfristige Entwicklung der westlichen Volkswirtschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft und den schon jetzt vorhandenen Mangel an kaufmännischen Fachkräften betrachtet.

Das defizitäre Lehrstellenangebot führte dazu, daß bestimmte BewerberInnengruppen bevorzugt und andere benachteiligt wurden. Davon waren besonders schwächere SchülerInnen von Sonder- und Hauptschulen und junge Frauen betroffen. Viele Betriebe bevorzugten BewerberInnen mit mittlerer Reife oder Abitur. So waren im Juni 1993 bereits 60% der AbiturientInnen versorgt, während ca. 60% der Haupt- und SonderschülerInnen noch ohne Ausbildungsplatz waren.

Die Chancen von jungen Frauen auf dem Ausbildungsmarkt waren sehr viel schlechter als die der jungen Männer. Defizite gab es nicht allein quantitativ, sondern die angebotenen Ausbildungsplätze entsprachen häufig auch nicht den Erwartungen der jungen Frauen nach einer qualifizierten Berufsausbildung.

## Situation in den alten Bundesländern

In den alten Bundesländern wurden im Sommer 1993 655.288 Ausbildungsstellen von den Betrieben gemeldet. Dem standen 396.686 gemeldete BewerberInnen gegenüber. Auf Grund

der Zahlen sollte man annehmen, daß alle versorgt werden konnten. Die Situation stellt sich aber regional sehr unterschiedlich dar, was durch die bundesweiten Zahlen verschleiert wird. Fakt ist, es konnten 91.197 Jugendliche nicht vermittelt werden.

Eine große Anzahl von Betrieben (Klein- und Mittelbetriebe, Handwerksbetriebe usw.) beklagte, daß ihnen die BewerberInnen davon laufen. Der große Angebotsüberhang an unbesetzten Stellen täuscht aber darüber hinweg, daß viele Ausbildungsplatzangebote nicht empfehlenswert waren und sind, da sie keine qualifizierte Ausbildung oder Perspektive bieten. Ausbildungsberufe wie GebäudereinigerIn, VerkäuferIn, TankwartIn u.a.m. wurden in der Ausbildungsbilanz neu geordnet und zukunftsorientierten Ausbildungsberufen gleichgestellt. Damit wurden gravierende Qualitätsunterschiede im Ausbildungsplatzangebot verwischt, die den Jugendlichen sehr wohl bekannt sind. Hinzu kommt, daß Klein- und Mittelbetriebe den Jugendlichen vielfach keine geeignete Anschlußbeschäftigung anbieten können. Zusätzlich mangelt es oft an professioneller Betreuung, Ausstattung und moderner Ausbildungsmethodik. So bewerben sich die meisten Jugendlichen zuerst in Großbetrieben.

Bei zwei Punkten gibt es große Parallelen zur Situation in den neuen Bundesländern:

Viele Betriebe lehnten BewerberInnen in nennenswerter Zahl ab und betrieben „Bestenauslese“, bei der Jugendliche mit Sonder- und Hauptschulabschluß auf der Strecke bleiben.

Auch in den alten Bundesländern wird es für diese Jugendlichen immer schwieriger, einen Ausbildungsplatz zu erlangen.

Im kaufmännischen-verwaltenden Bereich fehlt immer noch eine erhebliche Anzahl an Ausbildungsstellen. Gerade im produzierenden Gewerbe liegt die Ausbildungsquote im Angestelltenbereich oft deutlich unter der für Facharbeiter.

Das geringe Ausbildungsplatzangebot in diesem Bereich trifft besonders junge Frauen. Gerade sie drängen in großer Zahl auf diesen Ausbildungsmarkt, da die Integration in den besser gestellten gewerblich-technischen Bereich nicht gelang. Hier blieb es bisher bei halbherzigen Versuchen. Erschwerend kommt hinzu, daß sich die jungen Frauen generell auf ein schmales Spektrum von Berufen konzentrieren als die Männer.

Im Zuge der fortlaufenden Rezession hat 1993 ein Prozeß eingesetzt, der sich die nächste Zeit weiter verschärfen wird. Viele Großbetriebe bauen ihr Ausbildungsplatzangebot ab. Ihnen ist die Ausbildung zu kostspielig geworden (nach Angaben der Gewerkschaften 150 000 DM). Sie beklagen, daß ein Auszubildender während seiner Ausbildung nur über einen geringen Zeitraum produktive Leistung am Arbeitsplatz verrichtet und somit kaum Erträge erwirtschaftet. Vor diesem Hintergrund wollen die Betriebe neue Organisationsformen für die Ausbildung entwickeln. Die Auszubildenden sollen stärker in den Produktionsprozeß einbezogen, der umfangreiche Teil des Lernens in Ausbildungswerkstätten verlagert und der theoretische Anteil gekürzt werden. Es gibt auch Überlegungen, die berufliche Grundausbildung künftig komplett in die Berufsschule zu verlagern. Somit besteht die Gefahr, daß sich die Nachwuchs-Bedarfsplanung nur noch an Ausstellen und Sparmaßnahmen orientiert und das duale System noch tiefer in die Krise getrieben wird. Damit werden immer mehr Jugendlichen berufliche Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten entzogen. Zugleich wird längerfristig der wichtigste ökonomische Standortvorteil Deutschlands, nämlich die hohe Qualifikation der Beschäftigten, gefährdet.

## Umlagefinanzierung und Reform der beruflichen Bildung nötig

Das von der Bundesregierung Anfang September 1993 vorgelegte Ausbildungs-Sonderprogramm kam viel zu spät. Anscheinend hat sie den Anstrengungen der Arbeitgeberverbände zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu lange vertraut, was angesichts der absehbaren BewerberInnenzahlen absolut unbegründet war.

Nachdem die Misere offenkundig war, versuchte man zu retten, was noch zu retten war. Es wurden Finanzmittel zur Schaffung außerbetrieblicher Plätze bereitgestellt. Dies schafft zwar kurzfristig Entlastung, löst aber die eigentlichen Probleme nicht.

Die bisherige im wesentlichen rein einzelbetriebliche Steuerung des Ausbildungsplatzangebots im dualen System ist nicht in der Lage, dauerhaft und in allen Regionen und auch in ökonomischen Krisenphasen ein quantitativ und qualitativ hinreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zu gewährleisten. Nur eine überbetriebliche und branchenübergreifende Regelung, die auf der Finanzierung qualifizierter Ausbildungsplätze durch eine Abgabe insbesondere der nicht ausbildenden Betriebe ab einer gewissen Größenordnung beruht, kann das Problem dauerhaft lösen. Damit könnte zugleich die einseitige Benachteiligung qualifizierter ausbildender Betriebe gegenüber nicht ausbildenden Betrieben abgebaut werden. Insbesondere könnte so verhindert werden, daß gerade die Großbetriebe sich immer mehr aus ihrer Verantwortung herausziehen. Für kleine und mittlere Betriebe müssen Möglichkeiten zur überbetrieblichen Ergänzungsausbildung oder zu zwischenbetrieblichen Ausbildungsverbänden geschaffen werden, damit Defizite im Vergleich zur Ausbildung in Großbetrieben ausgeglichen werden.

Notwendig ist daher die gesetzliche Einführung einer Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung, aus deren Mittelaufkommen einerseits Betriebe, die eine qualifizierte Ausbildung betreiben, refinanziert und ergänzend überbetriebliche Ausbildungsstätten eingerichtet werden könnten. Neben der Gewährleistung eines quantitativ ausreichenden Ausbildungsplatzangebots könnte damit zugleich eine Qualitätssteigerung und eine an den zu erwartenden Arbeitskräftebedarfen in den verschiedenen Berufen ausgerichtete Steuerung erreicht werden. Angesichts der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte ist diese Forderung auch deshalb besonders dringend, weil staatliche Maßnahmen noch weniger als zuletzt in den 80er Jahren dazu beitragen werden, das Problem abzumildern. Es ist unverständlich und sollte von Jusos und SPD-Linken verstärkt eingefordert werden, daß die Forderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe in der gegenwärtigen Programmatik der SPD nicht auftaucht, obwohl es 1986

schon einen gemeinsamen Gesetzentwurf der SPD-regierten Länder und der SPD-Bundestagsfraktion dazu gab.

Hinzutreten müssen Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien für eine Übernahme der Ausgebildeten zumindest für zunächst ein Jahr, ggf. in Kombination mit weiterqualifizierenden Maßnahmen. Dazu sollten auch öffentliche Mittel z.B. der Arbeitsverwaltung und der EU bereitgestellt werden, um dies zu fördern.

Nur eine überbetriebliche und branchenübergreifende Finanzierung qualifizierter Ausbildungsplätze kann das Problem dauerhaft lösen.

Längerfristig muß es eine grundlegende Reform des Systems der beruflichen Bildung geben. Dabei muß insbesondere über die Zukunft des dualen Systems nachgedacht werden. Auch Konzepte wie die Kollegscheule oder eine Koppelung von beruflicher und universitärer Ausbildung sollten in die Überlegungen einbezogen werden. Schon jetzt erwerben immer mehr Jugendliche ihre Berufsausbildung nicht im dualen System, sondern in Schulen oder Universitäten. Da aber auch die Hochschullaufbahn in vielen Fällen keine Garantie mehr für eine sichere Anstellung und berufliche Karriere ist, führt dies zu zusätzlichen Konflikten. Einige Betriebe spielen mit der Idee, ganz auf die Ausbildung zu verzichten und dafür Hochschulabsolventen einzustellen, sie kurz einzuarbeiten und sie dann Stellen übernehmen zu lassen, für die bisher ausgelernte Auszubildende eingesetzt wurden. Hiermit wird eine unnötige und schädliche Konkurrenzsituation aufgebaut. Die Verantwortlichen (Gewerkschaften, Arbeitgeber, Staat) müssen jetzt gemeinsam so schnell wie möglich handeln und neue Konzepte entwickeln. Sollten sie weiter untätig bleiben, wird dies erhebliche Konsequenzen für die Gesellschaft haben. Der Zug ist dann für Jahre abgefahren.

\* Andrea Schulz, stellv. Juso-Landesvorsitzende Schleswig-Holstein



# Durchfluß- statt Kreislaufwirtschaft

Standortdebatte und Bergwerke als Müllschlucker  
und Billigentsorger lassen Recycling abstürzen

von Detlef Bimboes\*

Die Turbulenzen um das Duale System Deutschland (DSD), die gescheiterte Verpackungs-Verordnung und den Grünen Punkt und die dadurch mitbeschleunigte Unternehmenskonzentration und Monopolbildung in der Entsorgungsbranche stehen noch im Vordergrund öffentlicher Debatten. Aus dem Bewußtsein droht deshalb zu geraten, wohin sich der Blick eigentlich richten müßte: auf Industrie und Gewerbe. Hier wird der eigentliche Problemmüll bei der Herstellung von Wirtschaftsgütern in Hülle und Fülle erzeugt, dessen Verminderung so dringlich ist. So dringlich auch, weil hier mit viel Müll eben jene Produkte erzeugt werden, die uns am Ende ihres Lebenszyklus wieder als Abfall begegnen und die mit Recht als die eigentlichen Emissionen der Industriegesellschaft bezeichnet werden.

Und gerade hier - im eigentlich interessanten Kernbereich - geraten Vermeidung und Verwertung von Müll, kaum begonnen, ins Stocken. Die allgemeinen Ursachen sind bekannt: wirtschaftliche Rezession, Strukturkrise und Arbeitsplatzabbau. Sie lassen den staatlichen Umweltschutz immer stärker unter die Räder anderer politischer und wirtschaftlicher Interessen geraten. Hinweise dazu geben die auf Bundesebene bislang immer noch nicht verabschiedeten, und in den vorliegenden Fassungen wenig tauglichen, Verordnungen zur Regulierung großer Stoffströme wie Elektro- und Elektronikschrott oder ausgedienter Altkaros, für deren Rücknahme die Hersteller und Vertreiber in die Pflicht genommen werden müssen. Ein weiteres Zeugnis ist der bislang untaugliche Entwurf für ein Kreislaufwirtschaftsgesetz aus dem Hause Töpfer, bei dem Wirtschaft groß und Abfallvermeidung klein geschrieben wird.

\* Dr. Detlef Bimboes, Wiesbaden, Diplombiologe

## Hektischer Stillstand bei Vermeidung und Verwertung

Über diese Stockungen können vielfältige Förderprogramme in Bund und Ländern und die mit reichlich Geld ausgestattete Bundesstiftung Umwelt mit Sitz in Osnabrück ebensowenig hinwegtäuschen wie die in mehreren Bundesländern erhobenen Sonderabfallabgaben oder auch zahllose staatlich vermeldete Aktivitäten zum verbesserten Vollzug von Verwertungs- und Vermeidungspflichten im Abfall- bzw. Bundes-Immissionsschutz-Gesetz und vereinzelte, mit viel Pomp in Betrieb genommene Recyclinganlagen. Häufig erschöpfen sich die Aktivitäten in Papierbergen, der Vergabe von Gutachten oder in zwar interessanten, aber für die Abfallerzeuger nicht oder nur wenig verbindlichen, mehr orientierenden Ratgebern zur betrieblichen Abfallvermeidung. Die Situation gleicht vielerorts hektischem Stillstand. Und dort, wo die rechtlichen Möglichkeiten konsequenter angewandt werden - wie z.B. in Hessen -, beginnen sich die Unternehmen zu wehren und ziehen vor den Kadi. Herausragendes Beispiel sind die Verfassungsklagen gegen die Sonderabfallabgabe in Hessen und Baden-Württemberg durch große Chemiekonzerne.

Die Stockungen im Umweltschutz wurzeln aber nicht nur in den oben skizzierten allgemeinen, sondern vor allem in zwei damit verbundenen ganz speziellen Gründen:

1. In vielen Bundesländern wird die Misere der öffentlichen Kassen zum Anlaß genommen, die Umweltbehörden stärker an die Kandare zu nehmen, den Personalausbau zu stoppen und die Finanzmittel entweder einzufrieren oder auszutrocknen. Damit kann vielerorts das Gebot der Verwertung und Vermeidung von Abfällen auf der Grundlage des Bundes-Immissions-

schutz-Gesetzes (BImSchG) durch die Gewerbeaufsichtsbehörden, kaum daß in der Praxis damit begonnen wurde, nun nicht mehr nachhaltig überprüft und gegenüber den Anlagenbetreibern in Industrie und Gewerbe durchgesetzt werden. Das gleiche gilt für die Durchsetzung bestehender Pflichten zur Abfallverwertung im Abfallgesetz (AbfG) durch die Abfallbehörden gegenüber den Abfallerzeugern.

2. Seit geraumer Zeit ist auf Druck der Wirtschaft in großem Stil die kostengünstige Verfüllung von Bergwerken mit Abfällen, ausgegeben als Verwertung, zugelassen worden. Ein Vorgang, der im wesentlichen als Abfallbeseitigung zu bezeichnen ist. Hierbei spielen die staatlichen Bergbaubehörden eine entscheidende Rolle, die in einer Reihe von Bundesländern mit alter Bergbautradition, wie z.B. in NRW, ein Anhängsel der Wirtschaftsministerien und von deren Weisungen abhängig sind. Noch dazu läßt sich dieser Vorgang ganz legal auch auf der Grundlage von BImSchG und AbfG als Verwertung einstufen, weil bislang durch die Politik vorgegebene verbindliche Kriterien fehlen, was als qualitativ hochwertige, stoffliche Verwertung zu gelten hat. Natürlich könnte zur Verhinderung von Geländeabsenkungen als Ergebnis der Untertunnelung von Landschaften oder zur Bergwerkssicherung auch das oberirdische, in Massen lagernde, z.T. sehr umweltschädliche Abraummaldenmaterial eingesetzt werden. Das hat nur einen Haken: Damit liebe sich nichts verdienen, sondern es verursachte nur Kosten für die Bergwerksbesitzer bzw. -betreiber.

## Verwertung wird zunehmend unrentabler

An der Verfüllung durch Abfälle dagegen verdient die boomende Entsorgungsbranche nicht schlecht! Zunehmend werden in fünf ehemaligen

Kohlezechen in NRW und Sachsen-Anhalt und in fünf Salzbergwerken in Thüringen und Baden-Württemberg in großem Stil Industrieabfälle - offenbar bereits in einer Größenordnung von mehreren hunderttausend Tonnen jährlich - eingelagert. Dieser große Lageraum für Industriemüll hat die Entsorgungspreise in den Keller getrieben und damit die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Verwertung beschädigt. Die Höhe des Entsorgungspreises entscheidet nämlich ganz wesentlich darüber, ob ein Unternehmen in die Verwertung von Abfällen einsteigt oder nicht, und bildet damit die ökonomische Voraussetzung für die Abfallverwertung. Die international verfallenden Rohstoffpreise bieten hierzu jedenfalls in vielen Fällen keinen Anreiz.

Nur vor diesem Hintergrund wird die Beobachtung verständlich daß derzeit eine ganze Reihe sinnvoller industrieller und gewerblicher Recyclingaktivitäten entweder in die roten Zahlen geraten sind oder erst gar nicht begonnen werden. Das bisher in den alten Bundesländern relativ hohe Entsorgungspreinsniveau - bedingt durch knappe und z.T. relativ teure Entsorgungsmöglichkeiten (Deponien, Sondermüllverbrennung) - ist zusätzlich auch noch wegen der billigen oberirdischen Entsorgungsmöglichkeiten in den neuen Bundesländern zusammengebrochen.

Außerdem zeichnet sich eine weitere Gefahr ab. Was oberirdisch wegen der Bürgerproteste in den alten Bundesländern nicht durchsetzbar war, nämlich der Bau von Sondermülldeponien, soll nun unterirdisch durch die Nutzung von ehemaligen Bergwerken nachgeholt werden. So beginnt die Treuhänderzeit, die in ihrer Hand befindlichen Bergwerke der ehemaligen DDR zu verkaufen. Strategische Zielsetzung beim Verkauf ist, diese anschließend als unterirdische Sondermülldeponien zu nutzen. Dies paßt bestens, wenn wundert's, mit den Absichten der Bundesregierung zusammen, die in den neuen Bundesländern im Rahmen des Aufbaus der Entsorgungsinfrastruktur insgesamt bis zu drei Untertagedeponien mit einer Gesamtaufnahmekapazität von 480 000 Tonnen Sondermüll pro Jahr für notwendig hält. Gelingt dies, und daran bestehen derzeit wenig Zweifel, dann steht zusammen mit diesem Sondermüll-Lagerraum bundesweit in alten wie neuen Lagerstätten ein unterirdischer Hohlraum von über 110

Millionen Kubikmetern zur Verfügung, der jahrzehntlang genutzt werden kann. Die Menge entspricht einem Eisenbahnzug voller Industrieabfälle, der rund um den Äquator reicht.

## ... verdrängen, vergraben, vergessen

Geeignete (Salz)Bergwerke bieten bei sparsamer, restriktiv angelegter Nutzung die einzigartige Möglichkeit, über Jahrhunderte bis Jahrtausende hinweg die Menschheit von äußerst gefährlichen Abfällen zu befreien und diese nach entsprechender Aufbereitung sicher von der Biosphäre abzuschließen. Diese einmalige Chance wird durch Profitstreben und politisch kurzsichtiges Nachgeben gegenüber Wirtschaftsinteressen verbaut und auf einige wenige Jahrzehnte verkürzt. Das uralte Prinzip von „verdrängen, vergraben und vergessen“ beginnt wieder ungehindert fröhliche Urständ zu feiern.

Die Vision einer Recyclingwirtschaft beginnt an den Realitäten des Marktes zu zerbrechen.

Vor allem die unter Punkt 2 geschilderte Entwicklung weicht den durch bestehende Entsorgungsempässe in den letzten 10 bis 15 Jahren aufgebauten Druck in Richtung Vermeidung und Verwertung von Produktionsabfällen auf. Langjährige Anstrengungen im Umweltschutz werden so zum Stillstand gebracht, bescheidene Erfolge rückgängig gemacht. Die Vision einer Recyclingwirtschaft beginnt an den Realitäten des Marktes zu zerbrechen.

Dies verlängert die Fortsetzung der bisherigen Umweltpolitik, nämlich die Fixierung auf Verhinderung von Schadstoffemissionen ( sog. Emissionen ) durch lediglich nachgeschaltete Filteranlagen und die Verschiebung der Probleme aus Luft und Wasser in den Abfallbereich. Die so erzielten Erfolge sind ohnehin in Gefahr, durch weiteres wirtschaftliches Wachstum aufgehoben werden.

Das Kennzeichen einer neuen Phase der Umweltpolitik müßte aber gerade in der Abkehr von dieser Fixierung auf Emissionen liegen. Kurz und bündig ist

dies vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie auf der Anhörung zu „Leitbildern einer Stoffpolitik“ der „Enquete-Kommission zum Schutz des Menschen und der Umwelt“ im Oktober 1993 formuliert worden: „Weg von der Durchflußwirtschaft und hin zur Kreislaufwirtschaft, weg von der Materialverschwendung und hin zur Materialproduktivität, weg von der Energieverschwendung und hin zu Energieeffizienz, weg von der Produktorientierung und hin zur Dienstleistungsoptimierung, weg vom Verbrauch von Naturkapital und hin zu seiner zukunftsfähigen Nutzung, weg vom verschwenderischen Umgang mit Flächen und hin zu effizienter Flächennutzung, weg von der Wegwerfgesellschaft und hin zur Wertschätzungsgesellschaft“.

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen - außer, daß die dafür erforderlichen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fehlen. Es bleibt deshalb im wesentlichen alles beim alten oder „the same procedure as every year“: Durchflußwirtschaft statt Kreislaufwirtschaft.

ZEITSCHRIFT FÜR HUMANISMUS UND AUFLÄRUNG  
**DIESSEITS**

**diesseits** - die Zeitschrift für weltliche Humanisten, Atheisten und Konfessionslose

**diesseits** - die Zeitschrift für Religionskritik, Aufklärung und Humanismus

**diesseits** - die Zeitschrift für Selbstbestimmung, soziale Verantwortung und Menschenrechte

**diesseits** - herausgegeben vom Humanistischen Verband Deutschlands

Kostenlose Probeexemplare:

**diesseits** Zeitschrift für Humanismus und Aufklärung  
Hobrechtstraße 8  
12843 Berlin  
Telefon 030/613 904-0  
Fax 030/624 27 23

# „Doppelzocker“, arme Gemeinden und geschröpfte Arbeitnehmer

von Thomas Ewald\*

Immer neue Finanz- und Etatlöcher tun sich - nicht nur rezessionsbedingt in den Gemeinden, Ländern und im Bund auf. Eine Steuerschätzung jagt die andere, ein Nachtragshaushalt den nächsten. Selbst regierungsnahe Steuerberater empören sich inzwischen über das angerichtete Chaos und sprechen von „Wegwerfgesetzen“.

Der Grundstein der Misere wurde mit der Steuerreform 1990 gelegt, die von der Kohl-Regierung als „Jahrhundertwerk“ gefeiert wurde und insbesondere die sehr gut Verdienenden erheblich entlastete. Neben der Absenkung des Spitzensteuersatzes von 56% auf 53% profitierte dieser Kreis zusätzlich von einer Verflachung der Progression, einem niedrigeren Eingangssteuersatz (19%) und dem höheren steuerfreien Existenzminimum. Schon damals wurde von ernstzunehmenden Kritikern vor den erheblichen Einnahmefällen für Bund, Länder und Gemeinden gewarnt (zwischen denen das Aufkommen der Ertragssteuern Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer aufgeteilt wird), die nur durch die vereinigungsbedingte Sonderkunjunktur in den Jahren 1990 bis 1992 nicht sofort durchschlugen.

Die Finanzmisere der öffentlichen Hände wird durch das Wirksamwerden des „Standortsicherungsgesetzes“ 1994 noch verschärft, das nochmals eine planmäßige Steuerentlastung für Unternehmen und Höherverdienende bringt. So müssen die einbehaltenen Gewinne der Aktiengesellschaften und GmbH's (sog. Thesaurierungsgewinne) statt mit 50% nur noch mit 45% versteuert werden. Mit dieser Absenkung hat die liberal-konservative Regierung im Zeitraum von nur 4 Jahren den Steuersatz um 11% (!) reduziert. Die Maßnahme wird seitens der Regierung mit der daraus angeblich resultierenden Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit begründet. Auch sollen mit der geringeren Grenzsteuerbelastung Investitionen deutscher und ausländischer Firmen am „Standort Deutschland“ gefördert werden.

Mit demselben Gesetz wurde der Spitzensteuersatz für natürliche Personen im Bereich der gewerblichen Einkünfte von 53% auf 47% gesenkt. Damit ist auch dieser Gruppe von Spitzenverdienern binnen 4 Jahren mit einer 9%igen Absenkung (von 56 auf 47%) ein schöner Steuervorteil zugewachsen - während in der Öffentlichkeit treuherzig über die Finanzierungs(un)gerechtigkeiten der Wiedervereinigung debattiert wird. Die Freiberufler etc. werden auf Gleichbehandlung pochen und gerichtlich eine Besteuerung mit einem Grenzsteuersatz von 47% durchsetzen wollen. Ihre Chancen stehen nicht schlecht.

## „Doppelzocker-Modell“

Neben dieser Privilegierung sind z.B. auch die Vorschriften des „Fördergebietsgesetzes“ zu reinen Steuerspar-Modellen verkommen. Was der Modernisierung der alten Wohnbaubestand Ostdeutschlands zugute kommen sollte, begünstigt lediglich (west-)deutsche Großverdiener. Die 50%ige Sonderabschreibung bei Gebäuden führte beispielsweise zu einem Steuersparkonstrukt, das in der Fachwelt ohne schlechtes Gewissen als „Doppelzocker-Modell“ bezeichnet wird. Bei dieser Variante wird die 50%ige Sonderabschreibung zweimal vorgenommen: Eine Neubau-Immobilie im Beitrittsgebiet wurde zunächst privat erworben und steuersparend abgeschrieben. Nach Ablauf der 2-jährigen Spekulationsfrist (danach werden durch Wiederverkauf realisierte Gewinne aus Wertsteigerungen nicht mehr besteuert!) verkaufte der Privatmann diese Immobilie an eine gewerblich geprägte Personengesellschaft, die dann erneut die 50%ige Sonderabschreibung nutzte. Demgegenüber beträgt die normale steuerliche Abschreibungsfrist für Gebäude 40 Jahre.

## Gewerbesteuersenkung trifft Gemeinden

Aber nicht nur diese Begünstigten, sondern auch der gewerbetreibende

Mittelstand sollte sein „Fett“ abbekommen. Die konservative Bundesregierung erhöhte den Freibetrag und die Staffellung der Gewerbeertragsteuer, dies führte ab 1.1.1993 zu einer erheblichen Entlastung auf Kosten der Gemeinden. Der grüne Stadtkämmerer Frankfurts, Königs, schätzt die daraus resultierenden Mindereinnahmen der Stadt für das Jahr 1993 auf 85 Millionen DM. Für einen Frankfurter Gewerbetreibenden rechnet sich das so: mußte er 1992 bei einem Gewerbeertrag von 100.000 DM und einem Hebesatz von 480% noch 15.360 DM Gewerbesteuer an die Kommune abführen, waren es 1993 bei gleichem Ertrag und Hebesatz nur 4.032 DM, und 1994 wären es trotz auf 515% erhöhtem Hebesatz nur 4.326 DM.

Diese bundesgesetzliche Neuregelung führt damit zu einer weiteren Aushebelung der kommunalen Selbstverwaltung, weil die Kommune durch Austrocknung ihrer wichtigsten Finanzierungsquellen kaum noch finanziellen Spielraum hat. Die Gemeinden versuchen ihre Mindereinnahmen durch massiven Abbau „freiwilliger“ Leistungen (zu denen sie nicht gesetzlich verpflichtet sind, z.B. Schwimmbäder, Bibliotheken, Beratungsstellen, Jugendzentren ...) und durch Erhöhung kommunaler Gebühren und Preise auszugleichen. Sozialdemokratisch regierten Ländern und Gemeinden werden so sozialpolitische Profilierungsmöglichkeiten weitgehend entzogen, ein „ökologischer Umbau der Industriegesellschaft“ wird bereits in den Ansätzen erstickt.

Auf der anderen Seite werden die Arbeitnehmer zusätzlich durch steigende Sozialversicherungsabgaben und Mineralölsteuererhöhung geschröpft. Wenn die SPD, so sie an die Regierung kommen sollte, nicht ein Finanzierungskonzept durchsetzt, das die notwendigen Mittel konsequent bei denen eintreibt, die in den letzten Jahren über alle Maßen begünstigt wurden, darf sich niemand wundern, wenn sich der soziale Protest des „unteren Drittels“ weiter verstärkt nach rechts wendet.

# Vorwort zum Schwerpunkt

von Uwe Kremer\*

Früher hätte es keiner besonderen Begründung bedurft, sich auch in nicht vorrangig international orientierten Zeitschriften mit der Entwicklung in Lateinamerika zu beschäftigen. Schließlich war dieser Kontinent mehr als alle anderen ein Bezugsraum für die „internationale Solidarität“ der westeuropäischen Linken, wie die „internationale Solidarität“ selbst ein zentrales Element linker Identität darstellte. Vor allem zwei Punkte dürften für das frühere Interesse an Lateinamerika besonders bedeutsam gewesen zu sein: der starke Antimperialismus - zugespitzt in den militanten Befreiungsbewegungen verschiedener Länder, aber auch eine gewisse historisch begründete Nähe zu Europa, die sich (immer verglichen mit Asien und Afrika) in einigen Ländern auch an der Rolle der christlichen Kirche, der Struktur des Parteiensystems und gewissen wohlfahrtsstaatlichen und gewerkschaftlichen Bestrebungen festmachen ließen.

Nummehr scheint es aber so zu sein, daß der Zusammenbruch der alten Weltordnung auch den traditionellen Internationalismus der Linken weitgehend zum Einsturz brachte. Dies gilt nicht nur in einer allgemeinen Betrachtungsweise, sondern auch in konkreten Punkten - spektakulär hinsichtlich der sandinistischen Wahlniederlage 1990 oder der Entwicklungen auf Kuba. Zu diesen konkreten Punkten zählt aber wohl auch die weniger bemerkte Eingliederung großer Teile der chilenischen Linken in eine neoliberal gefärbte Modernisierungskoalition - und vergleichbare Wendungen in manchen anderen Ländern. Auf der anderen Seite gibt es gerade in den letzten Jahren eine verstärkte Hinwendung zu den eigenen nationalen Problemen in Deutschland - berechtigterweise, allerdings mit der Gefahr verbunden, den Blick für die Situation in anderen Ländern Europas und erst recht auf anderen Kontinenten zu verlieren.

Stimmt die These, daß die Linke im Zuge der neuen Welt(un)ordnung auch einen neuen Internationalismus entwickeln müsse, daß dies unabdingbar für die Entwicklung eigener Identität und

Gestaltungsfähigkeit sei, so kann die Beschäftigung mit Lateinamerika nicht als exotische Ablenkung von den eigenen Problemen abgetan werden. Die Ereignisse im Süden Mexikos haben kurzfristig auch die linke Öffentlichkeit wieder stärker daran erinnert. Aber wer nimmt schon zur Kenntnis, daß im Oktober nicht nur bei uns, sondern auch in einem derartig riesigen Land wie Brasilien Wahlen stattfinden und heute die größte linke bzw. sozialistische Partei der ehemals „westlichen Hemisphäre“ - die brasilianische Arbeiterpartei PT - gute Chancen hat, die Regierungsgewalt zu übernehmen? Und daß sich auch in Ländern wie Uruguay und Mexiko interessante Formierungsprozesse auf der Linken mit Optionen auf die politische Macht abspielen? Unter diesen Bedingungen ist es u.E. wichtig, Elemente eines Dialoges zwischen der europäischen und lateinamerikanischen Linken zu entwickeln.

Die Entwicklung eines derartigen Dialoges und von neuen Formen internationaler Solidarität - wie sie Edgar Göll anhand einer ausführlichen Buchbesprechung thematisiert - muß allerdings auch die heutigen ökonomisch-politischen Entwicklungsbedingungen eines Kontinentes wie Lateinamerika berücksichtigen, will sie nicht in einen abstrakten Antimperialismus verfallen. Dirk Messner versucht in seinem Beitrag die Veränderungen dieser Bedingungen nüchtern auszuleuchten - mit Positionen, die in der entwicklungs-politischen und Lateinamerika-„Szene“ durchaus umstritten sein dürften. Bezugspunkt seiner Überlegungen sind Strategien der Weltmarktintegration - jenseits traditioneller Abkoppelungskonzepte wie auch neoliberaler Freihandelsideologien. In diesem Zusammenhang - der engen Verzahnung von realistischen ökonomischen Konzeptionen und politischen Neuformierungen der Linken - ist auch der Kuba-Beitrag von Robert Lessmann zu sehen.

Aus meiner Sicht lassen sich die Beiträge in gewisser Weise auch bisherigen spw-Artikeln zur Neugestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen zuordnen - Artikeln, die in besonderem Maße die Entwicklung von Wirtschaftsräumen in den Weltregionen im Auge haben und

darin die Möglichkeit sehen, jenseits eines uferlosen Freihandels zu regulierten Wirtschaftsbeziehungen auf dem Weltmarkt zu kommen (siehe jüngst die Beiträge von Willi Brüggem und Joachim Schuster in der letzten spw und die frühere Diskussion über die künftige Rolle Westeuropas). Die These lautet: Eine international wirksame und solidarische Linke wird sich nicht in einem System globalen Freihandels neu formieren können, sondern nur im Kontext dieser regionalen Wirtschaftsräume. Und in diesem Kontext müssen auch unsere internationalen Partner gesucht werden. Allerdings: Wie weit die lateinamerikanische Linke - trotz Brasilien - noch von einer solchen „kontinentalen“ Formierung entfernt ist, zeigt uns Albrecht Koschützke als jemand auf, der die lateinamerikanische Linke über 15 Jahre hinweg „vor Ort“ kennengelernt und analysiert hat.

Für die Souveränität und Unabhängigkeit Cubas  
**Schluß mit der Blockade!**  
 Dringender Aufruf zur Unterstützung der Ernährung von 125.000 Kindern in Havanna  
 „Glas statt Weißblech“  
 Durch den Kauf einer Abfüll- und Verdeckelungsmaschine „Omnia“ für Schraubgläser soll die Abfüllung in Weißblechdosen mit folgenden Vorteilen ersetzt werden:  
 - Das Glas wird in Cuba hergestellt und spart Devisen. Gläser sind wiederverwertbar. Sie ermöglichen die Nutzung einer größeren Vielfalt von Früchten und Gemüsen sowie das Hinzufügen neuer Vitamine. Die Produktion wird erhöht, Schadstoffe vermieden. Die Haltbarkeitsdauer wird verdoppelt.  
 - Die Verschärfung der Blockade Cubas durch die Regierung der USA mittels Torricelli-Gesetz, die letzte Klimakatastrophe, die für Cuba einen Verlust von 1.000 Mio US-Dollar bedeutete, die Zerstörung der Bananenrnte und eine schlechte Zuckerernte bedeuten ein kritisches Jahr 1994.  
 - Kosten für die Maschine „Omnia“: ca. 72.000 DM, aktueller Kontostand: ca. 47.000 DM.  
 - Ziel war, die Finanzierung bis Ende 1993 sicherzustellen, das ist leider nicht gelungen. Unterstützt wird das Projekt durch: Cuba-Soli-Gruppe Heidelberg; FG BRD-KUBA e. V. - Gruppen Aachen, Essen, Köln, Wuppertal, Cuba-Soli-Gruppen Bonn, Köln und Dortmund, Frankfurt/Main  
 Koordination: Cuba-Gruppe Bonn (Tel./Fax.: 0228/698547)  
 Kontonummer: 913012, Stadtparkasse Wuppertal BLZ 330 500 00, FG BRD-KUBA e. V. Wuppertal  
 Stichwort: „Glas statt Weißblech“  
 Verschiedene Stiftungen verweigerten die Kooperation mit dem Projekt, obgleich sie seinen sozialen Charakter anerkannten.  
 Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung.

\* Thomas Ewald, Frankfurt

\* Uwe Kremer, Dortmund, spw-Redaktion



# Die Linke in Lateinamerika

Ein kritischer Überblick

von Albrecht Koschützke\*

Wenn wir - bei aller Unsicherheit der Definition - von „der Linken“ in Lateinamerika sprechen, so müssen wir von ihrer vor allem strukturellen Krise reden. Der damit angesprochene radikale politische Bedeutungsverlust linker Parteien, Organisationen und Bewegungen liegt nicht, wie oft vermutet wird, am Zusammenbruch des bürokratischen Sozialismus des Ostblocks, der nur für die weitestgehend bedeutungslosen kommunistischen Parteien des Kontinents (mit Ausnahme Chiles vor dem Putsch - und natürlich Kubas) eine relevante Bezugsgröße gewesen ist. Andere Faktoren waren und sind bedeutsamer.

Ein entscheidender Einschnitt waren zunächst einmal die brutalen Militärdiktaturen der siebziger und anfangs achtziger Jahre. Die physische Liquidierung der Oppositionellen, das Verbot ihrer Organisationen, ihrer Gedanken und Theorien, die Exilierung ihrer Führer und die radikale Umkämpfung der gesellschaftlichen Wertesysteme produzierten während der Diktatur einen neuen politischen und sozialen Kontext. Die „Spuren“ der Diktatur, vor allem in den Köpfen der Menschen und auch in der neu zu konstituierenden Kultur der Linken haben Langzeitwirkung.

So wie die nach-diktatorischen Gesellschaften selten kollektive Trauerarbeit geleistet haben, so hat die Linke kaum ihre eigenen Fehler vor und während der Diktatur aufgearbeitet. Mit tragischer Oberflächlichkeit wurde allenfalls die Konsequenz gezogen, formal demokratische institutionelle Prozesse zu gering geschätzt zu haben, weshalb jetzt in vielen Ländern Verfassungsreform, Institutionen-Aufbau, technische Kompetenz innerhalb vorgegebener Parameter einen so großen Stellenwert haben.

\* Albrecht Koschützke, Politologe, arbeitete 1975-1992 in Lateinamerika, u.a. 1983-1992 als Herausgeber der kontinentweiten sozialwissenschaftlichen Zeitschrift „Nueva Sociedad“ in Caracas, Venezuela. Wohnt jetzt in Köln, ist Mitherausgeber des „Jahrbuchs Lateinamerika“, das im Horlemann-Verlag erscheint.

Die typische „Transformationsangst“ in nach-diktatorischen Gesellschaften vor scheinbar radikalen Alternativen, um nicht die noch mächtigen Geister des Gestern, die Militärs, zu „provizieren“, bildet eine zusätzliche Schere im Kopf und eine Mauer fürs Handeln. Und so sind viele neue Demokratien von vornherein „konditionierte Demokratien“, ängstlich bedacht, ihre formelle Konsolidierung nicht durch grundlegende soziale oder politische Reformen zu gefährden.

## Die Konsequenzen des Neoliberalismus

Der zweite zentrale Faktor, der die Position und Perspektiven der Linken heute bestimmt, sind die neoliberalen Wirtschaftspolitikern der letzten Jahre in praktisch allen Staaten Lateinamerikas. Deren Umsetzung und die schärfste ökonomische Krise des Kontinents seit den 30iger Jahren haben zu dramatischen Veränderungen in den Klassenstrukturen geführt. Die Zerstörung großer Teile der traditionellen Basisindustrien hat einst auch politisch so bedeutende Gewerkschaften wie die der argentinischen Metallarbeiter oder der bolivianischen Bergleute dezimiert und insgesamt die kontinentale Gewerkschaftsbewegung fast zur Bedeutungslosigkeit reduziert. Sie hat damit nachhaltig bisherige kollektive Arbeits- und Kampferfahrungen, Klassenbindungen, Solidarität zerstört. Für viele trat dafür bestenfalls der „cuentapropismo“ - das Arbeiten „auf eigene Rechnung“ - als Taxifahrer, Verkäufer, usw. an diese Stelle, wenn es nicht zum Absinken in die extreme Armut und in damit verbundene anomisch-gewaltförmige Sozialverhältnisse kam (Anomie: allgemeiner Zustand mangelhafter gesellschaftlicher Integration, in dem für die Individuen ein Funktionsverlust von Institutionen, Normen usw. eintritt).

Auf der anderen Seite haben die Alltagserfahrungen der vorhergehenden Hyperinflation „Stabilität“ zu einem nachgerade existentiellen Wert ge-

macht. Nicht nur die ökonomischen und sozialen, sondern auch die psychosozialen Folgen von Hyperinflation - „Entwertung aller Werte“, Auflösung aller Sicherheit auch und gerade des Alltags - haben eine traumatisierende Wirkung. Die Popularität neoliberaler „Stabilisierer“ wie Menem in Argentinien, Fujimori in Peru oder Goni in Bolivien ist kein Masochismus. Weite Teile der noch irgendwie erwerbstätigen Bevölkerung sieht Sozialreformen eher als Ausdruck populistischen Abenteuerstums und zieht die harte Hand des angeblich sparsamen und unerbittlichen Präsidentenvaters vor, zumindest so lange, wie er noch die Hoffnung auf einen Zugewinn an ökonomischer und staatlicher Effizienz verspricht.

Dabei ist der Bedarf an Reformen selten so groß wie heute gewesen. In praktisch allen Ländern hat eine radikale Einkommensumverteilung in den letzten Jahren stattgefunden, denn Krise und Inflation implizieren immer Einkommensumverteilung von unten nach oben; überall haben sich die Lebensbedingungen, die Arbeitsmarktlage, die staatlichen Dienstleistungen, die medizinische, die schulische, die kulturelle Versorgung, die Wohnsituation, die Verkehrsbedingungen, die ökologischen Probleme, die persönliche Sicherheit für die Mehrheit der Bevölkerung verschlechtert.

## Die Zerklüftung der Gesellschaft

Drittens gibt es daher eine neue Dimension in der gesellschaftlichen Zerklüftung vieler lateinamerikanischer Staaten. Gewalt (Kriminalität, Mafia, Guerrilla mit gleitenden Übergängen), Korruption, Willkürherrschaft von Personen oder staatlichen Institutionen bei gleichzeitig hochgradiger Bürokratisierung des Staatshandelns provozierten die völlige Trennung zwischen politischer Elite und Basis. Klientelistische Macht-Strukturen und gangsterile Bruderschaften-Solidarität, wirkungsmächtige Ideologieproduzenten (Kirche,

Fernsehen) und zersplitterte Basisinitiativen der grass roots movements mit ihren Stärken (konkrete Hilfe, Überlebensstrategien, Solidarität, Idealismus) und Schwächen (Vereinzelung, Projektborniertheit, kleingruppen-dynamische Deformationsprozesse, Ideologisierung oder Entpolitisierung) spannen das Netz für den täglichen Überlebenskampf. Nicht „Entwicklung“ (desarrollo) sondern „Überleben“ (sobrevivencia) ist das Ziel. Die Spannung zwischen provokativ zur Schau gestelltem obszönem Reichtum der Sieger im neoliberalen Verteilungskampf und der rasant gestiegenen Zahlen der in absoluter Armut Lebenden ergibt in vielen Ländern ein explosives Gemisch modernistischer und marginalisierter Lebensformen, Werte, Konsumverhalten, Diskurse, Organisations- und Verkehrsformen.

Diese Situation wird immer wieder Gewalttätigkeit (politisch, pseudo-politisch, kriminell, als unorganisierter spontaner kollektiver Wutanfall etc.) produzieren und provozieren, mit schrittweiser Auflösung bekannter Strukturen. „Guerrilla“ ist für den europäischen Betrachter ja noch eine vertraute und mithin legitimierte, weil analysierbare Form politischen Protestes und Artikulation. Die anomisierte und anomisierende Gewalt, ob kollektiv oder individuell, ob organisiert oder spontan, ob physisch oder sozial und kulturell, entfaltet hingegen eine (un)heimliche Erosionskraft mit langfristiger Wirkung, die unseren Kategorien fremd bleibt.

Ein explosives Gemisch modernistischer und marginalisierter Lebensformen wird immer wieder Gewalttätigkeit produzieren.

Das völlig unzureichend mit „Informalisierung“ beschriebene Ergebnis dieses gesellschaftlichen Zerfallsprozesses ist längst weit über die Ökonomie hinausgegangen. Die „Informalisierung“ auch der Politik, d.h., der Bedeutungsverlust aller „klassischen“ Parteien und Institutionen der „alten Gesellschaft“, schlägt sich nieder in neuen politischen Optionen: Fernsehmoderatoren (Belmonte, Bürgermeister

von Lima und möglicher Präsidentschaftskandidat in Peru) und Ex-Formel 1-Rennfahrer (Carlos Reutemanns in Argentinien), Bierbrauer und Radiobesitzer (Max Fernandez und Carlos Palenque in Bolivien, Schlagersänger (Tucuman-Gouverneur Palito Ortega in Argentinien) oder andere sich explizit als „Nicht-Politiker“ (Modell Fujimori in Peru) ausgebende Figuren besitzen mehr Vertrauen als die „traditionellen Politiker“. Korruption und Ineffizienz, Lügenhaftigkeit und Inkompetenz der Präsidenten und Parlamentarier haben die politische Klasse des Kontinents in vielen Ländern diskreditiert, ohne daß „die Linke“ hierauf bisher angemessene Antworten gefunden hätte.

## Das Dilemma der Linken

So sitzt die Linke zwischen allen Stühlen - konfrontiert mit dem fehlenden Zugang zum wachsenden „nicht formalisierten“ Sektor und dem gleichzeitigen Einflußverlust in den noch irgendwie erwerbstätigen Teilen der Unter- bzw. unteren Mittelschichten.

Außerhalb der offiziellen Welt der formalen Erwerbsarbeit und des rechtlichen und politischen Systems, aber eben auch weitgehend außerhalb des Einflusses organisierter Kräfte der politischen Linken, dehnt sich jener „nicht formalisierte“ Sektor aus. Hier verläuft die soziale Interaktion nach Organisations-, Werte- und Kommunikationsmustern, die eine andere Logik haben als das herrschende politische und ideologische System, dem ja auch die Linke, wenn auch als Opposition, angehört. Die Klassenherkunft der Linken, deren Kader und Führer überwiegend aus den Mittelschichten kommen und die sich in einigen Ländern mit einer einst relativ starken und heute eben erheblich geschwächten Gewerkschaftsbewegung verbinden konnten, hat auch zwischen der marginalisierten Bevölkerung (vor allem auf dem Land und in den städtischen Elendsvierteln) und den politischen Kräften, die behaupten, ihre Interessen zu vertreten, eine große Kluft aufgetan. Proteste der „Basis“ äußern sich in spontanen gewalttätigen Eruptionen, in kollektiven sozialen Wutanfällen, und nicht in der Form des politisch organisierbaren und ideologisch artikulierten „traditionellen“ Widerstands, der für die Linke Möglichkeiten der Intervention, der Orientierung oder gar der Führung offerierte.

Der „Caracazo“ in Caracas 1989 - die tagelange Plünderung nicht nur der Hauptstadt durch Hunderttausende, die jüngsten Proteste in Santiago del Estero (Argentinien) oder die Eruptionen der letzten Jahre in Santo Domingo, Rio, Sao Paulo usw. reklamieren unerbittlich eine radikale Änderung der herrschenden Politikmuster. Die Linke hat bisher diese neue Konstellation nicht politisch aufgearbeitet. Sie schwankt daher entweder zwischen naiver und opportunistischer Hoffnung, den Strom des Protestes auf ihre Mühlen umleiten zu können, und hilflosen, weil häufig unrealistischen und nicht durchsetzbaren Maximalforderungen.

Andererseits setzen im „formellen Sektor“ große Teile der dort verbliebenen Mittel- und Unterschichten eher auf die herrschenden neoliberalen technokratischen Eliten und entziehen sich damit eigenständigen linken Optionen. Die genannten Erfahrungen während und nach den Diktaturen ließen daher zwar auch eine aufgeklärte und/oder resignierend-opportunistische „Realo-Linke“ entstehen: Doch ökonomische Handlungsspielräume sind minimal, die Schatten der Diktatoren noch gegenwärtig, die zerstörende Wirkung der Hyperinflation traumatisch präsent. Die leichtfertige Abwertung demokratischer Verfahren durch die „revolutionäre“ Linke der 60iger und 70iger Jahre und die blutigen Konsequenzen dieser Mißachtung haben zu einer Neubewertung demokratischer Institutionalisierung geführt, auch wenn oft die neuen Demokratien geringere soziale Dimensionen besitzen als die seinerzeit so heftig als „Diktatur der Bourgeoisie“ verketzerten Systeme.

„Modernisierung“ der Ökonomie und Schaffung eines reduzierten, aber „effizienten“ Staatswesens haben natürlich unbestreitbare Attraktivität, die Kritik am korrupten, ineffizienten, populistisch-demagogischen Staats- oder Regierungsapparat ist in den Fallbeispielen selten zu widerlegen. Und linkspopulistische oder paternalistische Politik der Wahlgewinne, deren inflationäre Konsequenzen dann doch wieder die breiten Massen begleichen müssen, haben sicherlich das Ihre zur kontinentalen Strukturkrise beigetragen.

Ein halbwegs funktionierendes Steuersystem, bei dem - ohne großen verteilungspolitischen oder gar sozialreformerischen Anspruch - einfach einigermaßen konsequent überwiegend bereits beste-

hende Gesetze angewendet und Steuern auch mal kassiert werden- wie etwa inzwischen in Chile oder Argentinien -, oder eine ein bißchen ordentlichere, überschaubarere Staatsverwaltung sind natürlich nicht identisch mit Verteilungsgerechtigkeit, aber sie sind strukturelle Bedingungen, ohne die eine solche Gerechtigkeit auch durch inflationäre Subventionen nicht erreicht werden kann.

Die Linke neigt zu prinzipienlosen Flirts mit dem Sozialpopulismus (vor der Wahl) und dem Neoliberalismus (nach der Wahl).

Und so gelingt es der Linken nicht nur nicht, sich in den Strukturen des informellen Sektors zu verankern, sondern auch nicht, überzeugend die zentralen Themen der staatlichen und gesellschaftlichen Modernisierung und der wirtschaftlichen Effizienzsteigerung zu besetzen. Dies verleitet dann zu einem prinzipienlosen Flirt oft vor der Wahl mit dem traditionellen sozialpopulistischen Instrumentarium und nach der Wahl dann mit dem Neoliberalismus.

## Das Elend der SI-Parteien

Sozialdemokratische Parteien bzw. Mitglieder der Sozialistischen Internationale haben sich dabei besonders kläglich hervorgetan. erinnert sei an die dominikanische PRD, deren einstiger Präsident Salvador Jorge Blanco seit ein paar Jahren wegen Korruption im Gefängnis sitzt und unter dessen Präsidentschaft hunderte von Dominikanern erschossen wurden, als sie die Wahlversprechen protestierend einklagten. Dramatisch die Regierungszeit des bolivianischen MIR bzw. des Vizepräsidenten der SI, Jaime Paz Zamora, in der die Korruption bei gleichzeitig neoliberaler Politik diese Partei bei den letzten Wahlen zu einer Randgruppe verkommen ließ. Präsent ist auch der von Gefängnis bedrohte, wegen angeblicher Korruption abgesetzte venezolanische Expräsident Carlos Andres Perez, dessen „Accion Democratica“ - immerhin die größte lateinamerikanische SI-Partei - einen wesentlichen Anteil am Verfall des venezolanischen Parteiensystems hat.

Erinnert sei an die peruanische APRA und deren Expräsidenten Alan Garcia. Erdrückende Beweise unverschämtester Bereicherung mit Querverbindungen zum italienischen Parteien/Mafia-Sumpf, aber auch die absolute Inkompetenz der APRA-Regierung erläutern ein wenig, warum ein reaktionärer politischer Niemand wie Alberto Fujimori mit einem radikalen antipopulären Manchesterliberalismus dennoch stets auf seine demoskopisch belegte Popularität verweisen kann.

Natürlich hat das Versagen dieser großen SI-Parteien mit dazu beigetragen, daß die Sozialistische Internationale in den letzten zehn Jahren radikal an Bedeutung verloren hat, also nicht mehr das wichtige Diskussionsforum ist, auf das sich bis zu Beginn der 80iger Jahre alle fortschrittlichen Kräfte des Kontinents notwendig beziehen mußten. Heute zerfallen die SI-Parteien zum einen in die in ihren Ländern bedeutungslosen Splittergruppen wie die PSD in Guatemala, die Febreristas in Paraguay oder die PSP in Argentinien. Zum anderen befinden sich die erwähnten einst großen SI-Parteien, die Regierungen und Präsidenten stellten, der MIR, die APRA oder Accion Democratica, in einer selbst verschuldeten tiefen Existenzkrise.

Die gerade wieder an die Macht gekommene PLN in Costa Rica ist seit Jahrzehnten eine bürgerlich-antisozialistische etablierte Partei, die sich selbst vermutlich das Etikett „links“ verbitten würde, die PNP Jamaicas hat im Prokrustes-Bett neoliberaler Sparzwänge noch unter Michael Manley wenn schon nicht ihre sozialistischen Slogans so doch jene Politik aufgegeben, die sie zeitweilig zur klaren Alternative gegenüber neoliberalen Optionen machte. Bleiben noch zu erwähnen die sozialpopulistische dominikanische PRD, eine Massenpartei ohne präzises ideologisches Fundament oder bisher bewiesene Regierungskompetenz, der zudem die dominikanische „Linke“, von Juan Bosch organisiert, den Platz streitig macht. Schließlich Izquierda Democratica, die „Demokratische Linke“ in Ecuador, eine wesentlich auf Mittelschichten und Freiberufler zählende Ex-Regierungspartei der linken Mitte innerhalb des zersplitterten ecuadorianischen Parteienspektrums.

Die chilenischen Sozialisten und die PPD, Mitglieder der christdemokratisch geführten „Großen Koalition“, sind da-

bei, sich zu Parteien zu entwickeln, die sich vielleicht am engsten europäischen sozialdemokratischen Vorbildern nähern. Während das dritte chilenische SI-Mitglied, die eher bürgerliche „Radikale Partei“, wie stets ein Kümmerdasein fristet, entwickeln PS/PPD ein Profil der „linken Mitte“, das viele Erinnerungen an den Weg der spanischen PSOE weckt. Hoffnungsträger Ricardo Lagos gilt manchen als chilenischer Felipe Gonzalez. Im Parteienspektrum der SI ist mithin kaum ein bedeutsames und zukunftsfähiges politisches Projekt auszumachen, das zu Hoffnungen der Linken des Kontinents (oder Europas) berechtigt.

Und was ist mit Zentralamerika, wo die nationalen Befreiungsbewegungen noch vor wenigen Jahren im Zentrum der weltweiten linken Solidarität standen? Die Wahlniederlage der Sandinisten und die anschließende kritische Aufarbeitung der sandinistischen Ideologie und Regierungs-Praxis bewirkten einen anhaltenden (eigentlich nur in Teilen berechtigten) Schock, der schlagartig das Interesse von ganz Zentralamerika abzog. Eine fatale Konsequenz, die vor allem kritisch gegen die kurzatmige Solidaritätseuphorie des linken Fundamentalismus gewendet werden muß. Die demokratische Leistung der Sandinisten, den ersten friedlichen Machtwechsel in der Geschichte Nicaraguas durchgeführt zu haben, der weitere Verlauf des salvadorianischen Friedensprozesses, die Bemühungen der linken Opposition in Guatemala bedürfen der weiteren solidarischen Aufmerksamkeit. Einfachere Identifikation bieten natürlich spektakuläre Ereignisse wie die jüngsten Widerstandsaktionen in Chiapas in Mexico. Das fast weltweite Verständnis für den Widerstand der Zapatistas überrascht dabei weniger als die einmal mehr unter Beweis gestellte Integrations-Kapazität der regierenden PRI mit ihrer flexiblen Mischung aus Brutalität und Verbindlichkeit gegenüber jedweder Opposition. Die PRD des Cauthemoc Cardenas, ursprünglich eine Absplittierung der PRI, wird erst noch belegen müssen, daß sie nicht nur eine „authentische“ bessere PRI zu sein vermag.

## Linke Hoffnungsträger

Die kontinentalen (und auch europäischen) linken Hoffnungen konzentriert die brasilianische Arbeiterpartei (PT)

auf sich, ferner die uruguayische Frente Amplio und jüngst auch der spektakuläre Aufstieg der venezolanischen Causa R(adical). Dabei ist PT und Causa R gemeinsam, daß sie aus dem industriegewerkschaftlichen Milieu hervorgegangen sind und Lula (PT) ebenso wie Andres Velasquez (Causa R) in ihren Biographien und in Diskurs und Praxis ihrer politischen Bewegung einen neuen Politikstil repräsentieren, der für „die Linke“ in Lateinamerika einigermaßen neu und für die „Basis“ offenbar attraktiv ist.

In beiden Parteien finden sich zudem unterschiedliche soziale Bewegungen wieder, die von den traditionellen Parteien nichts mehr erwarten. Fortschrittliche Intellektuelle entdecken ihre Chance, ihre Kompetenz und komparativen professionellen Vorteile sowie ihre politischen Hoffnungen einbringen zu können. Beide Parteien sind bisher nicht durch Korruption belastet. Das mag teilweise auch am Mangel an Gelegenheit liegen, die bekanntlich Diebe macht, denn natürlich hat auch die Linke nicht das Monopol an Anständigkeit und politischer Moral. Aber der sonstige Sumpf an politischer Verderbtheit und Inkompetenz der politischen Klassen in Brasilien und Venezuela läßt Parteien, die ohne Opportunismus und dennoch pragmatisch, offenbar aufrichtig und durchaus sachlich leistungsorientiert sind, um so beispielhafter werden. PT und Causa R weisen beide begrenzte kommunale oder regionale Regierungserfahrung auf, in Sao Paulo und anderen brasilianischen Regionen bzw im Industriezentrum Venezuelas, dem Bundesstaat Guayana, und neuerdings in der Hauptstadt Caracas. Die Ergebnisse sind weit weniger katastrophal als die Erfahrungen mit den traditionellen Parteien, teilweise belegen sie sogar, daß trotz aller „Sachzwänge“ und Querschüsse der traditionellen politischen Kräfte eine entschiedene Politik zugunsten der breiten Massen der Bevölkerung millimeterweise Fortschritte ermöglicht. Diese Erfahrungen sind für die Partei im Sinne der Qualifikation ihrer Kader und für ihre Anhänger im Sinne einer realistischeren Erwartungshaltung der konkreten Veränderungsmöglichkeiten von ungeheurer Bedeutung.

Die PT hat trotz jüngst wieder steigender Sympathiedaten für den fortschrittlich-technokratischen Star der augenblicklichen Regierung, Fernando Henrique Cardoso, in den 70iger Jahren einer der gescheiterten linken Sozialwis-

senschaftler des Kontinents, weiterhin eine echte Machtoption. Das breite ideologische Spektrum von rechtssozialdemokratischen bis linksradikalen Positionen, das sich in der PT zusammenraufen muß und zugleich diszipliniert wird durch den Erfolgswang und die Alternativlosigkeit jeglicher Absplittierung, ergibt eine (glücklicherweise) nicht konfliktfreie, aber bisher dennoch handlungs- und offenbar auch lernfähige dynamische Organisation, die offen ist für vielfältige Anregungen. Als erste Partei des Kontinents hat sich die PT beispielsweise für eine Frauenquote in der Partei entschieden. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen historischen Basis hat nicht zu „obrerismo“ (Arbeiterkultur) geführt; Stadtteilorganisationen, Basisgruppen der fortschrittlichen Kirche, ökologische Bewegungen, Initiativen zur Armutsbekämpfung mit breiter gesellschaftlicher Verankerung finden sich im PT-Netzwerk wieder. Die Bedeutung Brasiliens und die großen Wahlchancen der PT heben diese Partei im Augenblick weit aus „der Linken“ Lateinamerikas hervor, nicht minder wichtig aber ist ihr Beitrag zu einem vielleicht neuen politischen Diskurs und zu originellen Organisationsformen der politischen Auseinandersetzung.

Die PT bemüht sich, ihrer weit über Brasilien hinausgehenden Bedeutung gerecht zu werden, indem sie -für linke Parteien ebenfalls durchaus ungewöhnlich- über ihre internationale Einbettung nachdenkt. Ihre führende Rolle beim „Forum von Sao Paulo“ ist freilich ein eher amateurhafter Versuch, einige bedeutende Organisationen mit einer Vielzahl von Klein- und Kleinstgruppen zusammenzuschließen. Eine über die Veranstaltung hinausreichende kontinentale Bedeutung des Forums ist nicht zu erkennen.

Die Schwalben der PT in Brasilien oder der Frente Amplio in Uruguay erlauben aber nicht, auch nur schon von einem Frühling der lateinamerikanischen Linken zu reden, erst recht machen sie keinen Sommer. Die europäische Linke sollte jedoch auch die vielfältigen Themen, Analysen, praktischen Erfahrungen in den Ländern des Kontinents wahrnehmen, die hier nicht erwähnt wurden, weil sie keinen verallgemeinerbaren Reifegrad erreicht haben. Vielleicht ist es überhaupt besser, nicht auf „die Linke“ zu schauen, sondern auf die realen Prozesse der sozialen und politischen Wirklichkeit dieser Länder.

## Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

links im Februar '94:

Thema: Deutschland auf den Begriff gebracht. Neudeutsches Wörterbuch zu: Familie, Gemeinschaft, Identität, Normalität, Politikverdrossenheit, Sicherheit, Standort, Zukunft • SEAT — das Ende von Francos Modellfabrik • IG Metall in der Defensive • Studies im Streik • Streit um Neonazi-Film • Mexiko: Hintergründe



links

Mit Beiträgen von:

Steffen Becker, Ulrich Brand, Thorsten Cabalo, Volker Heins, Eike Hennig, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jürgen Roth, Beatrix Schlemmer, Heinz Steinert, Manfred Wiczorek, Thomas Wolf u.a.

Ich bestelle

1 Exemplar links Heft 2/94 zum Preis von 8,- DM (nur gegen Vorkasse: Briefmarken, Scheck etc.)

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

links, PF 10 20 62, 63020 Offenbach



# Lateinamerika auf der Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell

von Dirk Messner\*

## I. Das Ende des Modells der industriellen Importsubstitution

Nach dem Ausbruch der Verschuldungskrise Anfang der 80er Jahre beherrschte eine stark polarisierte Diskussion die Auseinandersetzungen in Lateinamerika um die zukünftige Entwicklung des Kontinentes. Von Seiten von IWF, Weltbank und marktwirtschaftlich orientierten lateinamerikanischen Ökonomen wurden im Rahmen der Struktur Anpassungsprogramme Außenöffnung, Weltmarktorientierung und umfassende Deregulierung als Ausweg aus der Krise anempföhlen. Aus strukturalistischer Perspektive, so z.B. von der Wirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen für Lateinamerika (CEPAL) und der Mehrheit der lateinamerikanischen Ökonomen, wurden das seit den 30er Jahren verfolgte Entwicklungskonzept der industriellen Importsubstitution (ISI), das auf eine binnenmarktorientierte Industrialisierung hinter hohen Zollmauern hinauslief, die durch Rohstoff- und Agrarexporte flankiert wurde, verteidigt, Korrekturen innerhalb des existierenden Modells vorgeschlagen und überwiegend externe Faktoren (z.B. Verschlechterung der Terms of Trade, Protektionismus der Industrieländer) für die Krise der lateinamerikanischen Ökonomien verantwortlich gemacht. Eine rasche Integration der lateinamerikanischen Industrien in die Weltwirtschaft wurde aus dieser Perspektive abgelehnt.

Dieser blockierte Diskurs ist seit Ende der 80er Jahre endgültig überwunden. Ein Zurück zum traditionellen Entwicklungsmodell wird in Lateinamerika nicht mehr ernsthaft diskutiert. Der Perspektivwechsel basiert auf den Diskussionen in Lateinamerika über die Krise des alten Entwicklungsmodells

der Imports substitution, die insbesondere von der CEPAL in Santiago de Chile vorangetrieben wurden. Als Ergebnis dieser Diskussion, die von der CEPAL als ein Prozeß des „painful learning“ bezeichnet wird, besteht nun unter den lateinamerikanischen Entwicklungsökonomien weitgehende Einigkeit darüber, daß sich das in Lateinamerika vorherrschende Entwicklungsmodell einseitig binnenmarktorientierter Industrialisierung als nicht tragfähig erwiesen hat und wesentlich zur sukzessiven Marginalisierung Lateinamerikas in der Weltwirtschaft beitrug.

Das bis in die 80er Jahre in Lateinamerika vorherrschende Entwicklungsmodell einseitig binnenmarktorientierter Industrialisierung hat sich als nicht tragfähig erwiesen.

Als wesentliche Probleme wurden herausgearbeitet:

1. **Wachstumskrise:** Die Kombination von sehr hohen Zöllen und vielfältigen nicht-tarifären Handelshemmnissen mit einer Überbewertungsstrategie zementierte die Exportschwäche. Damit wurden Exportwachstumspotentiale und Massenproduktionsvorteile nicht genutzt.

2. **Verschuldungskrise:** Die Entwicklungsstrategie lief auf strukturelle Zahlungsbilanzprobleme hinaus. Je schneller der Industriesektor wuchs, desto größer wurde der Devisenbedarf des verarbeitenden Gewerbes, das selbst kaum Deviseneinnahmen realisierte. Der Industrialisierungsprozeß blieb auf Exporteinnahmen der Agrar- und Rohstoffsektoren angewiesen.

3. **Produktivitätskrise:** In der durch hohe Zollschränken abgeschotte-

ten Binnenwirtschaft fanden aus Mangel an innerem und äußerem Wettbewerb keine ausreichenden Effizienzsteigerungen und Modernisierungen statt. Infolgedessen vergrößerte sich der Abstand zum internationalen Produktivitätsniveau stetig.

4. **Soziale Krise:** Die geringen Produktivitätszuwächse engte den Spielraum für Realloohnerhöhungen ein und verringerten so zusätzlich interne Wachstumspotentiale. Die in Lateinamerika bestehenden scharfen sozialen Gegensätze konnten nicht ausgeräumt werden.

5. **Krise des Staates:** Der ausgeprägte Staatsinterventionismus führte zu einer permanenten Aufgabenüberfrachtung des Staates, „clientilismo“, zu Subventionsmentalitäten bei den Unternehmern, Korruption und permanenten Haushaltsdefiziten, die häufig durch eine galoppierende Inflation zu finanzieren waren.

Deutlich wird, daß ohne eine stärkere Außenorientierung der Industrie und eine nachhaltige Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eine Wiederbelebung der lateinamerikanischen Ökonomien unmöglich ist. Die entwicklungsstrategische Suchrichtung, die noch bis Ende der 80er Jahre in entgegengesetzte Richtungen ging, ist somit geklärt.

## II. Das dominante Leitbild in Lateinamerika: „Freie Marktwirtschaft“ und Freihandel

Die grundlegenden Veränderungen beziehen sich nicht nur auf den Entwicklungsdiskurs, sondern seit 1989 auch auf die Wirtschaftspolitik. Zwei Dimensionen die in Lateinamerika nicht notwendigerweise zusammenfallen. Die Wirtschaftsreformen, die in den 70er Jahren von den Militärdiktaturen des Kontinents eingeleitet wurden, zielten auf Außenöffnung und Liberalisierung der Ökonomien ab, blieben jedoch auf halber Strecke stecken

(Ausnahme Chile). Gewerkschaften wurden zerschlagen oder zumindest in ihren Handlungsspielräumen eingeschränkt, Staatsausgaben im Sozialbereich zurückgefahren, die Unternehmenssteuern gesenkt und somit die Unternehmen finanziell entlastet. In den meisten Ländern gelang es jedoch nicht, einen nachhaltigen Abbau der Zölle gegen die mächtigen Industrieunternehmerverbände durchzusetzen, um diesen sukzessive unter internationalen Wettbewerbsdruck zu setzen. Im Ergebnis verlängerte dieser „halbe Neoliberalismus“ der Militärdiktaturen den etablierten Rentismus der Unternehmen, die ihre Gewinnsituation noch einmal auf Kosten der Arbeitnehmer und durch großzügige Steuererleichterungen des Staates sichern konnten, ohne Modernisierungsanstrengungen zu unternehmen.

Seit Ende der 80er Jahre werden nun in nahezu allen Ländern (Ausnahmen: Brasilien, Ecuador) und unter der Ägide von demokratisch gewählten Regierungen weitreichende Liberalisierungs- und Außenöffnungsprogramme durchgesetzt. Diese können sich, nachdem Einigkeit über den Zusammenbruch des ISI-Modells hergestellt wurde, zumeist auf einen relativ breiten Konsens der politisch-wirtschaftlichen Eliten, von Fall zu Fall auch der Gewerkschaften, stützen. Aus den breiten Bevölkerungsschichten heraus entwickeln sich nur punktuelle Proteste gegen die oft verheerenden sozialen Mißstände. Es gibt jedoch keinen gebündelten Widerstand gegen die generelle Ausrichtung der neuen Wirtschaftspolitik oder gar grundsätzlich alternative Entwicklungsprojekte. Die skeptische Duldung der wirtschaftspolitischen Reformen durch die Mehrheit der Bevölkerung und auch durch die demokratischen Linksparteien und Gewerkschaften läßt weniger auf eine aktive Zustimmung schließen, sondern eher auf die vage Hoffnung, daß ein Neuanfang mittelfristig zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation führen wird. Auch die Aufstände im mexikanischen Chiapas sind keine Ausnahme in diesem Gesamtzenario einer grundlegenden Neuorientierung in Lateinamerika. Die Unruhen drücken, wie viele andere gewalttätige Eruptionen der vergangenen Jahrzehnte in den Wellblechhütten der lateinamerikanischen Metropolen oder vernachlässigten ländlichen Regionen des Kontinents, die zum

Himmel schreiende Ungerechtigkeit und die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsschichten aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben aus. Die Ursachen der jüngsten Konflikte ausschließlich in der wirtschaftspolitischen Neuorientierung zu suchen, wäre angesichts der viel tiefer liegenden Gründe für die Marginalisierung, insbesondere der indianischen Bevölkerungsminderheiten, kurzsichtig.

Damit ist in Lateinamerika ein „point of no return“ überschritten - ein Zurück zum traditionellen Entwicklungsmodell ist ausgeschlossen. Dieser Kurswechsel wird auf der internationalen Bühne zuweilen geradezu euphorisch gewürdigt. Während der Jahrestagung der Interamerikanischen Entwicklungsbank in Hamburg im April 1993, wurde von vielen internationalen Beobachtern das „verlorene Jahrzehnt“ für beendet erklärt und Lateinamerika auf dem „Wege zum großen Wirtschaftswunder der 90er Jahre“ gewährt.

Die Politiken sind jedoch ausschließlich auf makroökonomische Reformen beschränkt, zudem in vielen Fällen überzogen und berücksichtigen nicht, daß es nach der Phase der Deregulierung auch Neuregulierungen und einer institutionellen Modernisierung bedarf. Die lateinamerikanischen Regierungen haben sich nun eindeutig auf das Leitbild der „Freien Marktwirtschaft“ und das „Freihandelskonzept“ kapriziert, ironischerweise in eine Zeit, in der diese im Norden wieder stärker hinterfragt werden als in den Hochzeiten der Reaganomics. Im folgenden soll die These vertreten werden, daß sich Lateinamerika erst am Anfang eines komplexen Umbruchprozesses befindet und das derzeit dominierende neoliberale wirtschafts- und gesellschaftspolitische Leitbild den Herausforderungen nicht gerecht wird.

## „The winds of change“: das Beispiel Argentinien

Der argentinische Staatspräsident Menem hat sich ein hohes Ziel gesteckt. Sein Land solle bald zur „Ersten Welt“ gehören und bereite die Aufnahme in die OECD vor. Eine eingehende Analyse des argentinischen Reformprozesses kann hier nicht erfolgen. Illustriert werden soll, daß der Weg vom „verlorenen Jahrzehnt“ zum beschworenen „Wirtschaftswunder“ steinig sein

wird, die Reformanstrengungen bisher im Kern auf die wichtige makroökonomische Stabilisierung der Ökonomie ausgerichtet sind und Transformationsprozesse in den Unternehmen sowie institutionelle Modernisierungen kaum begonnen haben.

Die Regierung Menem verfolgt eine konsequente Stabilitätspolitik, mit dem Ziel, die Inflationsrate dauerhaft und drastisch zu senken und einen stabilen Wechselkurs zu etablieren. Diese Ziele sollen zum einen erreicht werden mit einem de facto Lohnstopp (die Reallöhne liegen derzeit 40 % unter dem Niveau von 1984) sowie einer Konsolidierung des Staatshaushaltes, die im wesentlichen über die Einnahmen aus den Privatisierungen realisiert wird. Im Zentrum des Stabilisierungsprogramms steht zum anderen die seit April 1991 per Gesetz bestimmte feste Bindung des argentinischen Peso an den Dollar, um das Vertrauen in die nationale Währung zu stärken. Die Stabilisierungspolitik basiert auf einem gesellschaftlichen Stabilitätskonsens von den Unternehmern bis zu Teilen der Gewerkschaften und bedeutet einen wesentlichen Fortschritt, da unter der Bedingung von Hyperinflation und permanenten Wechselkursschwankungen dringend notwendige Investitionen ausbleiben mußten und eine stärkere Weltmarktorientierung der Unternehmen unmöglich war. Die Reformen erlaubten eine Drosselung der Inflation von 1200 % (1989/90) auf etwa 20 % 1993.

Die unter Stabilitätsgesichtspunkten erfolgreichen Maßnahmen bedrohen jedoch die wirtschaftliche Reaktivierung des Landes und erschweren insbesondere dringend notwendige Investitionen zur Modernisierung des produktiven Sektors. Mittelfristig wird der Versuch, die Inflation dauerhaft zu besiegen und die Ökonomie auf Wachstumskurs zu bringen, nur gelingen, wenn - aufbauend auf der Stabilisierungspolitik - auf der Unternehmens-ebene Modernisierungsanstrengungen unternommen werden und ein leistungsfähiges Unternehmensumfeld entsteht. Doch bisher wird der Reformprozeß nicht in Richtung einer aktiven Struktur-, Technologie- und Standortpolitik zur Stärkung der nationalen Wirtschaftspotentiale fortgeführt.

**Zollsenkungen, Deregulierung und Privatisierungen** sind notwendig, um die Engpässe des ISI-Modell zu überwinden. Doch hier steckt der Teu-

fel im Detail. Es besteht die Gefahr, daß der übertriebene lateinamerikanische Etatismus (Staatsorientierung) der vergangenen Dekaden und die Unterforderung der Unternehmen durch einen „proteccionismo frivolo“ nun in ihr ebenfalls überzogenes Gegenteil umschlagen.

**Das Beispiel Zollpolitik:** Ein linearer Außenschutz von nur 10 % bei gleichzeitiger Überbewertung bedroht das argentinische Industriepotential (z.B. eigentlich leistungs- oder zumindest modernisierungsfähige Branchen wie die Textil- und Bekleidungsindustrie oder Hersteller von Autoteilen). Zollsenkungen müssen die jahrzehntelang unterforderten Unternehmen unter Wettbewerbsdruck setzen. Dennoch ist bei der Dosierung der Zollsenkungen das Reaktionspotential der Unternehmen im Prozeß der Außenöffnung zu berücksichtigen, um unnötige und überzogene „Bereinigungskrisen“ zu verhindern. Zudem müssen die Regierung und die Unternehmerverbände eine Vorstellung darüber entwickeln, was von der Industrie, die zweifelsohne einen tiefgreifenden Spezialisierungsprozeß durchmachen muß, übrigbleiben könnte und sollte. Nur so kann ein überzogener Deindustrialisierungsprozeß vermieden und eine zielgerichtete Standortpolitik betrieben werden, um das Unternehmensumfeld internationalen Standards anzupassen. Auf solch differenziertere Politikmuster wird in Argentinien mit Verweis auf die überlegene Steuerungsinstanz „Markt“ verzichtet.

**Das Beispiel Privatisierung:** Die Privatisierung in Argentinien ist weitgehend und betrifft neben Unternehmen auch Krankenhäuser, Schulen, Sozialstationen, Forschungseinrichtungen oder Straßen, ohne genau zu klären, ob eine Grundversorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern wie Gesundheitsversorgung oder Bildung gewährleistet bleibt. Privatisierungen können jedoch nicht nur soziale Ungleichgewichte auslösen, sie sind auch kein Allheilmittel zur Modernisierung der Ökonomie. Selbst im neoliberalen Musterland Chile der 70er und 80er Jahre blieb der devisenstarke und moderne Kupfersektor weitgehend staatlich, was den Staat mit ausreichenden Devisen zur Finanzierung seiner Kernfunktionen versorgte und ihm eine gewisse Autonomie gegenüber den Lobby-Institutionen der Unternehmerverbände verschaffte. Der ideologische Markttradi-

kalismus in Argentinien übersieht, daß auch in den Industrieländern der öffentliche Sektor eine wichtige Rolle spielt und kein Zweifel daran besteht, daß der Staat auch in Zukunft für die Absicherung grundlegender öffentlicher Güter und eine Regulierung des Marktes, um dessen soziale und ökologische Destruktionspotentiale zu reduzieren, verantwortlich bleiben muß.

In Argentinien will die Regierung das nicht zu leugnende Staatsversagen der Vergangenheit mit dem Markt austreiben und vergißt dabei, was in den Marktwirtschaften des Nordens weitgehend akzeptiert wird: daß es auch Marktversagen gibt.

**Das Beispiel Deregulierung:** In Argentinien ist die Rede von einer grundlegenden Staatsreform, hinter der sich im wesentlichen umfangreiche Deregulierungsprogramme verbergen. Der Um- und Abbau staatlicher, ineffizienter Bürokratien und blockierender Regulierungsmuster, z.B. im Bereich der Außenwirtschaftspolitik (undurchsichtige Ausfuhr- und Einfuhrbestimmungen), der langwierigen Genehmigungsverfahren bei Unternehmensgründungen, nicht-funktionstüchtiger öffentlicher Dienstleistungseinrichtungen (z.B. Meß-, Norm-, Prüf- und Qualitätswesen, Exportförderung), ist unvermeidlich, um die Leistungsfähigkeit des Staates zu erhöhen. Der Terminus „Staatsreform“ suggeriert jedoch, daß ein zielgerichteter, an Sach- und Effizienzkriterien orientierter Umbau des Staates stattfindet; dies ist nicht der Fall. Es mangelt an einer Auseinandersetzung über die zukünftigen Aufgabefelder des Staates und notwendige institutionelle Modernisierungen, was sowohl Deregulierungen und den Abbau staatlicher Interventionen als auch Neuregulierungen und die Stärkung staatlicher Steuerungskapazität (z.B. im Umweltschutzbereich) erfordern würde.

Bisherige Erfahrungen lassen vermuten, daß nach dem bisher verfolgten Deregulierungsmuster die staatliche Steuerungskapazität nicht gestärkt, sondern abgebaut wird. Dies dürfte sich zum einen kontraproduktiv auswirken im Bereich der materiellen und immateriellen Infrastruktur, die für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Industrie entscheidend ist. Zum anderen werden staatliche Handlungskompetenzen in Politikfeldern reduziert, in denen der Markt erfah-

rungsgemäß sozial unausgewogene Resultate zeitigt (z.B. Bildungs-, Gesundheits-, Umweltpolitik). Der derzeitige Stand der Reformanstrengungen in Argentinien verdeutlicht, daß die Hoffnungen auf eine schnelle Überwindung der Gesellschaftskrise voreilig sind und die Komplexität des Umbruchs unterschätzen.

### III. Die Naivitäten des Neoliberalismus im Norden und im Süden

Zweifelsfrei stellt die neoliberale Wirtschaftspolitik in Lateinamerika ein Instrument der Destruktion der entwicklungshemmenden Strukturen dar, die während der überzogenen ISI entstanden sind. Oft ist es angesichts der Leistungsschwäche der gesellschaftlichen Akteure (des Staates, der Unternehmen und ihrer Verbände, der intermediären Institutionen) objektiv schwierig, komplexere Regulierungs- und Steuerungskonzepte umzusetzen. Dennoch sollte berücksichtigt werden, daß das Konzept der Freien Marktwirtschaft nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in den Hochburgen des Wirtschaftsliberalismus in den 80er Jahren wie in Großbritannien und den USA eine sorglose Untersteuerung in drei wesentlichen Politikbereichen implizierte. Neoliberale Wirtschaftspolitik erwies sich als unzureichend hinsichtlich

- der gesellschaftlichen Entwicklung, vor allem dem Problem der Armut, das nicht einfach über mehr Wachstum lösbar ist;
- des Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie und
- der Entwicklung und Schaffung nationaler Wettbewerbsvorteile und der Notwendigkeit der systematischen Verbesserung der nationalen Wirtschaftsstandorte.

Diese drei Politikfelder werden auch in Lateinamerika nur sehr langsam, z.T. - mit Verweis auf die Überlegenheit des Marktmechanismus gegenüber politischer Steuerung - gar nicht entwickelt. Sollte dies so bleiben, wird sich der unter den Bedingungen der ISI fortgeschrittene Prozeß der gesellschaftlichen Zersetzung fortsetzen und es drohen erfolglose Exportökonomien zu entstehen, die durch eine sich weiter polarisierende Einkommensverteilung und eine degradierte Umwelt gekenn-

zeichnet sein werden. Die gesellschaftliche Systemkrise könnte zur ernsthaften Bedrohung für die Demokratie in Lateinamerika werden.

### Marktwirtschaft: Unterschiedliche Typen statt „Ende der Geschichte“

Übersehen wird in den neoliberalen Diskursen im Norden wie im Süden, daß die Funktionsfähigkeit von Märkten eben auch von funktionsfähigen Regulierungen und einem leistungsfähigen Staat abhängen. Dies lehren zumindest die Erfolgsfälle in der Weltwirtschaft, von Japan über Südkorea, Taiwan bis zur Bundesrepublik.

Stabile makroökonomische Rahmenbedingungen sind notwendige, jedoch auf mittlere Sicht nicht hinreichende Bedingungen für die Entwicklung wettbewerbsfähiger Wirtschaften. Stabile, am Referenzrahmen Weltmarkt orientierte Ökonomien können entweder passiv von Standortvorteilen profitieren (wie Mexiko oder Thailand), oder sie können aktiv Wettbewerbsvorteile entwickeln (wie Japan, Südkorea oder die Bundesrepublik). Statische Standortvorteile (natürliche Ressourcen, niedrige Löhne) können einen Einstieg in die Weltwirtschaft ermöglichen, sind jedoch nicht ausreichend für eine langfristig tragfähige Entwicklung. Hätten sich die Japaner oder Südkoreaner an die Dogmen der liberalen Wirtschaftstheorie gehalten, so würden sie wohl noch immer im wesentlichen Textilien und Spielwaren exportieren.

Hätten sich die Japaner oder Südkoreaner an die Dogmen der liberalen Wirtschaftstheorie gehalten, so würden sie wohl noch immer im wesentlichen Textilien und Spielwaren exportieren.

Wettbewerbsvorteile sind in den meisten wirtschaftlichen Bereichen

„man-made“. Zur Entwicklung dauerhafter industrieller Wettbewerbsfähigkeit und eines industriell-technologischen Milieus sind zunehmend sowohl wettbewerbsfähige Unternehmen als auch sektorspezifische Institutionen (z.B. Berufsschulsystem, Technologieberatungsdienste, Marktinformationssysteme, Meß-, Norm-, Prüf- und Qualitätswesen) und selektive Politikstrategien (z.B. Förderung anwendungsorientierter Forschung in ausgewählten Bereichen, Förderung von leistungsfähigen Klein- und Mittelindustrien) zur Verbesserung der nationalen Standorte notwendig. Wettbewerbsfähigkeit hat in diesem Sinne *erstens* einen systemischen Charakter und ist *zweitens* weniger von der gegebenen Faktorausstattung als vielmehr von der Rate abhängig, mit der Wettbewerbsvorteile mobilisiert, verbessert und beschleunigt werden. Hierzu sind Technologie-, Industrie-, Sektor- und Ausbildungspolitiken unabdingbar, um die Rahmenbedingungen der im Wettbewerb stehenden Unternehmen zu optimieren. Die gezielte Verbesserung des Unternehmensumfeldes und der Aufbau einer leistungsfähigen Dienstleistungs- und Forschungslandschaft erfordert eine enge Zusammenarbeit von staatlichen Institutionen, Unternehmerverbänden und auch Gewerkschaften.

Diese Sichtweise konfligiert mit den mainstream-Handels- und Wettbewerbstheorien, wird jedoch in den neueren Arbeiten zur Wettbewerbstheorie z.B. von Michael Porter oder auch der OECD weitgehend geteilt. Nach der Dekade der Dominanz des Neoliberalismus und dem kurzen Strohofer vom „Ende der Geschichte“ scheint nun eine internationale wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Diskussion über unterschiedliche Formen und Typen von Marktwirtschaft sowie divergierende Regulierungsmuster zu beginnen.

Den wichtigsten Arbeiten von *Michel Albert* (1992), *Amitai Etzioni* (1988, 1991) und *John Kenneth Galbraith* (1992) ist gemeinsam, daß sie für Steuerungs- und Politikansätze plädieren, die über den Markttradikalismus hinausweisen, in Abgrenzung zum einseitig nachfrageorientierten Keynesianismus und den orthodoxen Angebotstheorien die Notwendigkeit der aktiven Gestaltung der Angebotsbedingungen betonen sowie die Notwendigkeit der sozial- und umweltpolitischen Flankie-

rung der Wirtschaftspolitik unterstreichen. Zudem wird eine Sichtweise deutlich, die mit dem ökonomischen Reduktionismus, der in der Dekade der Hegemonie des Neoliberalismus dominierte, bricht. „Entwicklung“ wird im Spannungsfeld von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturbildung, staatlicher Steuerungsfähigkeit und der Kreativität sowie Leistungs- und Kompromißfähigkeit gesellschaftlicher Akteure und Institutionen, die nicht unwesentlich von der politischen Kultur eines Landes bestimmt werden, thematisiert.

Zu diesen Ansätzen ließe sich viel sagen, wichtig ist an dieser Stelle nur eines: die Diskussionen „jenseits des Neoliberalismus“ gewinnen in den Industrieländern seit Ende der 80er Jahre in der ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Theoriebildung wieder an Bedeutung, werden jedoch bisher in Lateinamerika kaum geführt und sind vor allem nicht politikrelevant. Dies hat seinen Grund: Staatliche Steuerung, Kooperation zwischen dem Staat, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften standen in Lateinamerikas im Kontext der ISI und des politischen Populismus für Ineffizienz, Korruption und gesellschaftliche Blockierung. Das rein marktwirtschaftliche Konzept gilt daher vielen als einzige Alternative. Zu hoffen bleibt, daß Lateinamerika sich rasch den neueren unorthodoxen Diskussionen öffnet. Ansonsten besteht die Gefahr, daß nach der jahrzehntelangen Abkopplung der industriellen Entwicklung von der weltwirtschaftlichen Dynamik eine Abkopplung von der konzeptionellen Diskussion auf internationaler Ebene folgt.

### IV. Der südkoreanische „guided capitalism“ als Modell?

In Lateinamerika wird von strukturalistischen Ökonomen, die hinsichtlich des Neoliberalismus ähnliche Positionen vertreten, wie sie gerade von mir skizziert wurden, gern auf das Beispiel Südkorea verwiesen. Zweifelsohne ist Südkorea ein prominentes Beispiel für einen „guided capitalism“, ein Entwicklungsmodell, in dem der Staat durch weitreichende Interventionen den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Industrie lenkte und beschleunigte. Die „hierarchische Steuerung“ der Gesell-



schaft durch den omnipräsenten, quasi über den anderen Akteuren agierenden Staat führte zum Aufbau eines leistungsfähigen Institutionenapparates, insbesondere im Technologie- und Ausbildungsbereich, moderner Großunternehmen und letztlich auch einer Ausdifferenzierung der Gesellschaft. Damit scheint hier ein interessantes, nachahmenswertes Gegenkonzept zum neoliberalen Modell vorzuliegen.

Ich möchte abschließend auch diese Sichtweise differenzieren und die These vertreten, daß sich Südkorea in einer schwierigen Anpassungsphase befindet, in der das bisher dominante Modell der „hierarchischen Steuerung“ der Gesellschaft durch den allmächtigen Zentralstaat zur Disposition steht. Der südkoreanische Staat hat den Prozeß nachholender Industrialisierung beschleunigt und dabei - paradoxerweise - seine eigene Steuerungs- und Handlungsautonomie unterminiert. Für Lateinamerika heißt dies, daß ein zurück zur traditionellen Vorstellung des starken Entwicklungsstaates den Herausforderungen der 90er Jahre nicht angemessen ist.

Seit Mitte der 80er Jahre gerät das „staatliche Steuerungsmonopol“ in Südkorea zunehmend von drei Seiten unter Anpassungsdruck.

1. fordern die **Unternehmer**, insbesondere die mittlerweile zu multinationalen Konzernen gewachsenen nationalen Chaebols, wirtschaftliche Liberalisierung, um die weitreichenden Interventionen des Staates, die bis zur Einschränkung ihrer Investitionsfreiheit reichen, zu reduzieren.

2. erodiert die Macht des Zentralstaates aufgrund der Ausdifferenzierung des Staatsapparates selbst sowie der Entstehung eines öffentlichen und privaten institutionellen „Meso-raumes“ (Zwischenraumes), der als Vermittlungsinstanz zwischen dem Zentralstaat und den Unternehmen/dem Markt agiert. Die große Zahl von Sektorinstitutionen, Technologieeinrichtungen, Ausbildungsstätten, Wirtschaftsfor-schungs- und Beratungsinstitutionen, die oft in enger Kooperation mit den Industrieunternehmen arbeiten, haben längst eine institutionelle Eigendynamik entwickelt und spezifisches Know-how akkumuliert (Typ Fraunhofer-Technologieinstitut, Max-Planck-Institute usw.), was eine einseitig-hierarchische Steuerung dieses immer komplexeren Segmentes unmöglich macht.

3. kommt der Staat „von unten“ durch demokratische Bewegungen unter Druck. Es scheint ein „entwicklungspolitisches Gesetz“ zu sein, daß wirtschaftliche Entwicklung, steigende Einkommen, der Zerfall traditioneller Sozialstrukturen und der Zugang größerer Teile der Bevölkerung zum Bildungssystem demokratische Entwicklungen fördern. Seit Anfang der 80er Jahre gibt es in Südkorea heftige, oft gewalttätige Konflikte des Staates mit Studenten-, Arbeiter- und Bürgerbewegungen, die seit 1987 in einer vorsichtigen politischen Öffnung in Richtung Demokratisierung münden. Auch auf der unmittelbar politischen Ebene läßt sich also die hierarchische Steuerung des Staates und dessen absolute Stellung gegenüber der Gesellschaft nicht aufrechterhalten.

Der Staat verliert somit im Vergleich zu der Aufbauphase an **Legitimität**, da sich angesichts der gestiegenen Zahl von gesellschaftlichen Akteuren und Institutionen, die auf den unterschiedlichsten Ebenen am politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozeßpartizipieren wollen, seine Chancen, Politik ohne Abstimmung mit anderen gesellschaftlichen Kräften entscheiden und durchsetzen zu können, verringert haben. Zudem fehlt es bisher an Strukturen und Verhandlungsmodi zur Kompromißbildung zwischen dem Staatsapparat und anderen gesellschaftlichen Akteuren. Dies zwingt den Staat dazu, sich über die Suche nach politischen Koalitionen mit anderen Akteuren die politische Unterstützung für jeweilige Politikentwürfe zu sichern (z.B. mit den Unternehmen über Industriepolitik, der politischen Opposition über Sozialpolitik).

Der Staat büßt außerdem auch an **Autonomie** ein, da sich angesichts der gestiegenen Komplexität der Gesellschaft sowie insbesondere der Ökonomie die Fähigkeit, Politik ohne externe Unterstützung, sprich ohne Informationsaustausch und „Know-how-pooling“ mit anderen Akteuren, formulieren und implementieren zu können, verringert hat. Die Komplexität der Gesellschaft überfordert die Informationsbeschaffungs- und Verarbeitungskapazitäten des Staates. So ist im Südkorea der 90er Jahre die Formulierung einer Technologiepolitik ohne Kooperation mit den Unternehmen, die im Zweifelsfall über detaillierteres Know-how verfügen als der Staat, quasi unmög-

lich. Der Staat muß in eine neue Rolle hineinwachsen; er wird in Zukunft eher als Moderator auftreten, Informationen bündeln, Know-how poolen und auf dieser Grundlage Politiken entwickeln.

### Komplexere Steuerungsformen sind notwendig

Der „starke“ kompetente Staat war Grundlage der Entwicklungserfolge in Südkorea. Er war unabdingbare Bedingung dafür, Partikularinteressen in der Gesellschaft und Peripherisierungsdruck in der Weltwirtschaft entgegenzusteuern, knappe materielle und intellektuelle Ressourcen und Kräfte entlang tragfähiger Entwicklungspfade zu bündeln. Der südkoreanische Staat entstand und konnte seine „Entwicklungsfunktion“ erfolgreich ausüben, weil die Gesellschaft unterkomplex und traditionsbehaftet war. In hoch komplexen Gesellschaften wie der südkoreanischen heute oder den großen lateinamerikanischen Staaten drängen sich Probleme auf, denen mit dem Modell eines „starken, omnipotenten Staates“ nicht beizukommen ist.

Was heißt dies nun für das Verhältnis von Staat und Markt und Steuerungsanforderungen in Lateinamerika im Umbruch zur Weltwirtschaft?

In hoch komplexen Gesellschaften drängen sich Probleme auf, denen mit dem Modell eines „starken, omnipotenten Staates“ nicht beizukommen ist.

In der ersten Phase des Umbruchs von der Importsubstitution zur Weltmarktorientierung bedarf es zunächst eines handlungsfähigen Staates, der in der Lage ist, die neuen Weichenstellungen (Außenöffnung, Deregulierung) durchzusetzen und einen stabilen makropolitischen Rahmen zu konstruieren. Paradoxerweise wird gewissermaßen durch den Staat der Markt eingeführt. In diesem Prozeß stehen die meisten lateinamerikanischen Ländern erst am Anfang. Eine halbwegs nachhaltige ökonomische Stabilisierung und wirtschaftliche Reaktivierung hat bisher nur Chile erreicht.

In der zweiten Phase der Außenöffnung gewinnt - wie derzeit in Chile - die „institutionelle Modernisierung“ und die Entwicklung von „Mesopolitiken“ an Bedeutung (Technologie- und Industriepolitiken, Ausbildungspolitiken, Umweltpolitiken, Regionalpolitiken usw.). Natürlich ist hier der Staat wichtig, der Spielregeln kodifiziert (z.B. Umweltnormen, technische Normen für Industriegüter, Ausbildungsreformen) und - wenn er dazu technisch-organisatorisch in der Lage ist - sogar selektiv Technologielinien und Sektoren fördert, regionale Entwicklungsprogramme initiiert usw. Aber der Staat wäre überfordert, hier allein kompetent Probleme zu lokalisieren, Politiken zu entwerfen und diese zu implementieren. Er muß die Kooperation mit Akteuren aus den jeweiligen Politikbereichen suchen, um Probleme zu lokalisieren und tragfähige Lösungsansätze erarbeiten zu können (z.B. ist eine Industriepolitik ohne Abstimmung mit Industrieverbänden unsinnig; zugleich muß der Staat stark genug sein, um sich gegen die egoistischen Interessen von pressure groups durchzusetzen). Diese Modernisierung der gesellschaftlichen und ökonomischen Subsysteme ist nur in einer „aktiven Gesellschaft“ (Etzioni, 1968) möglich, die geprägt ist durch leistungs- und kooperationsfähige staatliche, private sowie halbstaatliche Akteure und Institutionen, die die Herausbildung von „Verbundsystemen der Problembearbeitung“ erlaubt.

In dieser Phase der Ausdifferenzierung der Regulierungsmuster auf der Grundlage enger Kooperation zwischen staatlichen und privaten Institutionen sind autoritäre Regime in der Regel leistungsschwach, weil sie die „aktive Gesellschaft“ eher aktiv verhindern als fördern. Autoritäre, repressive Regime „übersteuern“ erfahrungsgemäß im gesellschaftspolitischen Bereich (Unterdrückung gesellschaftlicher Organisation, Abbau von Meinungsfreiheit und Unterbindung von Kommunikation usw.) und tragen somit zur „Untersteuerung“ im wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen „Mesobereich“ bei, weil sie die gesellschaftlichen Problemlösungskapazitäten nicht mobilisieren können (Chile unter Pinochet, Spanien unter Franco).

**Zusammenfassend** kann also festgehalten werden, daß in der Phase des Umbruchs des Entwicklungsmodells

● nicht nur die Stärkung des Marktes (Deregulierung und Entblockierung) notwendig ist, auch wenn diesem eine entscheidende Bedeutung zukommt, sondern eben auch ein leistungsfähiger Staat gefordert ist - der ja in den meisten Fällen die Marktkräfte gegen den Widerstand der durch die ISI-Strategie privilegierten Akteure durchsetzt.

● nicht nur der Staat und der Markt von Bedeutung sind, sondern auch der Staat nicht alle Problembereiche kompetent lösen kann, die durch Marktversagen entstehen. Zur Bearbeitung der drängenden sozialen Probleme, der Entwicklung tragfähiger Umweltpolitiken und dem Aufbau wettbewerbsfähiger Strukturen bedarf es kooperations- und leistungsfähiger **gesellschaftlicher Akteure und Institutionen** (etwas emphatisch: einer Zivilgesellschaft).

Der Staat kann durch Makropolitiken und aktive Strukturgestaltung die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung verbessern und sich herausbildende „collective efficiency - Strukturen“ unterstützen. Der Staat ist jedoch **nicht** dazu in der Lage, eine nicht leistungsfähige Gesellschaft, fehlende Institutionen oder auch fehlende Vernetzungen und Interaktionen zwischen gesellschaftlichen Akteuren (z.B. zwischen Unternehmen und Ausbildungseinrichtungen zur Verbesserung der Qualifizierung der Arbeitnehmer oder zwischen Unternehmen und Gewerkschaften zur Optimierung der Arbeitsorganisation und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen) zu substituieren. Deshalb geht es in Lateinamerika darum, nicht nur den Staat, sondern auch die gesellschaftliche Organisationsfähigkeit zu stärken. Aussicht auf Erfolg haben solche komplexeren Politikmuster nur, wenn ein gesellschaftlicher Konsens über die grundsätzlichen, zukünftigen Entwicklungslinien existiert. Hier sind die meisten lateinamerikanischen Länder heute immerhin weiter als noch vor wenigen Jahren. Dennoch bleibt dieser gesellschaftliche Konsens prekär, solange es nicht gelingt, ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit herzustellen.

Albert, M., Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt/New York 1992  
Etzioni, A., The Moral Dimension: Towards a New Economics, New York 1988  
ders./P.A. Lawrence, Socio-Economics - Towards a New Synthesis, New York 1991  
Galbraith, J.K., Die Herrschaft der Bankrotteure, Hamburg 1992

Z.

ZEITSCHRIFT  
MARXISTISCHE  
ERNEUERUNG5. Jahrgang, Nr. 17,  
März 1994, 220 Seiten

Schwerpunkte:

Wirtschaft, Regulierung,  
Alternativen im WahljahrHöhme - Krisenanalyse/Bischoff -  
Deregulierung oder Steuer-  
ung/DalBosco - Italien/  
Strutynski - Schlanke Produktion  
und GruppenarbeitSozialismus - Neuansätze  
nach dem Crash (II)Kremer - ... als offenes histori-  
sches Projekt/Miehe - ... in Pro-  
grammen der LinkenSozialistische Theorie neu  
denkenGoldschmidt - Revolutionäres  
Subjekt?/Showstack-Sassoon -  
GramsciStandpunkte von Heinger,  
Werner u.a. zu:  
Was ist marxistische Erneuerung  
heute?Ferner: Helms zur preußischen  
Akademie der Künste und Boris  
zu Demokratisierung in Latein-  
amerikaDazu 30 Seiten Kritiken und Zu-  
schriften und 60 Seiten Buchbespre-  
chungen zu:  
Bischoff, Bieling, Scheel, Fuchs/v.  
Oertzen/Volmer, Harich, Seppmann,  
Leaman, Hall u.a.Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Ver-  
sand); im Abo: 54,- DM (4 Hefte  
pro Jahr inkl. Versand)  
Bezug: über den Buchhandel  
(ISSN 0940-0648) oder direkt:  
Z-Vertrieb, Kölner Str. 66  
60327 Frankfurt/Main  
Tel. 069/739 29 34

# Mit Castro in den Kapitalismus?

Von der Krisenanpassung zur Strukturreform

von Robert Lessmann\*

Castros Revolution meldet Konkurs an“, urteilten hämische Kommentare, als der 'máximo líder' am 26. Juli 1993 u.a. die Aufhebung des Verbots von Devisenbesitz für Kubaner ankündigte. Im Oktober galt die damalige Castro-Rede unter kubanischen Kollegen bereits als Markstein des Übergangs von Krisenanpassungsmaßnahmen zu einer ökonomischen Strukturreform. Wenn gleich um verschiedene ihrer Elemente noch gerungen wird, so ist doch klar, daß es bei dieser Reform insgesamt um die Einführung marktwirtschaftlicher Wettbewerbselemente in beträchtlichem Umfang geht. Die 'Dollarisierung', auf die sich die Journalistik kaprizierte, spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle. Ohnehin war den meisten Beobachtern entgangen, daß in Kuba der Zug in Richtung 'gemischte Wirtschaft' längst abgefahren war.

Motor dieser Rückkehr ins 'Reich der Notwendigkeiten' ist die zunehmend katastrophale Wirtschafts- und Versorgungslage. Vom Regime werden externe Faktoren für die Krise verantwortlich gemacht. Mit dem Zusammenbruch der Staaten des 'Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe' (RGW oder COMECON) brach über Nacht auch 85% des kubanischen Außenhandels zusammen. Das Importvolumen sank von ca. 8 Mrd. US Dollar (\$) im letzten Jahr vor der Krise (1989) auf 1,7 Mrd. \$ (1993) ab. Die größten Engpässe gibt es im Bereich der Kraftstoffe, aber auch bei Lebensmitteln, Düngemitteln, Maschinen und Ersatzteilen. Kuba hatte

sich auf die Stabilität der 'Arbeitsteilung mit den sozialistischen Bruderstaaten' verlassen, ohne sich ausreichend um die Selbstversorgung und eine außenwirtschaftliche Diversifizierung zu kümmern. Nun gingen für Kuba nicht nur gewisse Privilegien gegenüber den üblichen Weltmarktbedingungen verloren, sondern der 'karibische Sozialismus' wurde voll vom Strudel des wirtschaftlichen Niedergangs in Osteuropa erfaßt. Alte Wirtschaftsbeziehungen wurden vielfach auch dort nicht mehr aufrechterhalten, wo dies von beiderseitigem Vorteil gewesen wäre, weil die betreffenden Partnerunternehmen z.T. gar nicht mehr existieren. Ein Übriges tut das sog. 'Kuba-Demokratisierungsgesetz' der USA vom Oktober 1992, das u.a. die osteuropäischen und die GUS-Staaten explizit mit Sanktionen bedroht, wenn sie mit Kuba in Geschäftsbeziehungen treten.

Ein 'Nahrungsmittelplan' brachte bisher nicht die erhofften Resultate. Energiekrise und Ersatzteilmangel drücken auf die Produktivität, Maschinen stehen still, Menschen kommen nicht zur Arbeit, weil keine Busse fahren. 60% der industriellen Kapazitäten sind paralysiert und ein Teil davon wird sich auch nicht mehr reaktivieren lassen: Nachdem Innovationen und Ersatzinvestitionen jahre- und jahrzehntelang vernachlässigt wurden, sind viele der Anlagen unter Rentabilitätsgesichtspunkten unbrauchbar. Durch die Außenhandels- und Finanzkrise werden interne Strukturdefekte offenbar, und beide Faktoren ergänzen sich auf fatale Weise. In der Landwirtschaft werden statt Traktoren wieder Ochsespannen eingesetzt. Die vormals weitgehend mechanisierte Zuckerrohrernte verschlechtert sich Jahr um Jahr: Als wichtigster Devisenbringer erlebte der Zucker eine Talfahrt von 3,9 Mrd. \$ (1989) über 1,2 Mrd. \$ (1992) auf nunmehr 765 Mio. \$. Das heißt in diesem Jahr: noch weniger Öl, Düngemittel, Ersatzteile etc. mit schweren Konsequenzen für die Produktion - und damit auch für die Leistungsfähigkeit des egalitären Gesellschaftsmodells.

## Joint ventures & Co. - Erste Anpassungsmaßnahmen

Die kubanische Regierung reagierte auf diese Situation mit einer Politik der wirtschaftlichen Öffnung bei strikter politischer Stabilität (Perestroika ohne Glasnost). Eine zentrale Funktion kommt hierbei der Förderung von 'joint ventures' zu. Zu diesem Zweck wurde ein 'joint venture'-Gesetz aus dem Jahre 1982 mit Leben erfüllt, das ausländischen Investoren beachtliche Vorzüge bei Geschäftsbedingungen und Gewinnmitnahme sowie arbeitsrechtliche Sonderbedingungen einräumt. Genehmigungen werden jeweils im Einzelfall, auf allerhöchster Ebene und in Abhängigkeit von den wirtschaftspolitischen Prioritäten erteilt, weshalb individuell auch sehr flexible Lösungen möglich sind, wo dies politisch opportun erscheint. So ist eine gesetzlich vorgeschriebene 51%ige kubanische Mindestbeteiligung bereits weggefallen und selbst die Möglichkeit von Direktinvestitionen wird nicht mehr ausgeschlossen.

Kein Wunder, daß ausländische Partner von 'joint ventures' - wo sie denn zustandekommen - sich meist hochzufrieden äußern. Dies gilt insbesondere für den Tourismusbereich, auf den sich bisher die Investitionen konzentrieren, die sich dort z.T. bereits nach drei bis vier Jahren amortisieren. Daneben gibt es ausländische Investitionen in die Prospektion neuer Erdölvorkommen und in die Nickelverhüttung. Die zahlenmäßig meisten 'joint ventures' sind in Handwerk und Kleinindustrie angesiedelt, wo es in den letzten drei Jahren einen regelrechten Boom gegeben hat. Die Frage ausländischer Wirtschaftskooperation wird in Kuba mit großer Diskretion behandelt. Während die Gesamtzahl der 'joint ventures' im November 1992 mit 76 angegeben wurde, schwanken offizielle Angaben derzeit zwischen 100 und 150. Die wichtigsten Herkunftsländer der ausländischen Partnerunternehmen sind der Reihe nach: Spanien, Frank-

reich, Panama, Barbados und Mexiko, worin sich die wirtschaftliche Neuorientierung Kubas auf die Nachbarregion, aber auch nach Westeuropa zeigt. (Im Falle der Unternehmen aus Panama und Barbados handelt es sich häufig um Fassadenfirmen, die dort nur aus steuerlichen Gründen ihren Sitz haben, oder um das US-Embargo zu umgehen.)

Die wichtigsten 'joint ventures' zeigen die wirtschaftliche Neuorientierung Kubas auf die Nachbarregion und nach Westeuropa.

Aufgrund ihrer planmäßigen Einführung und ihres (noch) geringen volkswirtschaftlichen Gewichts erscheint die Integration der 'joint ventures' in den sozio-ökonomischen Kontext bisher problemlos. Die arbeitsrechtlichen Sonderbedingungen im 'joint venture' gaben verschiedentlich zu Kritik an der vermeintlichen Einführung frühkapitalistischer Verhältnisse bzw. umgekehrt der Schaffung einer 'privilegierten Arbeiteraristokratie' Anlaß. Beides scheint überzogen: Im 'joint venture' herrscht eine leistungs- und disziplinierte 'hire-and-fire'-Situation. Allerdings entscheidet in der Praxis eher eine Art (kubanisch besetzter) Betriebsrat über solche Entlassungen als die Direktion des Unternehmens; häufiger als Entlassungen sind zudem freiwillige Kündigungen von Arbeitern, denen der Leistungsdruck zu groß ist. Und sie alle sitzen schließlich keineswegs auf der Straße, sondern kehren zu ihrem eigentlichen 'Arbeitgeber' - meist dem kubanischen Partnerunternehmen - zurück, von dem sie an das 'joint venture' ausgeliehen werden. Die Löhne im 'joint venture' können gut und gerne 50% über den Durchschnittslöhnen liegen. Die Politik von Leistungsanreizen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität wird freilich auch unabhängig von ausländischen Investitionen eingesetzt. Unter den Bedingungen des allgemeinen Versorgungsnotstands und galoppierender Geldentwertung ist dieser Anreiz jedoch relativ bedeutungslos. Wichtiger ist der Zugang zu Devisen und der Welt der nur gegen Devisen erhältlichen Waren. Ein 'Job' in einem 'joint venture' stellt

beileibe nicht den einzigen und effektivsten Zugang dazu dar, eher schon den unter moralischen Gesichtspunkten unbedenklichsten. An der Erfahrung mit der Einführung von 'joint ventures' wird vielmehr insbesondere deutlich, wie behutsam die kubanische Regierung bei der Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen vorgeht, wie sie versucht, die Fäden der Kontrolle in der Hand zu behalten und soziale Folgen abzufedern.

Gleichzeitig gewährt der kubanische Staat seit 1991 in bestimmten Prioritätssektoren mehr Autonomie für seine Betriebe. Mehr als 500 Unternehmen des Tourismus- und Exportsektors - das ist immerhin ein Viertel aller Unternehmen - verwenden ihre Devisengewinne heute im Rahmen des sog. 'autofinanciamiento' weitgehend autonom. Das Monopol des Außenhandelsministeriums ist gelockert. Es gibt mehr als 400 sogenannter Privatgesellschaften, darunter die 'joint ventures'.

Parallel dazu versucht Kuba eine vorsichtige außenpolitische Öffnung. Dem steht zwar das neue Embargogesetz der USA vom Oktober 1992 im Wege, das nun auch Drittländer mit Sanktionen bedroht, die mit Kuba Geschäfte machen, doch wird gerade hier ein Aufweichen der Positionen des Kalten Krieges deutlich: Das Gesetz wurde u.a. von Kanada, einer Reihe von EG-Ländern und der EG selbst scharf zurückgewiesen, was dazu beigetragen haben dürfte, daß die Generalversammlung der UN am 3. November das US-Embargo gegen Kuba zum zweiten Mal in Folge mit nur wenigen Gegenstimmen verurteilt hat; mit den USA stimmten nur Israel, Paraguay und Albanien. Selbst einige der engsten Verbündeten der USA, die verschiedene Aspekte des Embargos stillschweigend mittragen, scheinen nicht bereit zu sein, sich vor der Weltgemeinschaft offen zur Sinnhaftigkeit dieser Politik zu bekennen und enthielten sich der Stimme. Neben diesem diplomatischen Punktsieg konnten - ungeachtet der nordamerikanischen Sanktionsandrohung - mit einer Reihe westeuropäischer und lateinamerikanischer Unternehmen 'joint ventures' abgeschlossen werden. Mit der VR China wurde ein umfangreiches Handelsabkommen unterzeichnet; mit Rußland, der Ukraine, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan wurden Zuckerabkommen abgeschlossen; mit einem litauischen Unternehmen besteht ein 'joint venture'.

## Von Anpassungen zur Strukturreform

Zwar machen die kubanischen Anpassungsmaßnahmen an die Bedingungen des kapitalistischen Weltmarkts Fortschritte, angesichts der Größenordnung der Herausforderung erwiesen sie sich indessen als unzureichend. Versorgungsschwierigkeiten und Stromabschaltungen nahmen weiter zu. Die Misere ist nicht zu übersehen: Eine Mahlzeit pro Tag ist die Regel - und die besteht manchmal nur aus gekochtem Reis, weil andere Zutaten (wie Speiseöl etc.) wieder nicht erhältlich waren. Besonders Kinder leiden unter der mangelhaften Ernährung und kränkeln wegen jeder Kleinigkeit. Eine u.a. auf Vitaminmangel zurückzuführende Augenkrankheit befiel im Sommer 1993 insgesamt ca. 50.000 Menschen. In den einstmals vorbildlichen Hospitälern fehlen immer häufiger Medikamente. Auf dem Höhepunkt einer Hitzewelle im August 1993 kam es mancherorts zu nahezu Totalabschaltungen der Stromversorgung, wodurch viele der wenigen erhältlichen proteinhaltigen Nahrungsmittel auch noch der Verdauung preisgegeben waren. Vor diesem Hintergrund soll es im August im ganzen Lande zu spontanen und isolierten Tumulten unzufriedener Jugendlicher gekommen sein.

Castro reagierte in seiner Rede vom 26.7. auf diese erneute Zuspitzung der Situation mit der Ankündigung eines Maßnahmenbündels, das überwiegend Strukturreformen beinhaltet, von denen ein Teil bereits implementiert, ein anderer bereits beschlossen und ein weiterer noch in Diskussion befindlich ist.

Der Versorgungsnotstand hat zur Entstehung eines Schwarzmarkts geführt, der erstaunlich gut bestückt ist und zu exorbitant hohen Preisen heute zu etwa 60% die Versorgung der Bevölkerung bereitstellt - gegenüber nurmehr 40%, die durch das staatliche Rationierungssystem gedeckt werden. Die Waren, die auf dem Schwarzmarkt gehandelt werden, stammen z.T. aus häuslicher Eigenproduktion, häufig aus Diebstählen oder Unterschlagungen und überwiegend aus bislang illegalen Devisengeschäften. Bei zunehmend absurden Wechselkursverhältnissen (Dollar : Peso; offiziell 1:1; „schwarz“ im Sommer '92 1:30; im Sommer '93 1:60; Oktober '93 1:70) sind Dollarbesitzer auf dem Schwarzmarkt König.

\* Robert Lessmann, z.Z. Wien, ist Politologe und Journalist; Verfasser mehrerer Studien zur wirtschaftlichen und politischen Situation in Kuba, erhältlich jeweils über: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Entwicklungszusammenarbeit, Godesberger Allee 149, D-53170 Bonn 2.  
- „Stand und Perspektiven der 'joint ventures' in Kuba“, April 1993;  
- „Joint ventures - Sozialistischer Rettungsanker oder kapitalistisches Einfallstor“, August 1993;  
- „Von der Nachbesserung zur wirtschaftlichen Strukturreform - Kubas Anpassung an die Bedingungen des kapitalistischen Weltmarkts“, November 1993.



Eine Situation, in der eine fatale Tendenz zur 'Generalisierung des Illegalen' liegt: Auf den Schwarzmarkt angewiesen, wo der kubanische Peso nur marginale Kaufkraft hat, sieht sich eine wachsende Zahl von Kubanern gleichsam gezwungen, dort mit 'geklauten' oder unterschlagenen Waren selbst als Anbieter aufzutreten bzw. in den Besitz von Devisen zu gelangen, etwa durch Dienstleistungsangebote für Ausländer (z.B. Gelegenheitsprostitution). Darüber hinaus sind fast alle guten Restaurants, Hotels, Bars, Taxis etc. in Devisen zu bezahlen, waren de facto also für Ausländer reserviert, was viele Kubaner als 'Apartheid' im eigenen Land empfanden. Beide Phänomene sind durch die 'Dollarfreigabe' verschoben - nicht beseitigt. Der kubanische Peso bleibt offiziell Zahlungsmittel und die Mehrzahl der Kubaner de facto weiterhin von Deviseneinkommen ausgeschlossen.

Die Legalisierung des Devisenbesitzes vom August 1993 versteht sich als Bestandteil des erwähnten Reformpakets. Daß sie als isolierte Maßnahme kontraproduktiv wirken kann, ist klar: Zunächst hat sich für Devisenbesitzer das Angebot an 'Grauzonen-Dienstleistungen', wie die Vermietung von Wohnungen und Häusern, von Privatfahrzeugen mit und ohne Chauffeur etc. deutlich ausgeweitet. Primär ging es bei der Dollarfreigabe um eine 'Sauerstoffdusche' für die ohnmächtige Volkswirtschaft, mit deren Hilfe die unerwarteten Einbußen bei den Zuckerexporten ausgeglichen werden sollen. Dies soll durch die Abschöpfung interner (bisher illegaler) Dollarersparnisse geschehen, die auf 100-300 Mio. geschätzt werden und die man durch parallel dazu verabschiedete Besuchererleichterungen für Auslandskubaner sowie die Erhöhung der zulässigen Familienüberweisungen auf 300 \$ pro Monat pro Familie auf insgesamt 500-1.000 Mio. \$ aufzustocken hofft. Der Haken: Bisher sind die Intershops ('Diplotendas') der einzige Mechanismus, um interne Devisen abzusaugen. Ein kurzfristiger 'run' nach der Legalisierung führte dort zu einem sattem Preisanstieg. Sobald aber die entsprechenden Waren auf dem Schwarzmarkt billiger sind, werden die begehrten Dollars weiterhin vor allem dort zirkulieren, statt den Weg über die 'Diplotendas' in die Staatskasse zu finden.

Am 8.9.1993 erweiterte der Staatsrat per Gesetzesdekret die Möglichkeiten

der sog. 'cuenta propia', d.h. selbständiger Arbeit („auf eigene Rechnung“) ohne löhnabhängige Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten, auf eine Liste von 117 Professionen vom Maultierstreiber über Krankenpfleger, Köhler, Fotografen etc. Neben der Bekämpfung der verdeckten Arbeitslosigkeit hat diese Maßnahme das Ziel, 'Grauzonentätigkeiten' in den legalen Wirtschaftskreislauf zu integrieren. Die 'Unternehmensform' der 'cuenta propia' hatte es bereits seit 1978 in einigen eng umgrenzten Bereichen gegeben. Ihre 'Betriebe' gehören dem Peso-Sektor an. Preise bestimmen sich durch Angebot und Nachfrage. Um zunächst Steuerdisziplin zu schaffen (und den Behörden die Arbeit zu erleichtern), werden die Kleinunternehmen mit einer Steuerpauschale belegt, die von monatlich 20 Pesos (z.B. für Schuhputzer) bis 80 Pesos (für Droschkenkutscher) reicht. Zu einem späteren Zeitpunkt ist an die Einführung einer progressiven Gewinnsteuer gedacht. Es wird vermutet, daß das 'cuenta propia'-System im Zuge der bevorstehenden Strukturreformen letztlich zu einer Gesetzgebung für eine private Kleinindustrie weiterentwickelt wird.

Nach einem Beschluß des Politbüros vom 10. September 1993 wurde in der Provinz Havanna bereits die Umwandlung von Staatsfarmen in Produktionsgenossenschaften in Angriff genommen. Ziel dieser sogenannten 3. Agrarreform ist die Rückkehr zu kleineren, überschaubareren Einheiten, was in der Krise den Einsatz von Alternativlösungen (z.B. den Einsatz von Zugtieren) erleichtert, insbesondere aber durch eine reale Beteiligung der Produzenten an den Entscheidungsprozessen deren Motivation heben soll. Das Grundeigentum soll staatlich bleiben, die Besitz- und Nutzungsrechte den Kooperativen auf unbestimmte Zeit übertragen werden. Einigen Reformern geht diese Maßnahme nicht weit genug. Sie wenden ein, daß 50% der existierenden Kooperativen unrentabel arbeiten und fordern Maßnahmen zur Aktivierung jener 20-25% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die ungeachtet der Versorgungskrise brachliegen. Weitere Strukturreformen in der Landwirtschaft seien daher unvermeidlich und auch die Möglichkeit von Privatisierungen nicht auszuschließen.

Als zentrales Hindernis für eine wirtschaftliche Erholung wird ein Liqui-

ditätsüberschuß angesehen, der mit ca. 9-10 Mrd. Pesos dem nationalen Lohnvolumen von 14 Monaten entspricht. Zur Lösung dieses Problems steht die Radikalkur einer Währungsreform zur Debatte, die jedoch wegen ihrer finanziellen, sozialen und politischen Kosten sowie ihrer zweifelhaften Nachhaltigkeit neben einer favorisierten Paketlösung ökonomischer Strukturreformen in den Hintergrund tritt. Als Bestandteile eines solchen Pakets wiederum stehen u.a. zur Debatte:

- Der Ausbau des Bankensystems, das über spezielle Sparanreize Liquidität absaugen und in Form von Krediten für die landwirtschaftlichen Kooperativen oder andere Bereiche 'kapitalisieren' soll. Diese müßten einen Kosten-Nutzen-Plan vorlegen, um in den Genuß solcher Kredite zu kommen.
- Die (bereits beschlossene) Einführung eines Steuersystems, über dessen konkrete Einzelheiten noch diskutiert wird, das der Abschöpfung der Überschuliquidität und der Budgetkonsolidierung dient.
- Der Vorschlag einer genossenschaftlichen Umstrukturierung auch der Industrie, wobei auch die Möglichkeit von Privatisierungen nicht ausgeschlossen wird.
- Schärfere Kontrollen des Schwarzmarkts und illegal erworbener Vermögenswerte.
- Ein Subventionsabbau und eine Reform der Preispolitik. Von pauschalen Produktsubventionen will man zu Konsumsubventionen im Sinne einer Unterstützung der tatsächlich Bedürftigen kommen. Dies gelte auch für die verdeckte Arbeitslosigkeit, wo es in Zukunft eine soziale Grundversicherung statt einer Arbeitsplatzgarantie geben solle.

Wie immer diese Reformen im einzelnen letztlich aussehen werden: Zur Debatte stehen ökonomische Strukturreformen und die Einführung marktwirtschaftlicher Wettbewerbselemente in weitreichendem Maße. Staat und Partei sind bisher bereit gewesen, flexibel auf die neuen Erfordernisse zu reagieren und die nötigen institutionellen Rahmenbedingungen zu schaffen, ohne indessen die Kontrolle über die Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft abzugeben - oder besser: um sie auf diesem Wege wiederzugewinnen.

## Kubanische Positionsbestimmung

„Kuba steht nicht mit verschränkten Armen da“, kommentierte Roberto Robaina (Außenminister und Politbüromitglied) diesen Prozeß in einem Gespräch. „Wir sind bereit, uns an die veränderten Bedingungen anzupassen. Aber wir werden uns in dem Bewußtsein anpassen, daß die Voraussetzungen dafür in Kuba anders sind als in jedem anderen Land Lateinamerikas und vor allem anders als in den entwickelten Ländern.“ Es sei jetzt nicht die Zeit für einen „chemisch reinen Sozialismus“, sondern es gehe darum, Kubas Position in einem veränderten internationalen Koordinatensystem neu zu bestimmen und dabei die „Errungenschaften der Revolution“ zu bewahren. Im Rahmen eines gewandelten politischen Diskurses sind dies heute der Reihe nach die nationale Unabhängigkeit und die sozialen Leistungen, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich.

Kuba sucht für dieses Projekt vor allem in Lateinamerika und Westeuropa nach neuen Partnern. Gerade der fehlende Zugang zu Krediten verhindert eine kurzfristige Re-(Mobilisierung) paralyzierter Kapazitäten. Staatliche Kredite, Investitions- oder Handelsbürgschaften könnten den kubanischen Öffnungsprozeß entscheidend beflügeln. Während die Vereinigten Staaten de facto noch immer die Abdankung des Regimes als Voraussetzung für eine Normalisierung der Beziehungen fordern, wären einige westeuropäische Regierungen wohl mit einem kubanischen Entgegenkommen in der Menschenrechtsfrage zufrieden, um solche Unterstützungen zu gewähren. Hier stellt sich freilich die kubanische Führung taub, die hinter jeder Kritik interventionistische Verschwörungen wittert. Das Festhalten an Nullsummenszenarien aus der Zeit des Kalten Krieges diesseits und jenseits der 'Straße von Florida' lähmt so den Versuch der ökonomischen Konsolidierung.

Fidel Castro sprach in seiner Rede von sozialen Opfern, die mit der wirtschaftlichen Liberalisierung verbunden seien, und die man zur 'Retten der Revolution' erbringen müsse. Damit hat er wohl recht, auch wenn es in der aktuellen Krise darum geht, von egalitären Prinzipien abzurücken, die ihre materielle Basis ohnedies bereits verloren haben. Zur Debatte steht die Einführung

eines gemischten Wirtschaftssystems mit dem Ziel, diese materielle Basis wiederzugewinnen, nicht die Einführung des Kapitalismus. Das Endergebnis dieser Entwicklung ist freilich nicht abzusehen.

Das Castro-Regime ist gegenwärtig die einzige politische Kraft, die überhaupt ein Konzept zur Krisenbewältigung hat.

Die Häme, mit der Castros Ankündigungen z.T. aufgenommen wurden, ist unangebracht. Eine 'Konkurrenzerklärung' mag einen Neubeginn einleiten, aber sie ist per se keine Lösung. Die vielzitierten 'Kräfte des Marktes' zur Geltung zu bringen, ist ein politischer Allgemeinplatz und leichter gesagt als getan (siehe Rußland); ein Allheilmittel sind sie erst recht nicht, wie der lateinamerikanische Neoliberalismus zeigt. Mit dem Einwand, diese wären halt zu lange unterdrückt worden, mögen die Apologeten des freien Marktes recht haben. Für die politische Praxis ist er zunächst bedeutungslos. In Kuba selbst gibt es aus bekannten Gründen weder freies Unternehmertum noch eine organisierte politische Opposition. Die tonangebenden Exilkreise in Miami sind auf ein putschistisches Programm ('Castro weg') beschränkt, ihre business-Fraktion ist längst in den USA verankert und denkt an Investitionen auf der Insel eher zurückhaltend. Das Castro-Regime ist gegenwärtig die einzige politische Kraft, die überhaupt ein Konzept zur Krisenbewältigung hat. Ein Scheitern der Reformen brächte für Kuba die Gefahr des definitiven Abtauchens in ökonomisches Chaos und soziale Misere, mit der Perspektive politischer Wirren, einschließlich möglicher Gewalttätigkeiten und Blutvergießens. Eine Unterstützung des Öffnungsprozesses scheint unter den gegebenen Umständen die vernünftigste Haltung.

# OST-WEST informationen

Heft 2/93

## Medien im Osten (II): Trennt der Markt die Spreu vom Weizen?

Beiträge von / Interviews mit:

Hans Heinz Fabris, Vera Tolz, Adam Novak, Petr Uhl, Vladimir Holina, Miodrag Perovic, Kim Mehmeti, Zvonimir Krstulovic, William Totok, Rossen Milev, Annamaria Szántó, Gábor Lenkai, Catherine Valtin, Brigitte Busch.

Heft 3/93

## Sozialer Wandel im Osten (I): Das Ende der Illusionen?

Beiträge von / Interviews mit:

Mita Castle-Kaneroval, Juliusz Gardawski, Tomasz Zukowski, Janko Sekai, Tomas Krausz, Grogorii Artemenko, Anrecht Kretzschmar, Mladen Lazic, Tonci Kuzmanic.

Heft 4/93

## Sozialer Wandel im Osten (II)

Beiträge von / Interviews mit:

Fatos Baxhaku, Ryszard Bugaj, Nikolas Cerny, Judith Dellheim, Franz Gundacker, Sheila Marnie, Heinrich Pfandl, Boris Rakitskij, Zakarijah Smajic, William Totok, Bozo Zaja.

Heft 1/94

## Bosnien-Herzegowina

Beiträge von / Interviews mit:

Javorka Finci-Pocrnja, Durda Knezevic, Karl Kumpfmüller, Adam Novak, Marko Orsolc, Drazina Peranic, Milorad Pupovac, Catherine Samary, Zakarijah Smajic, Dzamal Sokolovic, Holm Sundhausen, Melita Sunjic.

## Bestellungen, Probeexemplare, Inhaltsverzeichnisse Ost-West-Gegeninformationen

c/o Dezentrale,  
Prokopig, 2/A, A-8010 Graz,  
Fax-Nr. ((0)316/81 05 94  
Preis: 40 ÖS/ 6 DM incl. Porto/Heft  
Umfang: ca. 50 Seiten

# Entwicklung: Wer und wohin ?

von Edgar Göll\*

Rezension zu: *Mohssen Massarrat, Hans-Joachim Wenzel, Birgit Sommer, György Széll (Hrsg.): Die Dritte Welt und Wir. Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis, Informationszentrum Dritte Welt, 509 Seiten, Freiburg/Brsg. 1993*

Zahlen und Statistiken über die zunehmende Kluft zwischen dem reichen Norden und dem (im Durchschnitt) verelendenden Süden begegnen uns jeden Tag. Daß bislang geradezu ausschließlich der Norden das Problem verursacht, belegt beispielsweise ein neuer UN-Bericht. Demnach verliert der Süden jährlich etwa 500 Mrd. US-\$ an den Norden - durch ungleichen Austausch, nördlichen Protektionismus und durch Nettotransfer. Die Reichen leisten aber nur etwa 50 Mrd. US-\$ an öffentlicher Entwicklungshilfe! Klar ist: die Süd-Nord-Problematik ist das zentrale Element künftiger internationaler Politik.

Doch seit einigen Jahren macht sich in immer mehr OECD-Staaten die Strukturkrise des Kapitalismus (bzw. Fordismus) bemerkbar: wirtschaftliche Rezession, eng werdende Verteilungsspielräume, zunehmende strukturelle Arbeitslosigkeit, immense technologische Umwälzungen, soziale und ökologische Strukturprobleme, und: entsprechende sozio-kulturelle Unstimmigkeiten (Identitätskrisen). Diese Negativfolgen werden von den Herrschenden derzeit ignoriert. In Verbindung mit zahllosen Polit-Skandalen greift daher eine Politikerverdrossenheit um sich, die durch das marktmäßige „Gesund-schrumpfen“ der Ex-DDR zusätzlich massenhafte Motive erhält.

In diesem Zusammentreffen krisenhafter Umbrüche und eklatanten Politikversagens kann nun auch nicht mehr übersehen werden, daß die bisherige Südpolitik der reichen kapitalistischen Staaten, auch ihre „Entwicklungshilfe“, entweder nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen ist, oder gar destruktive Wirkungen für den Süden hat (Stichwort „Verschul-

dung“). Nun hat eine Institution der Neuen Sozialen Bewegungen (das „iz3w“), die sich schon lange sehr kritisch und fundiert mit dieser Thematik befaßt, dankenswerter Weise einen Sammelband zu dieser komplexen Thematik publiziert. Darin werden zahlreiche der 170 Beiträge zugänglich gemacht, die als Referate auf einem Nord-Süd-Kongreß im Oktober 1992 in Osnabrück gehalten und diskutiert worden sind. Im Konzeptionspapier zum Kongreß hieß es: „Entwicklungstheorie und entwicklungspolitische Praxis befinden sich in einer tiefen Krise. Es ist an der Zeit, die Bedeutung gängiger Theorieansätze zur Diskussion zu stellen, ihre Praxisrelevanz zu reflektieren und Konturen neuer entwicklungstheoretischer Fragestellungen und entwicklungspolitischer Alternativen für die Zukunft zu diskutieren“ (S.7).

**Hauptthese: Nicht nur der Süden muß entwickelt werden, sondern vor allem der Norden muß dringend reformiert werden.**

Die diesbezügliche Bilanz und die möglichen Perspektiven werden mit einem interdisziplinären Anspruch verfolgt. Der wird zwar nicht in allen Einzelbeiträgen erfüllt, doch in der Gesamtschau ist ein Werk entstanden, das einige wesentliche Facetten und Teilaspekte der komplexen Problematik aus verschiedenen wissenschaftlichen und praxisorientierten Perspektiven untersucht. Der Bogen spannt sich von ökonomischen, finanzpolitischen Untersuchungen über sozio-strukturelle und institutionelle Aspekte bis hin zu sozialpsychologisch-kulturellen Betrachtungsweisen. Auch die Beziehung zwischen Theorie und Praxis wird erfreulich häufig deutlich. Die 52 AutorInnen repräsentieren die wichtigsten Felder der Süd-Nord-Politik: Universitäten, unabhängige Institute, staatliche Institutionen der Entwicklungszusammenar-

beit und Nichtregierungsorganisationen unterschiedlichster Arbeitsfelder.

## Bilanz der Nord-Süd-Verhältnisse

Der Sammelband ist in acht Kapitel aufgeteilt. Die Beiträge in den beiden ersten Kapiteln analysieren die weltwirtschaftlichen Verteilungsstrukturen und -konflikte und deren aktuelle Tendenzen. Dann folgen Kapitel über Umweltzerstörung und -politik, Bevölkerung und Migration, multilaterale Politik, Ethnizität, Demokratie und Markt, Soziale Bewegungen und schließlich über die internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Eine implizite Hauptthese der Beiträge, die auch in dem im Anhang nachlesbaren „Memorandum“ zu finden ist, besteht in der *Verantwortung des Nordens an der Unter-/Fehlentwicklung des Südens: nicht nur der Süden muß demnach entwickelt werden, sondern vor allem der Norden muß dringend reformiert werden*. Dies wird in sämtlichen Beiträgen auf die ein oder andere Weise konkret nachgewiesen.

Im ersten Kapitel wird der Süd-Nord-Transfer von Reichtum (E. Altvater) in verschiedenen Beiträgen dargestellt. Der Transfer wird auf Einkommen und auf Ressourcen wie beispielsweise Kaffee (Massarrat) bezogen. Auch auf die (Dys-)Funktionsweise der Agrarmärkte und von Rohstoffabkommen wird eingegangen. Daran anschließend werden neuere Tendenzen der weltwirtschaftlichen Beziehungen dargestellt und analysiert, wozu unter anderem ein Differenzierungsprozeß innerhalb der Entwicklungsländer, der Protektionismus der mächtigen kapitalistischen Staaten und die zunehmende Regionalisierung der Weltmärkte gehören. Der letztgenannte Trend wird anhand der Beiträge über Nordamerika (NAFTA), Osteuropa/GUS und die VR China verdeutlicht.

In einem weiteren interessanten Kapitel geht es um genauere theoretische und empirische Betrachtungen der „Leitidee“ (Jobst Conrad) vom „Sustainable Development“ (übersetzbar mit dauerhafte, nachhaltige oder tragfähige

Entwicklung). Desweiteren werden internationale Institutionen (UNCTAD, UNCED, UNHCR, CEPAL), Einzelländer und übergreifende Themen wie Migration, Ethnizität, Bevölkerungspolitik, Proliferation und neue soziale Bewegungen näher untersucht.

Ein besonders interessanter Beitrag ist der von Friederike Pentzlin über die Kontrolle transnationaler Konzerne (TNK), ein Thema, welches in den öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten des durch neoliberale Ideologien dominierten Nordens nur noch selten behandelt wurde, obgleich (bzw. weil?) es ein zentrales Element für reformorientierte Politik darstellt. Ausgehend vom Nachweis ihrer These, daß unausgewogene Nord-Süd-Wirtschaftsbeziehungen zu unausgewogenen Rechtsregeln führen (S.317f.), beschreibt sie die diversen Ansätze für eine Beeinflussung von TNKs (z.B. per Kodex). Das Auslandsinvestitionsrecht untersucht sie dabei ausführlich. Daß dies künftig von großer Wichtigkeit sein wird, zeigt sich darin, daß Auslandsinvestitionen einen Wachstumsrekord halten: Anstieg um etwa 30% während der letzten Jahre: „Die Unternehmen stehen unter Globalisierungsdruck. In vielen Bereichen sind Forschung und Entwicklung so kostspielig geworden, die Produktionszyklen so kurz und die Spezialisierung der Produkte so fortgeschritten, daß nur noch eine auf den Weltmarkt gerichtete Absatzstrategie Rentabilität sichern kann. Rationalisiert und weltweit standardisiert werden nicht nur Produkte und Produktionsweisen, sondern auch Betriebsorganisation und Managementmethoden“ (S.326). Die Länder des Südens haben dieser Entwicklung zwar die alten Alternativkonzepte entgegenzusetzen, aber keine relevante Macht zur Beeinflussung der wesentlichen Entscheidungen. Pentzlin erörtert verschiedene Vorschläge zur Verbesserung der Situation, die jedoch alle an der Knappheit der Ressource „Macht“ im Süden scheitern dürften. Die Alternative „Weltmarktintegration“ oder „selektive Abkopplung vom Weltmarkt“ ist global nicht sinnvoll zu beantworten. Die Autorin hält es daher für sinnvoller und erfolgversprechender, allgemeine globale (weiterhin sinnvolle und „richtige“) Forderungen wie die nach einer Neuen Weltwirtschafts-Ordnung hintanzustellen, und eher einen (linken) „internationalen Regionalismus“ zu entwerfen: wenn es, wie es

scheint, „weiten Teilen der Dritten Welt unmöglich sei, durch Weltmarktintegration ökonomisch aufzuholen, so liegt heute dann die Herausforderung darin, Strukturen zu finden, die sicherstellen, daß ungleiches ungleich, aber gleichwertig behandelt wird. (...) Wird die Unterschiedlichkeit der zugrunde liegenden Verhältnisse ernst genommen, werden auch Wirtschaftspolitik, Auslandsinvestitionsregulierung und nationale Förderprogramme sehr verschieden ausfallen“ (S.332).

**Die Länder des Südens haben zwar Alternativkonzepte entgegenzusetzen, aber keine relevante Macht zur Beeinflussung der wesentlichen Entscheidungen.**

Diese differenzierende Position wird - indirekt - unterstützt durch den Beitrag von Hildegard Lingnau über „Strukturanpassung und strukturellen Wandel“, indem die bisherigen Erfahrungen mit Strukturanpassungsprogrammen als „ernüchternd“ eingeschätzt werden. Die von den Bretton-Woods-Institutionen (IWF, Weltbank) seit Anfang der 80er Jahre betriebenen Programme ließen die immensen (sozialen, administrativen, etc.) Kosten völlig außer Acht, die derartige Anpassungsleistungen (abgesehen von der politischen Entmündigung der „Empfänger“) den Ländern des Südens abverlangen (inzwischen weiß ja auch ein Marktanhänger wie Kohl, daß selbst die Einverleibung der Ex-DDR in die BRD in vielerlei Hinsicht verdammt kostspielig ist). Bei dem notwendigen „strukturellen Wandel“ (statt: „Strukturanpassung“) müßte es sich jedoch um einen „von den Betroffenen selber betriebenen, sich allmählich vollziehenden Veränderungsprozeß handeln, der von den Gebern lediglich unterstützt werden kann“ (S.454). Dabei wäre mehr „Zivilgesellschaft“ im Sinne der ökonomischen, politischen und kulturellen Selbstorganisation der Gesellschaft“ (S.453/455), bzw. deren Unterstützung durch den reichen Norden, notwendig. Die beiden wichtigen Punkte dabei sind aber, daß struktureller Wandel vor allem (erstens) im Norden und (zweitens)

in den Nord-Süd-Beziehungen stattfinden muß (S.455f.). Und da sind wir gefordert! Hier! Jetzt!

## Aufgaben der Solidaritätsarbeit

Dazu sind im spw-Buch „Zwischen Nationalstaat und Globalpolitik“ einige Gedanken entwickelt, die hier kurz referiert werden sollen, weil sie sehr gut passen: Daß es Ansätze für fortschrittliche, emanzipatorische Alternativen der Nord-Süd-Politik gibt - neben links-alternativen Kreisen zunehmend auch im liberalen und konservativen Spektrum, zeigen der Club of Rome, diverse rot-grüne Programme für einen ökologischen Umbau, der Entwurf für ein Entwicklungshilfegesetz der SPD, die kürzliche Erklärung der Bischöfe über globale Probleme und den Anteil des Nordens daran. Um das diffus vorhandene Reformpotential zu nutzen, müssen von uns in mancherlei Hinsicht Grenzen überschritten werden. So gilt es unter anderem

- eurozentristische Engstirnigkeiten zu überwinden,
- obsoletere Trennungen zwischen Innen- und Außenpolitik zu überschreiten,
- partei- und organisationspolitische Distanzen zu überwinden, und
- neue Informations- und Aktionsstrukturen zu schaffen, die es immer mehr BürgerInnen erleichtern, sich (zumindest zeitweise) aus der trügerischen Wohlstandsbehaglichkeit in politisches Engagement zu begeben. Fortschrittlichen Kräften in den kapitalistischen Zentren sollte es auch darum gehen, den sich abzeichnenden

### Almanach linker Literatur 1994

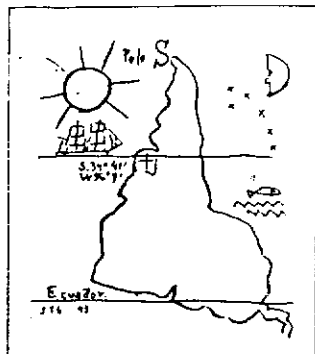
Mit dem Zusammenbruch der ehemaligen sozialistischen osteuropäischen Staaten hat in der Linken ein tiefgreifender Prozeß der politischen Neuorientierung eingesetzt, der bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Der Almanach linker Literatur 1994 will diesen Vorgang insoweit unterstützen, als er das in gesamtdeutschsprachigen Raum existierende Spektrum an linken Publikationen zusammenfaßt und damit einer inhaltlichen Auseinandersetzung überhaupt verfügbar macht. Die Auswahl der Verlage, Redaktionen und Titel erfolgte ohne Rücksicht auf eventuell bestehende ideologische Gegensätze gemäß der Absicht, die Publikationen des sich im weitesten Sinne als links verhaltenden politischen Spektrums in seiner gesamten Bandbreite zu erfassen. Die Themenauswahl richtet sich nach Bürgerbewegungen, Umweltschutz und 3. Welt über Sexualität und Feminismus bis hin zu Kultur, Literatur und Theorie, erfüllt also alle gegenständlichen Bereiche, mit denen sich Linke heute auseinandersetzen. Der Band enthält neben Textauszügen aus wichtigen und derzeit aktuellen Büchern ein Verzeichnis der Buchverlage, Hinweise zu deren Themenangeboten sowie eine mit kurzen Inhaltsangaben versehene Auflistung der lieferbaren Titel, ein dazugehöriges Titel- und Schlagwortregister, ein nach Sachgebieten gegliedertes Verzeichnis und schließlich die Adressen von Buchhandlungen, die linke Literatur führen. Zusammen mit dem Jahres-Almanach 94 erscheint unter dem Titel Almanach aktuell außerdem die erste Ausgabe eines dann monatlichen Rezensionen- und Informationsdienstes. Inhalt: Vorstellung von Buch- und Zeitschriften-Neuerscheinungen, Leserrückmeldungen und -empfehlungen, Diskussionsbeiträge, Buch- und Zeitschriftenangebote, -angebots-, Kampagnen- und Adressinfos, Kennzeichen usw. Das Jahresheft umfaßt 10 Ausgaben und kostet DM 50,-. Der Almanach linker Literatur 1994 kann entweder im Buchhandel oder für DM 28,- zzgl. 2,- Porto (mit Scheck oder Schein im Brief) direkt beim Almanach-Versand, Pt. 80 14 66, D-81614 München bestellt werden.

\* Dr. Edgar Göll, Sozialwissenschaftler, Berlin, spw-Projektgruppe Internationales



## Bücher zu Lateinamerika

### Neuerscheinungen 1994



Der andere Buchladen, Köln  
Informationsstelle Lateinamerika  
(ila), Bonn

120 S., 5,- DM inkl. Versand  
(bitte vorab in Briefmarken)

Mehr als 400 Kurzrezensionen verschaffen einen kritischen Überblick über die Vielzahl der neu erschienenen deutschsprachigen Bücher zu Lateinamerika. Besprochen werden:

- Sachbücher zu Lateinamerika
- lateinamerikanische Belletristik mit Biographien der AutorInnen

Weiter wird eine Auswahl zum "Nord-Süd-Verhältnis" vorgestellt. Der Band ergänzt das Gesamtverzeichnis "Bücher zu Lateinamerika", das alle 1992 lieferbaren Bücher zum Thema enthält. (schon erschienen: Bücher zu Lateinamerika 1993, 106 S. 4,- DM)

Ein einmaliges Standardwerk, das jährlich durch Ergänzungsbände auf den neuesten Stand gebracht wird.

Neuerscheinungen 93+94+  
Gesamtverzeichnis: 15,-DM  
(bitte vorab in Briefmarken)

Der andere GmbH  
**Buchladen**

Zülpicher Str. 197, 50 937 Köln

'Öko-Kolonialismus' (Agarwal), der eine einseitige Einmischung der reichen, dominierenden Staaten in die Angelegenheiten der armen Staaten darstellt, zu einem Beziehungssystem „gegenseitiger Einmischung“<sup>1</sup> zu verändern. Das traditionelle Prinzip der „Nichteinmischung“ in innere Angelegenheiten anderer Staaten ist unbrauchbar geworden. Wir müssen aber die Doppelstandards und Einseitigkeiten der Herrschenden entlarven und in Handlungsdruck umsetzen (an ihren eigenen Maßstäben sind sie zu packen und herauszufordern!). Ein Beispiel ist der 'warme Krieg' der kapitalistischen Zentren gegen Kuba: nicht nur wird das US-Embargo unterstützt und werden die externen Ursachen (Status als Land der sog. Dritten Welt und Wegfall von 85% der Märkte durch Zusammenbruch Osteuropas) der dortigen Krise ignoriert, sondern die sozialen Menschenrechte (Lebenschancen, Versorgungsniveaus und Entfaltungspotentiale) bleiben völlig ausgeklammert - denn dann müßten auch kapitalistische Nachbarstaaten und selbst die USA und deren soziale Misere kritisiert werden (was ja beispielsweise Malcolm X explizit tat).

Der sich abzeichnende 'Öko-Kolonialismus' muß zu einem Beziehungssystem "gegenseitiger Einmischung" verändert werden.

Gerade wegen des scheinbar abstrakten Themas „Nord-Süd-Beziehungen“ bzw. „Internationalismus“ muß in den Metropolen der Erde an den Befindlichkeiten und Betroffenheiten der diversen Bevölkerungsgruppen angesetzt werden. Aktivitätsvoraussetzungen müssen sondiert und für die jeweiligen Aktionsformen berücksichtigt werden. Entsprechend müssen lokale, nationale, kontinentale und internationale Netzwerkpotentiale ausgelotet und organisiert werden. Das muß auch Folgen haben für unsere Methoden und Handlungsstile und -strategien: sowohl bei der Basisarbeit bis hin zum professionellen Lobbyismus müssen die Wahrnehmungs- und Funktionslogiken der jeweiligen Gruppen berücksichtigt und genutzt werden (also z.B. die Frage: auf was und wie reagieren diese). Notwendig ist ein

Paradigmenwechsel, der zwar nationale Belange nicht negiert, diese aber immer in ein Verhältnis zu internationalen Anforderungen setzt.

Dabei kann an zahlreiche Handlungszusammenhänge angeknüpft werden, wie beispielsweise die Anti-Apartheid-Bewegung, die Solidaritätsaktionen für Nicaragua (Städtepartnerschaften, Patenschaften, Arbeitsbrigaden), Aktionen gegen Weltbank und IWF, Neuansätze innerhalb der Parteien (SPD und Grünen) und Insider-Kritiken an offiziellen Entwicklungshilfeeinrichtungen (BMZ, GTZ, DIE). Die Erfahrungen zeigen, daß es künftig verstärkt um Vernetzungen der zahlreichen Aktionszusammenhänge gehen muß, damit Verbesserungen erzielt werden können. Diese Vernetzungen wären in zwei Richtungen anzugehen:

\* Zum einen wäre eine intensivere Zusammenarbeit zwischen bundesdeutschen AkteurInnen vonnöten. Die Vernetzung wäre sowohl hinsichtlich unterschiedlicher inhaltlicher Bereiche, als auch in Bezug auf unterschiedliche Ebenen bzw. zwischen informellen Basisbewegungen und offiziellen ExpertInnen nötig (Motto: Radikal- und Realpolitik; dazu wieder lesenswert: Rosa Luxemburg „Reform oder Revolution“).

\* Zum andern ist dringend erforderlich, mit Akteuren anderer Länder, insbesondere denen des Südens engeren Kontakt aufzunehmen und zu organisieren. Idealtypisch geht es dabei sozusagen um die Organisation von politischer Öffentlichkeit entlang der objektiven Verflechtungen: überall dort, wo finanzielle, warenförmige oder informationelle Verflechtungen quantitativ oder qualitativ hoch sind, müßten entsprechende Öffentlichkeiten geschaffen werden.

Hier in der Bundesrepublik können mittlerweile wohl viele Gruppierungen und Institutionen mit Erfahrungen aus ihrer Vergangenheit aufwarten: zentral ist die Mitarbeit in und das Einwirken sowohl auf Neue Soziale Bewegungen, als auch auf (nationale und internationale) Organisationen, Parteien, Parlamente und staatliche Organe. Angesichts der drängenden existenziellen Problemlagen scheint uns die Handlungsanweisung „think global, act local“ nicht mehr weitreichend genug. Eine gleichzeitige Einwirkung auf lokale Strukturen und außenpolitische Macht- und Entscheidungszentren ist

nötig. Die fortschrittlichen Akteure müssen künftig *arbeitsteilig das breite Einwirkungsspektrum bearbeiten*: von individueller Lebensführung und lokaler Basisarbeit, über direkte Einflußarbeit (Lobbyismus) gegenüber außenpolitischem Establishment bis hin zu internationalen Projekten müssen alle adäquaten Wege gegangen werden. Daher ist Nachdruck und Radikalität gefordert, um die stummen Zwänge dieser destruktiven globalen Verhältnisse zum Sprechen bzw. Schreien zu bringen. Es gilt, *alle erfolgversprechenden Politikformen zu nutzen*: Kampagnen und Projekte, Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Kulturdarbietungen, Petitionen, Lobbyismus, Gesetzesinitiativen und gewaltfreie Aktionen zivilen Ungehorsams (Blockaden von Rüstungsexporten), Boykotte von bestimmten transnationalen Konzernen (wie z.B. Nestlé).

Wir müssen dringend unsere Organisationsstrukturen und Handlungsstile überprüfen und effektiver gestalten, sollten auch nicht vor der Nutzung professioneller Techniken zurückschrecken und vor allem unserer Außendarstellung ein größeres Gewicht beimessen: jede politische Information und Aktion, erst recht eine, die scheinbar weit weg liegende Probleme thematisiert, muß der Werbungskonkurrenz mit den kommerziellen, übermächtigen Unternehmen gewachsen sein, deren Werbestile, Produkte (Waren) und Ressourcen den Aufmerksamkeitswettbewerb dominieren. Provokative und spektakuläre Aktionen und partielle Regelverletzungen (vgl. Robin Wood und Greenpeace) wären in Erwägung zu ziehen.

Sie sollten mit radikalen Aktivitäten begleitet werden. In der Bundesrepublik und anderen westlichen Industrieländern haben sich zahlreiche Institutionen und Gruppierungen etabliert, die im Bereich internationaler Politik fortschrittliche Politik durchführen und unterstützen. Daher bestehen je nach Thematik und Anlaß viele Bündnismöglichkeiten. Angesichts der Vielfalt progressiver Akteure ergibt sich ein Koordinierungs- und Kooperationsbedarf. Zwar ist kürzlich erst ein Kooperationsgremium deutscher Dritte-Welt-Akteure an der Unterschiedlichkeit ihrer Binnenstrukturen und Strategien (vorerst) gescheitert. Doch wäre vielleicht eine themenzentrierte, projektorientierte Kooperation und Arbeitsteilung eher möglich und effektiv. Dringlich ist dabei das Abstimm-

men der arbeitsteilig zu behandelnden Themen, der Strategien und Aktionsplänen durch ein Gremium wie dies der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung gewesen ist; Ansätze dazu wie 'German Watch' gibt es bereits. Zudem käme Großorganisationen (wie SPD, Grüne, Kirchen, DGB) verstärkt die Aufgabe zu, Foren zur Darstellung und Koordination derartiger in- und ausländischer Akteure und Koalitionen anzubieten.

In Anbetracht der lebensbedrohenden Entwicklungen sind auch Teile der herrschenden Eliten sensibilisiert. Für eine progressive Bündnisarbeit heißt dies, daß für bestimmte Kampagnen und Aktivitäten solche Politiker- und Unternehmerkreise einzubeziehen sind. Gleichzeitig aber sollte über die begrenzte Reformbereitschaft solcher Kreise keine Illusion bestehen. Dennoch sind in einigen Reformansätzen enorme Dynamiken enthalten, die durchaus systemtransformierende Qualität haben können (staatliche Interventionen, öffentliche Kontrollen).

Doch zurück zu dem Sammelband „Die Dritte Welt und Wir“: die ausgewählten Aspekte des umfangreichen Opus haben hoffentlich Interesse

geweckt. Zwar hätten einige Bibliografien etwas mehr Sorgfalt verdient, wo die alphabetische Reihenfolge unbeachtet blieb (S.333f. und 392f.), oder der Soziologe Norbert Elias als „Norbert, E.“ aufgeführt wird. Ein gewichtiger Mangel ist aber, daß kein Beitrag die Welthandelsabkommen (GATT) einer systematischen Betrachtung und Kritik unterzogen hat oder daß kulturelle Aspekte kaum behandelt wurden. Aber das sind nur Marginalien im Vergleich zu dem, was das Buch bietet. Letztendlich stellt der Sammelband eine sehr interessante und aktuelle Mischung theoretisch-konzeptioneller Erörterung und empirisch-analytischer Fallstudien dar. Dadurch wird die Komplexität der Thematik transparent. „Die Dritte Welt und Wir“ stellt einen äußerst wichtigen und fundierten Beitrag zur Revision bisherigen herrschenden Denkens und Handelns in der Süd-Nord-Politik dar und sei dringend zur Lektüre empfohlen.

<sup>1</sup> Loske, Rüdiger (1991): „Gewinner und Verlierer in der Weltverschmutzungsordnung. Versuch einer sozial-ökonomischen Typisierung klimarelevanter Emissionen“ in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/91, S.1486

**Vor(M)ärz, am 8. März, im April und von Mai bis Dezember...**

**DAS ultimative WEIBERLEXIKON**  
Frisch ausgeliefert!

Herausgegeben von Florence Hervé,  
Elly Steinmann und Renate Wurms

Lexikonformat, gebunden, reich illustriert  
527 Seiten, DM 49,80, ISBN 3-89438-047-0

Über jede Buchhandlung  
oder zuzüglich Versandkosten direkt bei

**PapyRossa Verlag**  
Petersbergstr. 4, 50939 Köln  
Tel. 0221/44 85 45 & 44 62 40, FAX 44 43 05

# Der algerische Islamismus –

eine Gerechtigkeitsbewegung der Modernisierungsoffer

von Sabine Kebir\*

In den hiesigen Medien herrscht ein von der Gewaltbereitschaft der Islamisten geprägtes Bild islamischer Länder und des Islam schlechthin vor. Wenn heute ein intoleranter Islam tatsächlich an Boden gewinnt, so ist damit aber nur eines von mehreren Elementen einer religiösen Kultur benannt. Denn in bestimmten Abschnitten der Geschichte hat der Islam weitaus mehr tolerante und multikulturelle Potentiale entwickelt als die zeitgenössischen christlichen Kulturen.

Daß die übergroße Mehrheit der Muslime auch heute keineswegs für Intoleranz und Gewalt steht, daß sich in vielen islamischen Ländern Demokratiebewegungen entwickelt haben, ist hier kaum bekannt. Um Verständnis und Solidarität angesichts der gegenwärtigen Vorgänge in Algerien zu entwickeln, ist es wichtig, klarzumachen, daß es sich bei der dortigen Krise um den historischen Übergang zum modernen Pluralismus handelt, der vor allem deshalb zu einer Phase der Intoleranz und Gewalt geworden ist, weil sich das Land in eine tiefe ökonomische Krise laviert hat, die insbesondere der Jugend keine Zukunftsaussichten mehr bietet. Es war vor allem die verfehlte Wirtschaftspolitik, die vielen - vor allem den arbeitenden - Algeriern in den drei Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit (1962) die Notwendigkeit partizipativer Strukturen und Institutionen deutlich gemacht hat, deren Errichtung aber gleichzeitig auch im Wege stand und steht. Ohne den Einfluß kultureller und religiöser Prädispositionen grundsätzlich zu leugnen, sind diese eher als Form, denn als eigentlicher Inhalt der Krise zu bezeichnen.

\* Sabine Kebir lebte zwischen 1977 und 1988 in Algerien und lehrte Politologie und Journalismus an der Universität Algier. Seitdem ist sie als freie Autorin in Berlin tätig. 1989 wurde sie mit ihrer Arbeit 'Antonio Gramsci Zivilgesellschaft' (VSA, Hamburg 1991) Privatdozentin in Frankfurt/Main. Kürzlich erschien ihr populärwissenschaftliches Sachbuch: Zwischen Traum und Alptraum. Algerische Erfahrungen 1977-1992, ECON, Düsseldorf 1993.

Es entstanden zwei sich immer feindlicher gegenüberstehende gesellschaftliche Lager - die Frankophonen, die die Schalthebel der Industrie und der Macht bedienten - und die Arabophonen, deren Bildungsprofil zwar der offiziellen Staatsdoktrin entsprach, die aber dadurch keineswegs ihre soziale Lage verbessern konnten.

Zweifellos ist die algerische Wirtschaftskrise durch ein falsches Industrialisierungsprogramm zum Teil hausgemacht. Für seine hohen Einnahmen aus dem Erdöllexport kaufte Algerien in den siebziger Jahren westliche Hochtechnologie. Damit sollte das Land in wenigen Jahren zum Exporteur hochwertiger Industrieprodukte werden. Theoretisch glaubte man, daß der rasche Aufbau der Schwerindustrie quasi automatisch die Entwicklung der Leichtindustrie nach sich ziehen würde. Dieser wurde durch eine restriktive Politik gegenüber den Kleinunternehmern jedoch die reale Basis entzogen. Die stark zentralisierten und vom Staat dirigierten Komplexe der Hochtechnologie boten von vornherein quantitativ viel zu wenige Arbeitsplätze, zum anderen verfügte das Land nicht über eine ausreichend qualifizierte Facharbeiterschaft. Man blieb weitgehend von ausländischen Technikern abhängig. Teilweise wurde sogar der Import von qualifizierten Arbeitskräften notwendig. Die vom Kolonialismus ererbte Arbeitslosigkeit großer Teile der algerischen Bevölkerung konnte mit diesem Konzept nicht beseitigt werden, viel-

mehr wurde damals bereits der Boden für die heutige soziale Krise vorbereitet. Ihr offener Ausbruch wurde deshalb verzögert, weil die Erdölrendite - nicht etwa ein wirklicher Produktionserfolg - eine spürbare Anhebung des Lebensniveaus aller Algerier möglich gemacht hatte. Dies bezog sich vor allem auf die Ernährung, die Kleidung und die medizinische Versorgung. Aber weder die Wohnungsnot noch die Verkehrsprobleme des Landes sind jemals einer Lösung näher gekommen. Und trotz eines gewissen allgemeinen Anstiegs des Lebensniveaus verstärkten sich die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten.

Die Entscheidung für eine Industrialisierung auf der Basis von Hochtechnologie stand in konzeptionellem Gegensatz zur Bildungspolitik. Um die durch den französischen Kolonialismus hervorgerufene kulturelle Entfremdung zu beseitigen, wurden Schule und Universität in den siebziger und achtziger Jahren weitgehend auf das Hocharabische umgestellt und das Französische nur noch als Fremdsprache gelehrt. Die an sich schon knappen, aber hochbegehrten Arbeitsplätze in der Industrie verlangten jedoch Französischkenntnisse - die nun freilich nur noch diejenigen erwerben konnten, die es in der Familie lernten. Den meisten jungen Algeriern aus einfachen Verhältnissen blieben dadurch die attraktiven Arbeitsmöglichkeiten in der Industrie versperrt. Wenn sie überhaupt Arbeit fanden, dann nur in den unteren Ebenen der Verwaltung oder in den Bildungsinstitutionen - die wiederum nichts anderes als Arbeitslose produzierten. Durch diesen flagranten Widerspruch zwischen Industrialisierungsprogramm und Bildungswesen entstanden zwei sich immer feindlicher gegenüberstehende gesellschaftliche Lager - die Frankophonen, die die Schalthebel der Industrie und der Macht bedienten - und die Arabophonen, deren Bildungsprofil zwar der offiziellen Staatsdoktrin entsprach, die aber dadurch keineswegs ihre soziale Lage verbessern konnten.

Die Ausrichtung des Bildungswesens auf das Hocharabische brachte auch eine Konzentration der Lehrinhalte religiösen und literarischen Charakters mit sich, während die Natur- und Gesellschaftswissenschaften vernachlässigt wurden. Eine besondere Problemlage entstand schließlich noch dadurch, daß das Maghrebarabische durch seine berberische Basis erhebliche Unterschiede zum Hocharabischen aufweist. Dieses ist für die Algerier fast eine Fremdsprache - was in den Bildungsinstitutionen eher traditionelle Unterrichtsformen wie das Auswendiglernen, bzw. an den Universitäten das Diktieren durch den Lehrer förderte als kreatives Denken und freie Diskussion. Auch hier sind Ursachen für die Herausbildung eines 'politischen', totalitär strukturierten Islam bei der Jugend zu sehen. Rückblickend kann gesagt sein, daß nur die Option für eine bescheidenere Form der Industrialisierung - die besser mit den Bildungsvoraussetzungen der Algerier korrespondiert hätte - und die Entscheidung für ein Bildungssystem in Maghrebarabisch und Französisch eine harmonischere Entwicklung der Gesamtgesellschaft ermöglicht hätte.

Auch die Übertechnisierung der zu Beginn der siebziger Jahre kollektivierten Landwirtschaft und das Staatshandelsmonopol erwiesen sich als Fehler der Entwicklungspolitik. Obwohl mit der Garantie von Mindestlöhnen das traditionelle Elend auf den Dörfern schlagartig verschwand, kam es zu keinem Stillstand der Landflucht: die Löhne, die in den Erdölzentren und in der Hochindustrie gezahlt wurden, lagen bis zum siebenfachen über denen, die in der Landwirtschaft erzielt werden konnten. Deren zur Kolonialzeit stattliche Erträge gingen so dramatisch zurück, daß Algerien in den siebziger Jahren immer abhängiger vom Import amerikanischen Weizens und europäischer Rohmilchprodukte wurde.

Obwohl die Kollektivierung schon zu Beginn der achtziger Jahre zurückgenommen und das Staatshandelsmonopol aufgehoben wurde, muß sich das Land heute zu zwei Dritteln von importierten Lebensmitteln ernähren. Das liegt freilich auch in der Bevölkerungsexplosion begründet, die Algerien nach der Unabhängigkeit erlebte. In den achtziger Jahren brachte jede Frau noch durchschnittlich 7,2 überlebende Kinder zur Welt. Dies war

vor allem ein Resultat des von der FLN (Front de Libération Nationale) verantworteten Verzichts auf kulturellen Wandel. Aus eigener Erfahrung kann ich bezeugen, daß diese hohe Kinderzahl aber keinesfalls den Wünschen der Frauen entsprach. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit machte es jeder Mutter klar, daß sie für ihre Altersversorgung nicht auf ihre Kinder rechnen konnte. Der heutige Kinderreichtum erklärt sich vielmehr aus dem schwierigen Zugang zu Kontrazeptiva und der - kulturell unangefochtenen - männlichen Herrschaft über das Geschlechtsleben. Dabei mangelte es Algerien nicht an Wissenschaftlern und Künstlern, die - zumeist vergeblich - um Ausdrucksmöglichkeiten kämpften, wenn sie die traditionellen Geschlechterrollen öffentlich in Frage stellen wollten.

Der 20jährige Kampf um das Familienrecht verweist auf den Widerstand, der ihm von den - illegalen - Demokratie- und Frauenbewegungen entgegengesetzt wurde.

Diese blieben übrigens zwei Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit vor allem deshalb ohne gesetzliche Grundlagen, weil ein erbitterter Kampf zwischen 'Traditionalisten' und 'Modernisten' innerhalb der FLN selbst ihre juristische Fixierung verhinderte. Im Jahre 1984 setzte der islamistische Flügel der FLN ein an der Scharia islamia ausgerichtetes Familienrecht durch, das dem Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter widerspricht und die Frau zeitlebens zum Mündel ihrer männlichen Verwandten macht. Fortschrittliche Juristen erklärten bereits damals, daß Algerien damit den ersten Schritt zum islamischen Staat getan habe. Der zwanzigjährige Kampf um das Familienrecht verweist aber auf den Widerstand, der ihm von den - illegalen - Demokratie- und Frauenbewegungen entgegengesetzt wurde.

Sowohl an der Industrialisierungspolitik als auch am algerischen Erdöl hat der Westen zweifellos profitiert, er trägt also Mitverantwortung an der jet-

zigen Krise. Die nach Houari Boumedienes Tod (1979) installierte Regierung Chadli Benjedid erkannte zu Beginn der achtziger Jahre die Notwendigkeit, die Industrie zu dezentralisieren und der Privatinitiative auch in der Produktionssphäre größeren Spielraum zu gewähren. Als Mitte der achtziger Jahre die Erdölpreise radikal fielen, fehlten jedoch die notwendigen Devisen zur Umrüstung der mittlerweile radikal verkleinerten Betriebe.

Die Halbierung der Weltmarktpreise für Erdöl seit Mitte der 80er Jahre hatte das plötzliche radikale Schrumpfen des algerischen Staatsbudgets zur Folge. Das Land, das sich - besonders gegenüber den Nachbarn Tunesien und Marokko, die keine Erdölrendite hatten - noch immer im Vorteil wähnte, geriet schnell in eine soziale Katastrophe. Sie wurde besonders deutlich am Zusammenbruch der öffentlichen Solidarsysteme wie z.B. des Gesundheitswesens. Die bislang jedem algerischen Bürger offenstehende Möglichkeit, eine im Lande selbst noch nicht kurierbare Krankheit in Frankreich behandeln zu lassen, entfiel von einem Tag zum anderen, ohne daß das eigene Gesundheitssystem noch weiterentwickelt werden konnte. Heute fehlen nicht nur Ausrüstungen, sondern auch Medikamente aller Art.

In der Situation der Stagnation und schließlich des dramatischen wirtschaftlichen Niedergangs übernahmen die Moscheen teilweise die Versorgung der Ärmsten. Sie wurden von Geldern aus Saudi-Arabien und Kuwait unterstützt - ausgerechnet von den Ländern, die im Interesse des Westens für das Aufbrechen des Preiskartells der OPEC verantwortlich waren. Um die 'ideologische' Eroberung der Moscheen lieferten sich die sunnitischen Golfstaaten und der schiitische Iran einen - von der internationalen Öffentlichkeit bislang kaum wahrgenommenen - eigenartigen Wettbewerb. Der iranische, aber auch der afghanische Schiismus konnte bei den sunnitischen Algeriern sowohl seit der iranischen Revolution - die als anti-imperialistisch verstanden wurde - als auch nach dem Golfkrieg erheblich an Terrain gewinnen. Auch von hier gingen antidemokratische und totalitäre Impulse aus.

Wenn heute in Algerien der Islamismus - d.h. der politisierte Islam - für einen großen Teil der Bevölkerung als einziger Weg zur Herstellung von



gesellschaftlicher Gerechtigkeit angesehen wird, so muß zunächst einmal gesagt werden, daß das ähnlich wie in den Ländern des Ostblocks strukturierte politische System der FLN-Herrschaft die politische Formierung jeglicher Opposition in Parteien oder auch in den Medien verhindert hat. Die Situation muß sogar als noch dramatischer als im Ostblock bezeichnet werden, weil die FLN sogar auch weitgehend auf den Bau von Kulturhäusern und Jugendclubs verzichtet hatte. Allein die Gründung religiöser Assoziationen war zugelassen. Und so konnte sich Opposition nur hinter den Mauern der Gotteshäuser artikulieren. Deren Attraktivität wuchs natürlich auch mit ihrer zunehmenden Bedeutung als Sozialzentren.

Im Oktober 1988 kam es zunächst in Algier, später auch in anderen Landesteilen zu schweren Unruhen, die zunächst von Jugendlichen ausgingen, dann aber auch von Streiks der Arbeitenden begleitet waren. In den Auseinandersetzungen mit der Armee sollten 500 Menschen ums Leben kommen.

Die Demonstrationen forderten nachdrücklich bessere Lebensperspektiven. Ihr Protest formulierte sich zunächst ausschließlich in sozialen Dimensionen. Die politische Instrumentalisierung der sozialen Unzufriedenheit gelang dem Islamismus erst später. Der Islamismus ist nicht primär als eine Bewegung gegen die Moderne zu begreifen, sondern als eine Bewegung derjenigen, die bislang von der Moderne nicht profitieren konnten. So sehr der Islamismus auch verbal an ein romantisches Bild islamischer Geschichte anzuknüpfen sucht, in der Realität verlangen noch nicht einmal seine rigorosesten Verfechter jene Wohn- und Lebensstrukturen zurück, die die alten Familien- und Stammessolidaritäten ermöglicht hatten. Auch junge Islamisten träumen heutzutage davon, eine Wohnung für eine Kleinfamilie zu beziehen und über individuelle Mobilität zu verfügen - worunter auch in Algerien der Besitz eines Autos verstanden wird.

Da das Regime 1988 nicht über die Mittel verfügte, um die Lebensbedingungen zu verbessern, versuchte die FLN die Flucht nach vorn, indem sie Demokratisierung, d.h. die Einführung eines Mehrparteiensystems und der Medienfreiheit konzipierte. In wenigen Monaten entstanden über fünfzig Parteien und unzählige Assoziationen sowie eine bis heute beeindruckende

demokratische Presse. Auch meldeten sich erstmals die vom Totalitarismus der FLN unterdrückten sprachlichen Minderheiten der Berber mit eigenen Parteien und Assoziationen zu Worte.

**Auch junge Islamisten träumen heutzutage davon, eine Wohnung für eine Kleinfamilie zu beziehen und über individuelle Mobilität zu verfügen.**

Obwohl auch in der neuen Verfassung der Islam als Staatsreligion festgeschrieben und seine politische Monopolisierung durch eine Partei untersagt ist, wurde schon wenige Monate nach der Demokratisierung die Islamische Heilsfront zugelassen, die sich in ihrem Programm selbst als „alleinigen Verweser der Werte des Islam“ in Algerien präsentierte. Geführt wurde die FIS (Front Islamique du Salut) von Madani Abassi, einem ehemaligen Funktionär des islamistischen Flügels der FLN, und von Ali Belhadj, der aus der islamistischen Jugendbewegung der achtziger Jahre hervorging. Beide erklärten die Errichtung eines auf den Prinzipien der Scharia basierenden islamischen Staates - auch Kalifat genannt - als Ziel. War Abassi durch seine FLN-Vergangenheit schon antidemokratisch geprägt, so erklärte Belhadj die Demokratie deshalb für unislamisch, weil der Begriff im Koran nicht vorkomme (in der Bibel kommt er bekanntlich ebenfalls nicht vor.)

Wenn der arbeitende Teil der algerischen Bevölkerung - aus der konkreten Erfahrung in der modernen Arbeitswelt heraus - partizipative Strukturen und Institutionen errichten will, so vertraut ein großer Teil der bislang marginalisierten Menschen noch einmal darauf, daß Personen, die behaupten, den wahren Islam zu vertreten, endlich Gerechtigkeit schaffen könnten. Strukturell setzt sich hier noch einmal das totalitäre Prinzip der Einparteiensherrschaft durch. Für die Bewohner der Wellblechsiedlungen stellt die vom Islamismus proklamierte Rückkehr zu autoritären und patriarchalen Strukturen noch keine Problematik dar. Der allgemein niedrig gebliebene Bildungsstand tut sein übriges. Die An-

hängerschaft der Heilsfront hatte nicht registriert, daß deren ökonomisches Programm mit dem der FLN praktisch identisch war: der Westen sollte kulturell bekämpft werden, aber Wirtschaftspartner bleiben.

Paradoxerweise kam es in der Phase der Demokratisierung zunächst zum spektakulären Anstieg der Gewalt gegen Frauen, die in den Augen der Islamisten nicht den Anforderungen islamischer Lebensweise entsprachen. 1989/90 wurden in verschiedenen Landesteilen immer wieder Brandanschläge gegen Frauen gemeldet. Diese Gewalt gegen Frauen wurde zwar durch den nun offiziellierten islamistischen Diskurs angeheizt. Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß auch der Frauenhaß bei den jugendlichen Akteuren letztlich nicht auf diesbezügliche Koranverse zurückgeführt werden kann. Jene alltägliche Gewalt, die die islamistischen Jugendlichen gegen die von ihren Führern deklarierten 'Hauptfeinde Kommunismus, Kapitalismus und Zionismus' nicht einsetzen können, wendet sich vor allem deshalb gegen die Frauen, weil sie als Konkurrentinnen der Männer auf dem Arbeitsmarkt erscheinen. Und das, obwohl in Algerien nur jede 100. Frau einen Erwerbsarbeitsplatz 'besetzt'. Für arbeitslose Jugendliche - und von diesem Schicksal sind seit Jahren mehr als zwei Drittel betroffen - gibt es keine Aussicht auf Wohnung und Eheschließung. Weil es auch keine billige Prostitution gibt, bleiben die Frauen für viele unerreichbar. Daher stellt die unverschleierte Frau in der Öffentlichkeit tatsächlich eine Herausforderung für diesen großen Teil der Jugendlichen dar. Sexuelle Frustration schlägt bekanntlich leicht in Haß und Gewalt um.

Die Heilsfront gewann 1990 mit überwältigender Mehrheit die ersten freien Kommunalwahlen und Ende 1991 auch die Parlamentswahlen, während die demokratischen Parteien eine zu starke Zersplitterung aufwiesen. Dies ist freilich kein Wunder - weil sie sich während der Einparteiensherrschaft nicht in der Öffentlichkeit artikulieren, geschweige denn organisieren durften, während die Islamisten sich relativ frei in den Moscheen organisieren und um Anhängerschaft werben konnten. Die FLN gelangte in den Wahlen nur in die dritte Position, in zweiter Position lag die besonders in der Kabylei verwurzelte sozialdemokratisch orientierte

FFS (Front de Forces Socialistes), die mittlerweile Mitglied der Sozialistischen Internationale ist. Sie tritt für die Anerkennung der Berbersprachen, die konsequente Gleichberechtigung der Geschlechter und eine gemischte Wirtschaftsform ein.

**Islamistische Gewalt und die Gewalt des Staates in Form von Razzien und zahlreichen Todesurteilen sind zu einer Terrorschneise geworden, deren Ende nicht absehbar ist.**

Obwohl die Anzahl der Stimmen für die Heilsfront im Vergleich zur Kommunalwahl von 4 auf 3 Millionen gesunken war, schien ihr die absolute Mehrheit im zweiten Wahlgang sicher. Die in der Vergangenheit engstens mit dem FLN-Regime verbundene - Armee verhängte wenige Tage vor diesem zweiten Wahlgang den Ausnahmezustand. Zunächst setzte die 'demokratische' Fraktion der Armee den aus dem Exil zurückgekehrten integeren Politiker Mohamed Boudiaf ein. Er verbot die Heilsfront, ließ aber zugleich keinen Zweifel offen, daß er auch die FLN entmachten wollte und bereitete Prozesse gegen ihre korrupten Führungskader vor. Dies war möglicherweise die Ursache seiner - offiziell bis heute ungeklärten - Ermordung im Juli 1991. Danach übernahmen - im Auftrage des anderen Armeeflügels - altgediente FLN-Kader die Führung der Regierung.

Da die Islamisten sich nur widerstrebend der Wahl gestellt hatten - für Ali Belhadj war der Wahlvorgang selbst auch unislamisch - und nie einen Zweifel daran gelassen hatten, daß sie die Macht mit jedem Mittel erringen wollten, stellte die Organisation einer islamistischen Guerilla eigentlich keine Überraschung dar, nachdem die Partei verboten war. Der Konflikt weitete sich nur deshalb nicht sofort zum Flächenbrand aus, weil es keine ausländischen Mächte gab, die daran interessiert waren. Seit dem Golfkrieg erhalten die Islamisten keine Zuwendungen mehr aus dieser Region, dafür sind die Beziehungen zum Iran stärker geworden. Die direkten Nachbarn Marokko und Tunesien

wünschen dagegen keine Errichtung eines Kalifats in Algerien.

Obwohl die islamistische Guerilla also weitgehend auf ihre eigenen Kräfte angewiesen zu sein scheint, ist es ihr gelungen, das Land zu 'libanisieren'. Islamistische Gewalt und die Gewalt des Staates in Form von Razzien und zahlreichen Todesurteilen sind zu einer Terrorschneise geworden, deren Ende nicht absehbar ist. Während 1991 und 1992 von den Islamisten vor allem Armeeangehörige, Polizisten, Gendarmen und deren Familienangehörige - darunter auch Kinder - getötet wurden, sind seit dem Frühjahr dieses Jahres auch zahlreiche Attentate auf demokratisch engagierte Intellektuelle - Künstler, Journalisten, Gewerkschafter und Ärzte - verübt worden, die teilweise schon jahrzehntelang für die Demokratisierung gekämpft hatten. Wie auch im Fall Boudiaf sind die Hintergründe dieser Morde nicht eindeutig geklärt: teilweise werden die Islamisten, teilweise der traditionelle, selbst zum Islamismus neigende Flügel der FLN als verantwortlich angesehen. Sowohl für die Toten als auch für die unter entsetzlicher Bedrohung lebende demokratische Öffentlichkeit ist die Frage wenig relevant, welche islamistischen Kräfte konkret hinter den Attentaten stehen. Deutlich ist, daß es sich um einen großangelegten Versuch handelt, noch einmal die Stimme der Kultur und des öffentlichen Dialogs zu ersticken - den insbesondere die Presse bis heute aufrecht erhält. Wie sehr diese demokratische Presse eingezwängt ist zwischen dem neuen Islamismus und dem alten, verkappten Islamismus der Relikte der FLN-Herrschaft, zeigt das Beispiel des Chefredakteurs von 'El Watan', Belhouchet, der im Frühjahr nur um Haarsbreite einem islamistischen Attentat entging und nun wegen einer journalistischen Unbotmäßigkeit von der offiziellen Justiz zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Im Sommer dieses Jahres trat der Kampf der islamistischen Guerilla in eine neue Phase ein: zunächst wurden großangelegte Akte der Wirtschaftssabotage verübt - mehrere Betriebe brannten nieder. Im August schließlich wurden mehrere ausländische Wirtschaftskooperanten entführt und ermordet - und das, obwohl sich Ausländer in Algerien bislang durchaus der Freundschaft der Bevölkerung sicher sein konnten. Erklärtes Ziel der islamisti-

schen Guerilla ist es, die Ausreise aller Ausländer zu erzwingen, womit die auf Kooperation angewiesene algerische Wirtschaft empfindlich getroffen würde. Die Tötung bzw. Entführung von Ausländern soll die Regierung offensichtlich unter internationalen Druck setzen und schließlich zur Machtübergabe an die Wahlsieger von 1991 bewegen. Freilich ist unklar, ob die illegale FIS die Guerilla überhaupt kontrolliert, ob hier nicht noch radikalere Kräfte die Oberhand gewonnen haben.

**Eine Lösung der immer weiter eskalierenden Probleme könnte nur auf der Grundlage wirtschaftlicher Erholung zustandekommen.**

Aus diesem Grunde kam es auch zu keinem Erfolg der Ende Januar 1994 einberufenen nationalen Versöhnungskonferenz. Die Guerilla bedrohte verhandlungsbereite Islamisten mit dem Tode. Die meisten demokratischen Parteien blieben der Konferenz ebenfalls fern, weil sie von ihr nur einen antidemokratischen Kompromiß zwischen Militär und Islamisten erwarteten. Die Konferenz nicht wenigstens als Plattform zur Darlegung eigener Perspektiven genutzt zu haben, scheint mir aber ein Fehler insbesondere der FFS gewesen zu sein.

Eine Lösung der immer weiter eskalierenden Probleme könnte nur auf der Grundlage wirtschaftlicher Erholung zustandekommen, mit der Überwindung des unerträglichen Gegensatzes zwischen Arbeitenden und Nichtarbeitenden. Es ist falsch, die ersteren en bloc als 'Privilegierte' aufzufassen: der Lebensstandard der allermeisten Arbeitenden liegt weit unter dem mittleren Lebensniveau von Europäern und Amerikanern. Gerechtigkeit kann nicht geschaffen werden, indem ihnen noch etwas weggenommen wird. Mittelfristig könnte Algerien-wievielen anderen Ländern auch - nur die Entschuldung und eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung helfen. Darüber hinaus ist eine erfolgreiche Rekonstruktion der Wirtschaft und des Sozialsystems nur mit partizipativen Organisationsformen der Bürger denkbar.

# "Während der Häutung ist die Schlange blind"

Frankreichs Linke im Umbruch

von Malte Martin\*

Dieser Satz von Ernst Jünger, den Anicet LePors, ehemaliger Minister unter Mauroy 1981 und PCF-Dissident, als Titel seines aktuellen Buches gewählt hat, beschreibt sehr treffend die Situation der politischen Linken in Frankreich. Alle ihre politischen Formationen befinden sich in einer Umbruchphase und die "Trauerarbeit" nach den März-Wahlen 1993, in denen die Wähler die alte politische Linke zu Grabe getragen haben, ist noch nicht beendet.

Die sozialistische Partei hat die Zerreißprobe des Führungswechsels nach der Wahl überstanden und die neue Mehrheit von Rocard, der Strömung der Freunde Jospins und der Gauche Socialiste hat sich stabilisieren können. Auf dem außerordentlichen Parteitag im Sommer 1993 hat die Parteibasis die Rednerpulte im Sturm erobert. Ein Wind erfrischender Selbstkritik wehte durch das Kongreßgebäude und die Vertreter der ehemaligen Regierungskreise der PS waren so gut wie unsichtbar. Der Wille zum politischen Neuaufbau kam zum Ausdruck. Der reguläre Parteitag im Herbst lief dann schon etwas traditioneller ab, ganz so als ob das neue Führungsteam Angst vor der eigenen Courage bekommen hätte.

Die PCF hat inzwischen das Kunststück fertiggebracht, endlich die Wachablösung Marchais zu vollziehen, ohne sich grundlegend zu erneuern. Sein Schatten verdunkelte selbst die Entscheidungen des Wandels. So wurde der (un-) demokratische Zentralismus über Bord geworfen, nicht etwa nach einer kollektiven Entscheidung des ZK, sondern nach einer "persönlichen" Stellungnahme von Marchais. Und so war es auch Marchais und nicht die Parteinstanzen, der seinen eigenen Nachfolger designiert hat. Robert Hue, der neue Bundesvorsitzende, war bisher eine graue Parteimaus. Er wird nie mehr die Legitimität seines Vorgängers haben. Die Enttäuschung sehr vieler KP-An-

hänger nach dem 28. Kongreß im Januar war groß. Aber der aufreizend langsame Rythmus der Häutung der französischen KP heißt nicht, daß der Prozeß abgeschlossen ist.

## Eine mächtige soziale Bewegung...

Man könnte glauben, daß Balladur in dieser Situation unangetastet bleiben würde. Bis Anfang 94 nährte sein Höhenflug in den Meinungsumfragen - sogar das Gerücht, er könnte die Präsidentschaftskandidatur anstelle seines Parteivorsitzenden Chirac anstreben. Aber die sozialen Realitäten sind letztendlich hartnäckiger als Umfrageinstitute. Im Herbst 1993 wird ein Entlassungsplan bei der staatlichen Fluggesellschaft "Air France" angekündigt. Eine Streikbewegung entfaltet sich wie ein Lauffeuer in der Belegschaft. Balladur zieht den Plan zurück. Noch beherrscht er sein Szenario: in einem geschickten Schachzug ersetzt er die alte Direktion durch M. Blanc, einen Freund Rocard, der nun die Gesellschaft sanieren soll...

Doch seine Abgeordneten und Minister werden ungeduldig. Ein Gesetz, das die öffentlichen Gelder für die katholischen Privatschulen noch weiter erhöhen will, bringt das Faß zum Überlaufen. Am 16. Januar fordern eine Million Menschen die Rücknahme des Gesetzes und mehr Mittel für die öffentlichen Schulen in der größten Demonstration der letzten 10 Jahre.

Wie ist dies zu erklären, nur acht Monate nach dem linken Wahldebakel von März 1993? Die Rechte in Frankreich hat ihren Wahlsieg nicht durch die Attraktivität ihres Programmes errungen, sondern durch das Versagen der Linken, vor allem ihrer negativen sozialen Bilanz (vgl. den Artikel von Malte Martin in spw 72). Diese Protestwelle zeigt auch, daß die Vitalität und Kampfkraft der sozialen Bewegungen seit über 10 Jahren durch die Regierungsdiziplin gefesselt war, aber - wenn auch angeschlagen - intakt geblieben ist.

Die darüber hinausgehende gesellschaftliche Bedeutung dieser Bewegung hat M. Colombani, Chefredakteur von "Le Monde", in einem Leitartikel am 17. Januar zusammengefaßt. Für ihn ist dies der Ausdruck der zu Ende gehenden Periode der Reaganomics, die die 80ziger Jahre bis heute dominiert haben. Die Förderung der Privatschulen als Symbol des Individualismus und Wirtschaftsliberalismus war in Frankreich von 1984 zugleich das Symbol der Akzeptanz dieser Konzeptionen durch die damalige PS-Regierung. Die Verteidigung des öffentlichen Bildungssystems, als Symbol der verloren geglaubten Werte der Solidarität und der Verantwortung des Staates in der Krise, ist eine der tiefen Grundmotivationen dieser Protestwelle, die heute eine gesellschaftliche Gruppe nach der anderen erreicht.

## ...ohne politischen Ausdruck

Dabei haben die Demonstranten nicht die vorangegangene Politik "ihrer" Regierung vergessen. Viele Transparente forderten zugleich die Rücknahme der neuen und alten Gesetze zur Finanzierung der katholischen Privatschulen, die zum Beispiel Lang als sozialistischer Kultusminister erlassen hatte. Es besteht also heute noch eine tiefe Kluft zwischen den mächtigen sozialen Protestbewegungen und vor allem der sozialistischen Partei, die erklärt, warum diese Tendenz sich vorläufig nur beschränkt auf Wahl-ebene ausdrücken kann (Nachwahl eines sozialistischen Abgeordneten in Paris, aber bei 70% (!) Wahlenthaltung).

## und die alternative Linke...

Dieses tiefe Mißtrauen zwischen den Akteuren der sozialen Bewegungen und ihrer politischen Repräsentation lastet aber auch auf allen anderen Formationen der Linken einschließlich der Grünen. Nur auf gewerkschaftlicher

Ebene hat die Neustrukturierung des progressiven Lagers und das Aufstreben der sozialen Bewegungen einen ersten Ausdruck finden können. So ist der neue Verband der Lehrer-gewerkschaften FSU nach seinem Ausschluß aus der traditionellen FEN bei den Gewerkschaftswahlen zum weitaus stärksten Verband geworden. Die Wahlen waren ein regelrechter Strafzettel für die alte Gewerkschaftsführung, die das Symbol der Stillhaltepolitik unter der ihr nahestehende PS-Regierung war, und das klare Mandat an den neuen Verband, eine offensive Interessenvertretung zu betreiben.

## ...ohne Zentrum.

Aber auf politischer Ebene konnte keiner der drei Hauptkomponenten der alternativen Linken bisher zu einem solchen Pol werden. Die Mouvement des Citoyens von Jean-Pierre Chevènement hat mit ihrem Gründungskongreß den Schritt von der ehemaligen PS-Strömung zur autonomen politischen Formation vollzogen, ohne sich dabei mit anderen Elementen der kritischen Linken verbinden zu können.

Die Grünen sind nach dem gescheiterten Durchbruch bei den Märzahlen in eine Periode andauernder innerparteilicher Kämpfe eingetreten. Dieser Klärungsprozeß führte zwar zu einem faktischen Führungswechsel von Waechter zu Voynet und damit erstmals zu einer klareren Positionierung der Grünen im progressiven Lager (bisher galt das Postulat 'weder rechts noch links'). Aber die neue Mehrheit ist noch zu zerbrechlich, um eine gemeinsame Liste mit den anderen Formationen der alternativen Linken zu wagen und damit Waechter den Vorwand zu liefern, mit den Resten von Lalondes 'Generation Ecologie' einen konkurrierenden Ökopol formen zu können.

"Refondations", die Gruppierung der Reformkommunisten um Charles Fiterman, hat den Vorschlag gemacht, eine gemeinsame Liste zu bilden auf der Basis eines programatischen Textes, der ausgehend vom gemeinsamen Engagement für ein linkes Nein zu Maastricht die Perspektive einer "neuen Europäischen Union" skizziert. Die Liste würde sich aus einem Viertel Grünen, einem Viertel Reformkommunisten, einem Viertel PS-Dissidenten, d. h. Mouvement des Citoyens, und einem Viertel Persönlichkeiten der anderen politischen

Strömungen und Vertreter der sozialen Bewegungen bestehen. Auf dem Papier sind alle für eine gemeinsame Liste, aber trotz der einheitlichen Ablehnung der Maastrichter Logik gibt es grundlegende inhaltliche Differenzen. Die Grünen und die Freunde Fitermans fürchten eine von Chevènement dominierte Europawahlkampagne, die den Akzent auf das Nein zu Maastricht und zur Europäischen Union setzt. Gegen diese zu nationale Antwort auf die verfehlte Europapolitik wollen sie die Betonung auf das Engagement für ein anderes, soziales Europa legen.

Die Verhandlungen um diese Liste sind also momentan an einem toten Punkt angelangt, eingezwängt zwischen dem Willen der verschiedenen neuen Strömungen, ihre eigene politische Identität zu behaupten, und der pragmatischen Notwendigkeit, ihr politisches Überleben zu sichern. Denn mit Ergebnissen unter 4% würde der dritte Weg sich zu einem Trampelpfad verengen.

## Konferenzen für den sozialen Umbau

Zur gleichen Zeit hat die PS die Initiative ergriffen, die gesamte politische Linke zu einer Serie von Konferenzen einzuladen, die die inhaltliche Erneuerung des progressiven Lagers definieren sollen (Assises pour la transformation sociale). Die Veranstaltung, die zu Anfang den Beigeschmack eines etwas sterilen Gipfeltreffens der Linken hatte, mußte durch die Demonstration des 16. Januar den Hoffnungen einer realen sozialen Bewegung antworten. Außer dem Mouvement des Citoyens war die gesamte politische Linke einschließlich aller KP-Strömungen und der progressive Flügel der Grünen anwesend, wichtige Gewerkschafter und Vertreter der demokratischen Vereinigungen.

## Der Horizont der Präsidentschaftswahlen

Noch ist keine politische Achse ersichtlich, die eine gemeinsame Dynamik am Horizont des Präsidentschaftswahlen von 1995 erkennen läßt. Aber die politischen Eckdaten verschieben sich im Prinzip zugunsten einer Bewegung nach links - ebenso wie in einer Reihe anderer europäischer Länder. Die politische Rechte in Frankreich könnte sich wieder mal um ihren Kandidaten spalten. Balladur hat nach der Protest-

welle von Januar auf Februar fast 10 Prozentpunkte verloren. Reaganomics und liberale Revolution haben ihre Anziehungskraft verloren.

Aber sind die Parteien der politischen Linken in Europa schon fähig den Bruch mit dem Wirtschaftsliberalismus zu vollziehen und Träger eines neuen sozialen Projekts zu sein? Ist der politische Mut vorhanden, sich wieder auf die Vitalität sozialer Bewegungen zu stützen und nicht nur darauf zu surfen? Bewegungen, die im Bruch mit den schmerzlichen Regierungserfahrungen der Dekade des triumphierenden Wirtschaftsliberalismus stehen, die zumindest in Frankreich auch mit der Ära der sozialdemokratischen Regierungen identifiziert werden.

Ein Teil der Rechten um Pasqua und auch Chirac hat dies verstanden und versucht Abschied zu nehmen von der Vergötterung des Monetarismus. Es wäre ein schlechter Witz, wenn nur noch die Enkel der europäischen Sozialdemokratien diese Tendenzwende nicht wahrnehmen oder als "archaisches" Festhalten am Wohlfahrtsstaat ablehnen und weiterhin versuchen würden, die Konzepte der japanischen oder amerikanischen Managementsschulen auf "links" zu übersetzen, "lean production" und "weniger Staat" zu predigen. Die Erfahrungen der Menschen in West- und nun auch in Osteuropa, daß gerade in Krisenzeiten nur die Reichen sich einen schwachen Staat erlauben können, wertet die Tradition des Sozialstaats wieder auf. Die europäische Sozialdemokratie könnte wieder zu einem offensiven Pol eines gesellschaftlichen Projekts werden, das den Anspruch hat, die Elemente der europäischen Sozialstaaten - Sozialgesetzgebung, öffentliche Dienste, Eingriffe der öffentlichen Hand in die Marktmechanismen zum Schutz sozialer und ökologischer Interessen, öffentliches Bildungs- und Gesundheitssystem - auf ein kontinentales Niveau zu heben.

Für die französische Linke bleibt nicht viel Zeit. Die Europawahlen werden eine erste Vorentscheidung über ihre Fähigkeit sein, wieder Hoffnungsträger für 1995 zu werden. Dies wird auch von der Entwicklung in den anderen europäischen Ländern, im besonderen vom deutschen Wahljahr '94 und von Italien, abhängen. Eine Konferenz für den sozialen Umbau Europas könnte damit vielleicht auf der Tagesordnung stehen.

\* Malte Martin, Redakteur der Zeitschrift "démocratique"



Anlässlich des 75. Jahrestags der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg führte die spw zusammen mit den Jusos eine Veranstaltung am 15.01.1994 in Berlin durch, auf der Prof. Annelies Laschitzka und Prof. Oskar Negt, die sich mehrere Jahrzehnte in „östlichen“ und „westlichen“ Kontext vor allem mit Rosa Luxemburg beschäftigt hatten, vor etwa 100 TeilnehmerInnen referierten. Wir dokumentieren einen Text von Annelies Laschitzka, der Kernaussagen ihres Referats absteckt, und haben Oskar Negt um einen Beitrag in einer der kommenden Ausgaben gebeten. Doch zunächst drucken wir die - wie wir meinen - bemerkenswerte Begrüßung, die Monika Buttgerit als stellvertretende Landesvorsitzende im Namen der Berliner SPD auf der Veranstaltung gesprochen hat. Die spw-Redaktion

## Zum 75. Todestag von Rosa und Karl

von Monika Buttgerit\*

Vor 75 Jahren verlor die sozialistische Bewegung in Deutschland zwei herausragende politische Persönlichkeiten. Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht war das letzte Mittel, zu dem die Reste der kaiserlichen Soldateska griffen, um ihre Macht zu restaurieren und die verhasste Linke zu treffen. Es war auch der Beginn einer langen Reihe von politischen Morden, mit denen die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland mundtot gemacht werden sollten.

Die SPD hatte Karl und Rosa schon vorher verloren. Die Trennung von der SPD war die Konsequenz unüberbrückbarer Differenzen über den einzuschlagenden politischen Weg der deutschen Sozialdemokratie, sowohl in theoretischen als auch in praktischen Fragen. Es waren noch Zeiten, in denen in der SPD über theoretische Probleme auf hohem Niveau gestritten wurde. Zeiten, an die wir uns gerade heute erinnern sollten!

Sind die Fragestellungen der damaligen Zeit, ist die Revisionismusdebatte für die heutige Zeit nur noch von historischem Interesse?

Wie lautete eine Frage von Rosa Luxemburg in ihrer Schrift 'Sozialreform oder Revolution': „Entweder hat der Revisionismus in Bezug auf den Gang der kapitalistischen Entwicklung recht, dann verwandelt sich die sozialistische Umgestaltung in eine Utopie, oder Sozialismus ist keine Utopie, dann muß aber die Theorie der 'Anpassungsmittel' nicht stichhaltig sein. Das ist die Frage.“ Diese Sätze wurden vor knapp 100 Jahren (1898 in der Leipziger Volkszeitung) geschrieben. Wer kann die damalige Frage heute abschließend beantworten?

Zwei Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise von 1929, die Nazi-Diktatur, Hunger und Elend in unvorstellbarem Ausmaß in der sog. 3. Welt; der

Kapitalismus von damals hat sich gewandelt. Die Suche nach Alternativen bleibt dennoch bis heute moralisch wie ökonomisch gerechtfertigt und notwendig.

Die „Westdeutschen“, in bekannter Siegerstellung, haben das Bewußtsein, in der Konkurrenz der Systeme gesiegt zu haben. Sollten sie nicht heute, angesichts der ökonomischen Entwicklung auch in unserem Land, Zweifel bekommen? Reift nicht gerade jetzt weltweit eine kapitalistische Krise heran, deren Tragweite noch gar nicht absehbar ist? Wäre es nicht gerade heute nötig, eine theoretische Diskussion in der SPD wiederzubeleben, um dem sich Pragmatismus nennenden, häufig ziellosen Dahintreiben sozialdemokratischer Politik zu begegnen?

Wenn in diesem Land Grundgesetze mit Zustimmung der Sozialdemokratie geändert werden können, ist es Zeit für eine linke Offensive zur Wahrung der Grundwerte sozialdemokratischer Politik.

Die Rosa-Zitate von der Freiheit der politisch Andersdenkenden dienten im Westen jahrelang dazu, dem real existierenden Sozialismus seine Deformationen nachzuweisen. So kam Rosa im Westen sogar noch auf eine Briefmarke der Deutschen Bundespost. Heute scheint sie als Namensgeberin für eine Straße bei manchen Zeitgenossen in diesem Land nicht mehr tragbar zu sein. Jedenfalls steht sie - ebenso wie Clara Zetkin - auf einer Straßenumbenennungsliste des Berliner Verkehrsnetzes.

Und wie steht es mit jenen, die in dem untergegangenen Realsozialismus, wenn es denn einer war, Rosa unter die Schablone Lenins legten und entsprechend zurechtschnitten? War Rosas Kritik an den russischen Sozialdemokraten und später an den Bolschewiki nicht unter dem heutigen Blickwinkel von beeindruckender Weitsicht? Angesichts der Misere der sozialistischen Erbschaft aus den „Errungen-

schaften“ des 1. Deutschen Arbeiter- und Bauernstaates, wie er sich nannte, gewinnt das theoretische Erbe von Rosa Luxemburg ein anderes Gewicht. Ich glaube, man muß daran noch viel arbeiten.

Und nun zu Karl Liebknecht. Warum, frage ich mich, wird immer die berühmte Rede von Otto Wels im Deutschen Reichstag angesichts der tobenenden Nazis als einziges Beispiel wirklichen persönlichen Mutes angeführt, wenn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf der Suche nach moralischen Vorbildern in ihrer Geschichte sind? Ist nicht jenes Nein von Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 zu den Kriegskrediten, jene unvorstellbare Einsamkeit inmitten einer deutschnational besoffenen Reichstagsmeute und einer schweigenden, in sich zerrissenen SPD-Fraktion, eine der Sternstunden der Linken gewesen, an die zu erinnern auch in der SPD Anlaß bestünde? Wäre nicht hierfür, um den Mut jener einzigen Friedensstimme des Deutschen Reichstags im Jahre 1914 zu ehren, ein Gedenkschild am Reichstag angemessen?

Als Soziedademokratin weiß ich um das schwierige Verhältnis meiner Partei zu Rosa und Karl. Wer hier aber nur das Trennende betont, wozu mancher in meiner Partei neigt, der sei daran erinnert, daß auch Willy Brandt einmal die SPD verließ. Ich will diese Veranstaltung über Rosa und Karl zum Anlaß nehmen, meine Genossinnen und Genossen aufzufordern, wachsam zu sein, damit die deutsche Sozialdemokratie in den kritischen Situationen der Zukunft aus ihren Fehlern von 1914 und 1933 lerne. Kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Wurzeln tut not. Dazu gehören Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ebenso wie Clara Zetkin, Karl Marx und Friedrich Engels. Eine offensive Auseinandersetzung mit unserem geschichtlichen Erbe ist erforderlich. Am besten fangen wir gleich heute damit an.

\* Monika Buttgerit, stellv. Landesvorsitzende der SPD Berlin

## Zum Platz der Massen im Demokratieverständnis Rosa Luxemburgs

von Annelies Laschitzka\*

Über Rosa Luxemburgs Verhältnis zu den Massen ist schon viel geschrieben und gestritten worden. In den meisten Fällen geschah dies unter den Stichworten Massenstreik und Spontanitätstheorie. An Einseitigkeiten oder Fehlinterpretationen ihrer Texte fehlte es dabei nicht.

Zu besonderer Kritik fordert die von Lenin herrührende und unter Stalins Einfluß dogmatisierte Verurteilung von Rosa Luxemburgs sogenannter Spontanitätstheorie heraus. Sie diene vorrangig der theoretischen und historischen Legitimierung des Führungs- und Machtanspruchs der Partei neuen Typs, über die behauptet wurde, daß sie allein in der Lage sei, Gesetzmäßigkeiten über die Entwicklung der Gesellschaft zu erkennen und mit Hilfe der Massen im Klassenkampf durchzusetzen. Unter Verbundenheit mit den Massen wurde in der kommunistischen Bewegung und in den sozialistischen Ländern im Laufe der Zeit immer ausschließlicher und dirigistischer die Organisation der Erziehung und die Lenkung der Massen verstanden und praktiziert. Der Eigenständigkeit von Erkenntnisvorgängen und Handlungsweisen unterschiedlicher Menschengruppen oder Massenbewegungen wurde geringe Aufmerksamkeit gewidmet oder mit notorischer Skepsis begegnet. Die Partei erdachte, was die Massen denken sollten. Sie ernannte sich zum Fürsprecher der Massen. In dieser Hinsicht stimmte sie mit Rosa Luxemburg schon überein, denn Rosa Luxemburg setzte sich fortwährend dafür ein, daß die proletarischen Parteien die Massen aufklären, orientieren und zum Kampf um ihre Emanzipation befähigen.

Die marxistisch-leninistische Partei-, Staats- und Revolutionstheorie

\* Prof. Dr. sc. Annelies Laschitzka, Berlin. Es handelt sich bei dem Text um Auszüge aus einem Vortrag auf dem 1. Stiftungsfest des „Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig“ am 28.03.92, veröffentlicht in den Mitteilungen dieses Vereins. Für Zwischenüberschriften ist die spw-Redaktion verantwortlich.

aber ließ keinen Raum für widerspruchsvolle Ansichten einer Rosa Luxemburg über die Rolle elementarer bzw. spontaner Ausbrüche des Volkswillens und die Unmöglichkeit, Massenstreiks oder revolutionäre Volkserhebungen unabhängig von objektiven Gegebenheiten willkürlich zu erzeugen oder gar generalstabsmäßig zu leiten. Rosa Luxemburgs Werke wurden mit der Elle des Leninismus gemessen. Am deutlichsten bezeugt das der distanziertere Umgang mit ihren Arbeiten „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ von 1904 und „Zur russischen Revolution“ von 1918.

### Das „Massen-Ich der Arbeiterklasse“ als Subjekt der Geschichte

Rosa Luxemburgs Aufsatz „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ erfuhr auch in den Arbeiten von mir und Günter Radczun keine vollwertige Beachtung. Er wurde einseitig aus den Blickwinkel der Leninischen Replik behandelt. Dabei hatten bereits Paul Frölich, Ossip K. Flechtheim, Iring Fetscher, J. P. Nettl und andere Luxemburgkenner auf den originellen Wert dieser Arbeiten aufmerksam gemacht. Immerhin ging es Rosa Luxemburg in ihrer Polemik mit Lenin darum, bei der russischen Parteigründung volkstümliche, blanquistische und terroristische Tendenzen und Neigungen zu überwinden. Von Anfang an sollte Kurs genommen werden auf die Entwicklung von Massenagitation und Massenorganisationen. (WERKE. Bd. 1/2. S. 433) Eine solche entschiedene Orientierung auf den Massencharakter der Partei einzubringen, sah sie sich aus der Kombination von Erfahrungen der europäischen Arbeiterbewegung veranlaßt. Denn Lenins Plan lief nach ihrer Ansicht zu sehr darauf hinaus, eine besonders straff organisierte, streng zentralisierte und diszipli-

nierte, eine in sich abgeschlossene Partei einer kleinen Elite von Berufsrevolutionären zu schaffen. Demgegenüber betonte Rosa Luxemburg, daß sich die Partei, wolle sie keine Sekte werden, sondern eine wirkliche Massenorganisation, auf die „selbständige direkte Aktion der Masse“ (WERKE. Bd. 1/2. S. 427) konzentrieren müsse. Zwischen Partei und Masse dürfe keine Scheidewand aufgerichtet werden. Eine blinde Unterordnung unter eine Zentralgewalt, die allein für alle denkt und handelt, dürfe es nicht geben. Man hüte sich vor einem „Verschwörer Komitee im Namen eines nichtexistierenden ‚Volkswillens‘“ (WERKE. Bd. 1/2. S. 443), schrieb Rosa Luxemburg. Vielmehr müsse nach einer wirkungsvollen Verbindung zentraler, koordinativer und autonomer Prinzipien bei der Entwicklung von selbständiger Willensbildung und Tätigkeit gleichgesinnter, aufgeklärter und urteilsfähiger Menschen gesucht werden. Statt über ein ausgeklügeltes Statut Disziplin verordnen und Einmütigkeit erzwingen zu wollen, gelte es für streitbare demokratische Meinungsbildung und freiwillige Selbstdisziplin zu sorgen. Gestaltendes Subjekt der Geschichte könne und dürfe nicht ein allmächtiges Zentralkomitee, sondern einzig und allein das „Massen-Ich der Arbeiterklasse“ (ebenda. S. 444) sein.

Das Thema „Massen im Demokratieverständnis“ Rosa Luxemburgs dürfte also mindestens aus drei Gründen von Interesse sein: Erstens um einseitige Betrachtungen über die Auffassungen Rosa Luxemburgs überwinden zu helfen. Das ist vor allem durch kritische Auseinandersetzung mit der Leninischen Polemik gegen sie und mit der Verzerrung des Luxemburgschen Erbes durch Kampf gegen den „Luxemburgismus“ während der Bolschewisierungprozesse in der kommunistischen Bewegung möglich, aber auch mit Verzeichnungen, die es in nicht-marxistischer Literatur gab und gibt.

Zweitens sind hinsichtlich des Reagierens und der Beeinflussbarkeit der Massen in letzter Zeit sowohl in den ehemaligen sozialistischen Ländern als auch in den weltweiten Bewegungen für Frieden, Abrüstung, Umweltschutz, für Gleichstellung der Geschlechter und Rassen und für den Schutz der Menschenrechte viele neue Fragen aufgekomen, für deren Beantwortung Rosa Luxemburgs Überlegungen und Erfahrungen anregend sein dürften.

Drittens geht es darum, die Analyse der Luxemburgischen Auffassungen vom Gegenstand her sachlich um Gesichtspunkte zu erweitern und praxisbezogen zu problematisieren.

Statt über ein ausgeklügeltes Statut Disziplin verordnen und Einmütigkeit erzwingen zu wollen, gelte es für streitbare demokratische Meinungsbildung und freiwillige Selbstdisziplin zu sorgen.

Nach Rosa Luxemburg bedurfte es für Revolutionäre und Parteien der Arbeiterklasse, wie sie diese verstand, unbedingt des Vertrauens und der Verbindung zu den Massen. Nur so könne der Pulsschlag des Lebens erfüllt und beeinflusst werden.

Rosa Luxemburgs Ziel war eine voll entfaltete Demokratie als eine echte Volksherrschaft, ohne die es keinen Sozialismus geben könne. Bereits während des ersten Versuchs in Rußland 1917/1918 mußte sie jedoch beobachten, daß es sich bei der Errichtung einer solchen Demokratie, die die Massen begeistern, ihre Initiativen fördern und sie befähigen soll, eine neue, die sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen, um die schwierigste Aufgabe in der bisherigen Weltgeschichte handelt. Für sie gäbe es kein Vorbild in der Geschichte und kein Rezept in der Tasche und viele nicht voraussehbare Schwierigkeiten. Um so wichtiger sei es daher, warnte Rosa Luxemburg, unter keinen Umständen durch Fehlentscheidungen oder diktatorische Maßnahmen den Blutkreislauf der sozialistischen

Demokratie mit den Volksmassen zu beeinträchtigen oder gar zu unterbrechen.

Grundlagen und Prinzipien sozialistischer Demokratie waren jedoch erst gegen Ende von Rosa Luxemburgs Leben ein zentraler Bezugspunkt ihrer Überlegungen. In ihrem Demokratieverständnis ging sie bekanntlich von einer grundsätzlichen Unterscheidung zwischen sozialistischer und bürgerlicher Demokratie aus. Im größeren Teil ihres Lebens ging es ihr stets die sozialistische Demokratie als Ziel im Visier - um die Erringung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse und Freiheiten. An diesen fehlte es in ihrer vom zaristischen Rußland beherrschten polnischen Heimat gänzlich, und auch in Deutschland existierte noch keine demokratische Republik. Hier aber gab es in Gestalt der deutschen Sozialdemokratie und der unter ihrem Einfluß stehenden Arbeiterorganisationen eine oppositionelle Massenbewegung. An sie hatte sich Rosa Luxemburg, aus dem Schweizer Studenten- und Emigrantendasein kommend, bewußt angeschlossen. Viele Luxemburgschen Erkenntnisse und Erfahrungen gingen daher aus Disputen um Masseneinfluß und Massenaktionen in der deutschen Sozialdemokratie hervor.

Die Initiative und die Leitung von Volksbewegungen bestehe „nicht in dem Kommandieren aus freien Stücken, sondern in der möglichst geschickten Anpassung an die Situation und möglichst engen Fühlung mit den Stimmungen der Massen.“ (WERKE Bd. 2. S. 132) Bereits 1906 schrieb sie hierzu weiter: „Jeder wirklich große Klassenkampf muß auf der Unterstützung und Mitwirkung der breitesten Massen beruhen, und eine Strategie des Klassenkampfes, die nicht mit dieser Mitwirkung rechnet, die bloß auf die hübsch ausgeführten Märsche des kasernierten kleinen Teils des Proletariats zugeschnitten wäre, ist im Voraus zum kläglichen Fiasko verurteilt.“ (WERKE Bd. 2. S. 143)

Rosa Luxemburg verstand sich den für sie lebenswichtigen Kontakt zu den Massen zu sichern und Informationen über die jeweiligen Sorgen der Menschen einzuholen. „Wir stehen am Anfang einer Krise“, erklärte sie z.B. auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1913, „die Arbeitslosigkeit wird immer größer, und da haben wir allen Anlaß, als weitblickende Politiker uns zu sa-

gen, daß unsere Politik, unsere Taktik so gestaltet werden muß, daß wir die unvermeidliche Entmutigung und Verzweiflung, die in den Massen immer in den Zeiten der Krise Platz greift, daß wir diese Gärung, diese Unzufriedenheit in das Bett einer zielklaren Kampf Stimmung leiten und nicht in eine dumpfe Stagnation ausarten lassen.“ (WERKE. Bd. 3. S. 333.)

Rosa Luxemburg ging es in den von ihr befürworteten Massenkämpfen nicht nur um das Kampfmittel „politischer Massenstreik“. Ihr ging es auch nicht nur um das Sammeln von Erfahrungen für die vorzubereitende Revolution. In den Jahren vor dem ersten Weltkrieg, in denen sich in fast allen Staaten Europas keine revolutionäre Situation entwickelte, sah auch Rosa Luxemburg, wie die meisten Sozialdemokraten, die Verteidigung und weitere Ausgestaltung der Demokratie im Rahmen der bestehenden Gesellschaft als wichtigste Aufgabe. Ein Beweis ist die Forderung nach einer demokratischen Republik, die sie ab 1910 offen erhob und auf die konkrete Situation zuspitzte.

In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage nach dem Stellenwert auf, den Rosa Luxemburg der lebendigen Bewegung und der ungestümen Kraft der Massen gab. Vom Wesen her lief ihre Grundidee auf eine vierte Gewalt hinaus, über die die Institutionen der Legislative, der Exekutive und der Justiz unter Druck gesetzt werden sollten. Durch größer werdenden Einfluß von außerparlamentarischen Massenaktionen in vielfältiger Gestalt sollte die klassische Gewaltenteilung, nach der moderne Staatswesen seit der Französischen Revolution von 1789 strebten bzw. ausgebaut waren, ergänzt und für die Demokratisierung der Gesellschaft erfolgversprechend wirksam werden. Nur über die nicht zu institutionalisierende Millionenkraft der Massen seien die Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vollends zu verwirklichen.

### Zwischen politischer Verantwortung und individuellem Lebensanspruch

Die tiefe Verwurzelung von Rosa Luxemburgs humanistischem Demokratieverständnis in den Freiheitsidealen

der demokratischen Bestrebungen des 19. Jahrhunderts beeinflusst auch ihre hohe Achtung vor der Individualität des Menschen. Sie selbst lebte ihre persönlichen Eigenheiten und Fähigkeiten aus, blieb ein Mensch wie jeder andere und suchte sich vor Scheinautorität und Herrschsucht zu bewahren. „Wer innerlich wirklich reich und frei ist, kann sich doch jederzeit natürlich geben und von seiner Leidenschaft mit fortreißen lassen, ohne sich untreu zu werden“, schrieb sie Hans Diefenbach. (BRIEFE. Bd. 5. S. 196.) Noch eben konnte sie in einem Brief politisch über die Duma und demokratische Programmforderungen meditieren und Leo Jogiches Vorschläge in der Vorgehensweise unterbreiten, und im gleichen Moment einem Stimmungswandel erliegen, der sie völlig entgegengesetzt zu ihrem Denken und Tun in den Oktobertagen 1905 ihrem Geliebten in moralisierender Selbstbeziehung mitteilen läßt: „Gestern holte ich durch einen merkwürdigen Zufall abends die Schachtel mit Mamas und Vaters letzten Briefen und den Briefen von Andzia (Luxemburg) und Jözio (Luxemburg) aus jenen Zeiten hervor, las sie alle durch, mußte so weinen, daß meine Augen ganz geschwollen sind, und ging schlafen mit dem großen Wunsch, nicht wieder aufzuwachen. Insbesondere verhaßt wurde mir auch die ganze 'Politik', derentwegen ich (das Hinschmieren 'Von Stufe zu Stufe!') die Briefe von Vater und Mutter wochenlang nicht beantwortete, nie für sie Zeit hatte wegen dieser *weltbewegenden Aufgaben* (und das dauert bis zum heutigen Tag an), und Du wurdest mir verhaßt als derjenige, der mich für immer an diese verfluchte Politik geschmiedet hat. (Ich erinnere mich, daß ich auf Dein Zureden hin die Lübeck damals davon abgehalten habe, nach Weggis zu kommen, damit sie mich nicht stört, den *epochemachenden Artikel* für die 'Sozialistischen Monatshefte' zu beenden; dabei fuhr sie zu mir - mit der Nachricht vom Tode der Mutter!) Du siehst, wie offenherzig ich Dir alles schreibe. Heute lustwandelte ich in der Sonne, und es geht mir etwas besser. Gestern war ich schon nahe daran, den Entschluß zu fassen, mit einem Schlag diese ganze gottverdammte Politik oder vielmehr diese blutige Parodie eines 'politischen' Lebens, wie wir es führen, sausen zu lassen und *pfeife auf die ganze Welt*. Das ist so ein idiotischer

*Baaldienst*, sonst nichts, wobei die ganze menschliche Existenz der eigenen Zerrüttung, einer geistigen Rotzkrankheit zum Opfer gebracht wird. Würde ich doch an Gott glauben, dann wäre ich überzeugt, daß uns Gott für diese *Qual* schwer strafen wird.“ (BRIEFE. Bd. 2. S. 209.)

Rosa Luxemburg beschäftigte vor allem die Frage: Wie konnte es geschehen, daß eine gut organisierte und durchgebildete Arbeiterpartei mit klarem Programm der Lüge vom nationalen Verteidigungskrieg erlag und auf den Kampf gegen den Krieg verzichtete?

Rosa Luxemburg, wie sie auch sein konnte! Und mancher Mensch, dessen Interesse für sie erst geweckt werden sollte, fände vielleicht über eine solche Offenbarung zum Hin- und Hergerissensein zwischen politischer Verantwortung für eine Massenbewegung und individuellem Lebensanspruch viel eher Zugang zu ihrer Biographie und Theorie als über programmatische Aufsätze, wie sie zu Dutzenden aus ihrer Feder geflossen sind.

### Illusionen über die Haltung der Massen zum Krieg

Konsequente Ablehnung von Militarismus, Aufrüstung und Krieg gehörten zu Rosa Luxemburgs Grundhaltung gegenüber Deutschlands Innen- und Außenpolitik. Das hatte sie im Frühjahr 1914 vor Gericht erneut betont hervor gehoben, und sie hatte über die Reihen der Parteimitglieder hinaus ein deutliches Echo vernommen. Rosa Luxemburg meinte allerdings, daß im Ernstfall der Kreis derjenigen, der ihren Ansichten folgte, größer sei und daß zumindest die Mehrheit der Mitglieder, aber auch viele Wähler der Sozialdemokratischen Partei etwaige Kriegs-

kreditbewilliger oder gar Kriegsbeifürworter im Moment einer akuten Krise beiseite schieben würden. Das Gegenteil trat ein und desillusionierte sie schmerzlich. Der 4. August 1914 deprimierte sie tief. Es kostete sie enorme Anstrengungen, sich aus der Verzweiflung herauszureißen, zur sachlichen Untersuchung der Ursachen des Dilemmas überzugehen, Lehren zu ziehen und einen Ausweg zu suchen.

Rosa Luxemburg beschäftigte vor allem die Frage: Wie konnte es geschehen, daß eine gut organisierte und durchgebildete Arbeiterpartei mit klarem Programm, energischen Beschlüssen, bewährter Kampf taktik, perfekten internationalen Beziehungen, eine Partei mit rund einer Million Mitgliedern und Persönlichkeiten, die als Abgeordnete, Redakteure, Schriftsteller, Rechtsanwälte, Kommunal-, Sozial- und Bildungspolitiker geachtet waren, im Moment des Kriegsbeginns, vor dem sie jahrzehntelang und bis zum letzten Tag, den 31. Juli 1914, gewarnt hatte, der Lüge vom nationalen Verteidigungskrieg erlag und auf den Kampf gegen den Krieg verzichtete? Es hatte sich ein niederschmetterndes Phänomen offenbart: „Gerade die mächtige Organisation, gerade die vielgepriesene Disziplin der deutschen Sozialdemokratie bewährten sich darin, daß der vier Millionen starke Körper sich auf Kommando einer Handvoll Parlamentarier in vierundzwanzig Stunden wenden und vor einen Wagen spannen ließ, gegen den Sturm zu laufen sein Lebensziel war.“ (Werke. Bd. 4. S. 23.)

Eine Massenmobilisierung zu aktiver Kriegsgegnerschaft suchte Rosa Luxemburg über Aufklärung, über Reaktivierung der Sozialdemokratie von unten herauf, über strenge Disziplin gegenüber internationalen Verpflichtungen und Abgrenzung von jedweder Halbheit zu erreichen. So klar sie die Einpeitscher und Inhalte für die nationalistischen Parolen erkannte, mit denen das deutsche Volk samt vielen Sozialdemokraten in einen Kriegsrausch versetzt worden waren, so unklar blieb ihr die tiefe Verwurzelung nationaler Gefühle und Ängste selbst in sozialistisch aufgeklärten Kreisen der Bevölkerung. Folglich erwies sich die Orientierung ihrer „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ auf eine absolute Unterordnung der nationalen Sektionen unter die Beschlüsse der Internationale über eine



einheitliche Taktik nicht als massenwirksam, nicht als weitgreifend konsensfähig. Die Wiederbelebung der Internationale aber hing vom Massenkampf gegen den Krieg ab.

### Fehlschlüsse und bittere Wahrheiten

Unter den erschwerten Bedingungen des Krieges ließ sich der auch von Rosa Luxemburg zeitlebens verfochtene Grundsatz der Linken, „durch Klarheit zur Mehrheit“ zu werden, nicht erfolgreich verwirklichen. Der Zwiespalt im Schoße der Opposition, wie er sich zwischen der Spartakusgruppe und anderen sozialdemokratischen Oppositionsgruppen auftrat, war für Rosa Luxemburg unfassbar, lähmte sie in der Suche und der Hervorhebung von Gemeinsamkeiten und erzürnte sie zu einem Entweder-Oder-Vergleich, der der Zusammenarbeit im Interesse einer größeren Massenbasis von Kriegsgegnern nicht förderlich war.

Organisationspolitisch wußte Rosa Luxemburg keinen Rat, der aus der Krise führte und bei den Massen Vertrauen in Sinn und Kraft von Opposition erzeugte. Dabei machte sie sich den Auseinandersetzungsprozeß mit der bisherigen Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung keineswegs leicht. Rosa Luxemburg beobachtete die demoralisierende, irreführende Wirkung des mehrheitlichen „burgfriedlichen“ Verhaltens der sozialdemokratischen Parteiführung, Reichstagsfraktion und der Presse. Sie nahm die vielseitige Unterdrückungsfunktion des Belagerungszustandes wahr. Sie wußte, ohne spürbare Oppositionspolitik der Sozialdemokratie konnte sich das Selbstwertgefühl der Massen nicht rasch genug steigern, wurde der Protest- und Widerstandswille nicht geschürt. In allem fand sie erneut bestätigt, daß Massenstimmung, Masseneinfluß, Massenaktivitäten nicht künstlich erzeugt werden konnten, schon gar nicht während eines Krieges. Immer, ob in relativ ruhigen Zeiten, ob in Zeiten der Erschütterung und Zerstörung, ob im Vorfeld von Massenstreiks oder Revolutionen, wirken auf die Massen viele Faktoren gleichzeitig ein. Folglich griff sie auf ihre Erkenntnisse zurück, die sie 1906 in ihrer Schrift „Massenstreik, Politik und Gewerkschaften“ ausführlich dargestellt hatte, und zitierte direkt daraus. Wiederum

vertraute sie ganz einfach darauf, daß die Massen moralische Kraft zur Auflehnung gegen den Krieg gewinnen werden. Die geschichtliche Stunde werde schon entsprechende Formen und Mittel von Volksbewegungen gebären. Die Macht der Massen müsse sich in der geistigen Kultur wie in der Zahl zeigen und ihre Richtung durch engagierte Führer der Bewegung erhalten. Durch Klarheit über die politischen Aufgaben und Interessen könne die Sozialdemokratie ihre eigene Aktionsfähigkeit wie die der Massen wiederherstellen. Wenn sie wieder wahrhaft sozialdemokratische Politik betriebe, wäre zu hoffen, daß sich alles Lebendige, Ehrliche, Humane und Fortschrittliche um sie schare. (WERKE. Bd. 4. S. 152 ff.)

**Der Umgang mit den Massen als einem Abstraktum, das man für sich ausdeutete und seinen Ideen zu- bzw. unterordnete, führte auch bei Rosa Luxemburg zu illusionären Fehlschlüssen.**

Bei solchen Erwägungen ging Rosa Luxemburg von der Annahme aus, daß die Kriegskreditbewilliger und Burgfriedenspolitiker in totem Widerspruch zum Mehrheitswillen handelten. Sie fragte nicht danach, wieviel Menschen denn wirklich bewußt gegen den Krieg waren, wieviel Menschen zur Erhebung gegen den Krieg bereit waren. Noch problematischer war es ja mit der Frage, wie groß die Zahl derer schon war, die den Krieg zum revolutionären Sturz des Kapitalismus auszunutzen bereit waren. Wurde von Rosa Luxemburg hier nicht mit den Massen und ihrem Willen als einer konstanten und kompakten Größe und als einer nur zeitweilig niedergehaltenen Potenz revolutionären Handelns im Geiste entsprechender sozialdemokratischer Beschlüsse aus der Vorkriegszeit gerechnet, die nur wieder zu wecken sei? Die Gefahr wiederholter Enttäuschungen blieb latent bestehen.

Der Begriff Masse selbst und der Umgang mit den Massen als einem Abstraktum, das man für sich ausdeutete

und seinen Ideen zu- bzw. unterordnete, führte auch bei Rosa Luxemburg zu illusionären Fehlschlüssen und zu zeitweiliger Betäubung, wo Zweifel und neue Einsichten angebrachter schienen.

Rosa Luxemburg mußte sich von engsten Freunden bittere Wahrheiten sagen lassen, die zu den Lehren aus den Fehlschlüssen ihres grenzenlosen Vertrauens in die Massen gehörten. Mein Kollege Eckhard Müller fand in Akten die Abschrift eines Briefes von Mathilde Wurm an Rosa Luxemburg vom 20. Januar 1917, der Bände spricht und in dem u.a. in Abwehr heftiger Kritik Rosa Luxemburgs an der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft geschrieben steht: „So schlecht wie Du 'uns' machst, sind wir nicht. 'Ihr' glaubt, die Euch mit dem Munde recht geben, würden dementsprechend handeln. 'Ihr' seht Euch in Euren vier Wänden und von Helden umgeben, denen kein Gedankenflug zu hoch, keine Tat zu kühn ist. Und Du und noch einige, Ihr glaubt an diese Helden. Aber die Mehrzahl dieser Helden nimmt bei Demonstrationen Reissaus, wenn der erste Schutzmannsgaul ihnen auf den Fersen ist, hält in den Sitzungen 'Tatreden', um dann bei der Abstimmung zu fehlen und hat noch vor ganz anderen Dingen, die ich nicht näher zu bezeichnen brauche, eine durchaus nicht heldenmäßige Angst. Wohl gibt es eine ganze Anzahl von solchen, die vor nichts zurückscheuen, die Leben, Lebensglück und Existenz in die Waagschale werfen, aber sie sind und bleiben eine kleine Minderheit [...] Was Du verlangst und erwartest, weil Du jederzeit dazu bereit bist, sich selbst zum Opfer zu bringen, daran denken nur ganz wenige. [...] Und nach wie vor bin ich überzeugt: Du und Karl, Ihr habt weder dem Sozialismus noch der Sache des Friedens genützt. Hat je ein Schlachtenlenker in der vordersten Linie gestanden? [...] Ist das Proletariat noch so unreif, daß es die Überlegenheit und die Größe seiner Führer nur dann erkennt und an sie glaubt, wenn diese sich jeder Gefahr aussetzen, dann dürft Ihr ihm doch diese Konzession nicht machen, sondern den noch kindlichen Riesen zur größeren Einsicht erziehen. Ja, ich wiederhole, was und wem nützt es, wenn unsere besten, kühnsten, wissenreichsten Leute lahmegelegt sind und an Stelle einer zielklaren Leitung ein schwächliches, unsicheres Hin- und Herschwanken tritt?“

(BRANDENBURGISCHES LANDESHAUPTARCHIV. Pr. Br. Rep. 30 Berlin C. Polizeipräsidium. Titel 95. Sektion 7. 15851. Bl. 128/129.)

### Über Klarheit und Konsequenz zur Mehrheit?

Rosa Luxemburgs Meinung zum Verhältnis von Minderheit und Mehrheit in Partei und Gesellschaft entsprach den Auffassungen vieler oppositioneller Linker, die um ihre Ausgangsposition als Minderheit wissen und bewußt damit leben. Ideal und Wirklichkeit gerieten fortwährend in Widerspruch. Mit Gewißheit nahm sie jedoch an, daß sie letztendlich einmal von den nach Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung strebenden Menschen verstanden und unterstützt werden würde. Das aber erwies sich leider als ein Trugschluß.

Während der Novemberrevolution verdichteten sich Rosa Luxemburgs Erfahrungen um die Schwierigkeit, Mehrheiten zu gewinnen. So, wie sie in ihrem kritischen Manuskript über die russische Revolution den Bolschewiki uneingeschränkt zuerkannt hatte, daß sie in der Revolution schlagartig aus einer verfehmten Minderheit zu einer Mehrheit geworden waren, so glaubte sie ab 10. November 1918, als sie in Berlin eintraf, daß der Spartakusbund rasch an Einfluß gewinnen werde. Doch Wunsch und Wirklichkeit nach Masseneinfluß lagen weit auseinander, Mitglieder und Sympathisanten des Spartakusbundes blieben in der Minderheit, und zu den Organen, die sich im ersten Aufwind der Revolution gebildet hatten - dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte - standen sie in Opposition. In dieser Opposition richtete sich der Hauptstoß der Luxemburgschen Polemik gegen Führer der SPD und der USPD. Ihnen gab sie die Hauptschuld am schleppenden Fortgang der Revolution. Von Woche zu Woche folgerte sie mit größerer Bestimmtheit, daß die politischen Krisen während der Revolution den Massen eine Schule seien. Obwohl sie bemerkte, wie zersplittert die Kräfte waren und wie die Aktionsbereitschaft vieler Arbeiter und Soldaten erlahmte, hoffte sie dennoch auf den selbständigen politischen Reife-prozeß der Massen. Es läßt sich jedoch

nicht des Eindrucks erwehren, daß dies nur eine Hoffnung war, mit der sie sich und ihren Kampfgefährten Kraft zum Handeln geben wollte.

Peter Weiss hat diese Erfahrung der Revolutionäre des November 1918 in seiner „Ästhetik des Widerstandes“ (Berlin 1983. Bd. 1. S. 112-114) für die Zeit ab 24. Dezember 1918 wie folgt verdichtet: „Radek hatte gesagt, daß alle weiteren Handlungen außerhalb marxistischer Regeln verlaufen, daß sie das Element des Zufälligen, des Irrationalen enthalten würden, er hatte zum Abbrechen des Kampfes gemahnt, zum Rückzug auf politische Arbeit, Luxemburg aber wollte noch, dem körperlichen Zusammenbruch nah, eine Hoffnung sehn auf ein letztes, instinktives Vordringen der Kräfte, getrieben durch die angestaute revolutionäre Spannung, es war diese Vision, sagte mein Vater, die sie, wie uns andre, am Leben hielt, und ein paar Wochen später kämpften wir nur noch, alles andre abweisend aus unsern Gedanken, um ihren Tod zu rächen, in der zweifelhaften Genugtuung, daß der Mut zur revolutionären Handlung der Unterwerfung vorzuziehen war. Wir waren im Wunschdenken befangen, ändern ein Beispiel zu sein. Dann mußten wir einsehen, daß dies falsch war. Nicht falsch von der Sache her, sondern von der Wahl des Zeitpunkts. Denn erst in der Bestimmung des richtigen Zeitpunkts, sagte er, äußert sich das Verständnis des historischen Materialismus.“

Rosa Luxemburg leitete ihre Hoffnung, ihren Wunsch, ihre revolutionäre Ungeduld aus der Stimmung und dem Reagieren derjenigen ab, die zu Versammlungen und Kundgebungen kamen, und nicht aus einer Analyse von Meinungen aus allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung, die ja auch in keiner Weise vorlag. Vom traditionellen Massenanhang der Sozialdemokratie, auch der unabhängigen, wußte sie durchaus, doch sie meinte offenbar, daß der sich während der Revolution gravierend verändern ließe. Sie vertraute auf die Durchsetzungskraft klarer Programmatik und aufrichtiger persönlicher Standhaftigkeit. Das war für sie als Revolutionärin selbstverständlich und achtungsgebietend. Persönliches Engagement zusammen mit dem ihrer Kampfgefährten brachte jedoch keine Lösung in das Spannungsverhältnis zwischen objektiven und subjektiven Bedingungen der Revolution, zwi-

## Neuerscheinungen

Etienne Balibar  
Für Althusser

Aus dem Französischen von Renate Nentwig  
edition bronski, Band 1  
ISBN 3-929455-19-6, ca. 200 S., DM 29.-

Müller/Reinfeldt/Schwarz/Tuckfeld  
Der Staat in den Köpfen

Anschlüsse an Louis Althusser und  
Nicos Poulantzas

edition bronski, Band 2  
ISBN 3-929455-16-1, 160 S., DM 19.80

Ben Fowkes

Aufstieg und Niedergang des  
Kommunismus in Osteuropa

Aus dem Englischen von Erna Schön  
Osteuropa-Studien, Band 1  
ISBN 3-929455-23-4, ca. 224 S., DM 45.-

Löwenhardt/Ozinga/van Ree

Aufstieg und Niedergang des  
sowjetischen Politbüros

Aus dem Englischen von Sabah Mohamed  
Osteuropa-Studien, Band 2  
ISBN 3-929455-24-2, ca. 240 S., DM 48.-

Wladislaw Hedeler

Stalin - Trotzki - Bucharin

ISBN 3-929455-14-5, 204 S., DM 27.-

Th. Bergmann/ W. Hedeler/  
M. Keßler/G. Schäfer (Hg.)

Lenin

Theorie und Praxis in historischer  
Perspektive

ISBN 3-929455-22-6, ca. 320 S., DM 48.-

Klaus Gietinger

Eine Leiche im Landwehrkanal

Die Ermordung der Rosa L.

ISBN 3-929455-15-3, 112 S., DM 14.-

Nikolai Bucharin

Die Krise der kapitalistischen  
Kultur und der Sozialismus

Gefängnischriften, Band 1

ISBN 3-929455-21-8, ca. 352 S., DM 49.-

Fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

Decaton Verlag

Postfach 2161 55011 Mainz

Tel.: (06131) 237946 Fax: 834485

schen sich widersprüchlich äußernder Mentalität und Spontaneität der Massen und uneinheitlicher Orientierung durch den Rat der Volksbeauftragten und der in ihm vertretenen Arbeiterparteien. Über Mehrheiten entschied, wer am dichtesten an die unmittelbaren Sehnsüchte der Menschen herankam und dies ihnen begreiflich zu machen verstand. Darüber entschieden aber schon wieder weit mehr Faktoren als der persönliche Wille einer Revolutionärin. Auch deshalb ist die Frage zu stellen, ob ihre Verbindungen zu den Massen ausreichten und ihre Einschätzung der Lage und des Kräfteverhältnisses so treffend möglich war, wie es sich für realistische Entscheidungen über den Fortgang der Revolution als notwendig erwies. Zweifel sind hier gewiß berechtigt, denn die Anhänger des Spartakusbundes gingen nicht in die Tausende, die tagtägliche Information über die konkrete Situation an den Brennpunkten des Geschehens überstiegen für die wenigen Mitglieder der Zentrale des Spartakusbundes das Menschenmögliche, und die Verständigung untereinander litt unter der Hast des Revolutionsgeschehens.

Zusammen mit ihren Kampfgefährten im Spartakusbund bemühte sich Rosa Luxemburg darum, ihre Vorstellungen schriftlich und mündlich bekanntzumachen. So sprach sie z.B. am 15. Dezember 1918 auf der Verbandsgeneralversammlung der USPD in Berlin. Doch ihre Resolution, in der sie den sofortigen Austritt der Vertreter der USPD aus der Regierung Ebert-Scheidemann, die Ablehnung der Einberufung der Nationalversammlung, die Übernahme der gesamten Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte und die sofortige Einberufung eines Parteitag der USPD forderte, erhielt nur 195 Stimmen, Hilferdings Resolution mit der Orientierung auf die Wahlen zur Nationalversammlung dagegen 485. Auf dem am folgenden Tag stattfindenden Rätekongreß hatten die in dieser parlamentarischen Richtung durch die SPD und die USPD beeinflussten Delegierten eine solche Übermacht, daß es Rosa Luxemburg nicht möglich war, am Kongreß teilzunehmen. „Aussperrung der revolutionären ‚Straße‘, Annullierung der politischen Macht der Arbeiter- und Soldatenräte, Einberufung der Nationalversammlung, diktatorische Gewalt der Clique des 6. Dezember - was könnte wohl die Bour-

geoisie in der heutigen Situation mehr und Besseres wünschen?“ (WERKE. Bd. 4. S. 470) war Rosa Luxemburgs Urteil über den Rätekongreß vom 16. Dezember 1918 in der „Roten Fahne“.

Über Klarheit und Konsequenz zur Mehrheit zu gelangen, sollte schließlich Ende 1918 die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands dienen. Mit dieser neuen Partei wollte Rosa Luxemburg für Aufklärung über die nächsten Aufgaben und die Ziele der Revolution sorgen und möglichst viele Menschen für die Weiterführung der Revolution gewinnen. Das zu versuchen wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nur 14 Tage Zeit gelassen, so daß sie nicht beweisen konnten, ob und wie sie ihre Absichten zu verwirklichen verstanden. Es wurde ihnen von ihren Gegnern nicht die Chance gegeben zu zeigen, wie sie damit fertig wurden, daß sich durch das Entstehen einer dritten proletarischen Partei die Spaltung der Arbeiterbewegung vergrößerte und die Orientierung für die Volksmassen nicht leichter wurde.

„Mensch sein ist vor allem die Hauptsache. Und das heißt: fest und klar und heiter sein, ja, heiter trotz alledem und alledem, denn das Heulen ist Geschäft der Schwäche.“ Rosa Luxemburg

Rosa Luxemburg kämpfte bis zuletzt im Vertrauen darauf, daß die KPD (Spartakusbund) unter den Massen Verständnis finden und Einfluß gewinnen werde. Ihre Zuversicht war ein Ansporn, erwies sich allerdings historisch gesehen als große Illusion. Gehört sie aber deshalb in die Verbannung?

### Aktualität

#### Rosa Luxemburgs

Manche meinen schon und bezeichnen die Gründung der KPD als unverzeihlichen Fehler. Der Sozialismus sei untergegangen, folglich bedürfe die Welt der Erinnerung an Sozialisten nicht mehr. Der Marxismus sei gescheitert, folglich interessiere die Men-

schen das Schriftgut von Marxisten nicht mehr. Alles gehöre in das Reich der Utopien. Schon gibt es Stimmen, die noch vor kurzem auf Rosa Luxemburg als menschliche Sozialistin setzten, die jetzt Rosa Luxemburgs Vertrauen in die Massen, Rosa Luxemburgs „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ als pure Illusionen - als Märchen - abtun, die an den Grenzen der Macht, des Geldes und der Dummheit zu Tode gehen werden. Dabei übersehen sie, daß Rosa Luxemburg stets unverblümt gesagt und geschrieben hat, was von der Herrschaft des Kapitals in einer Marktwirtschaft und einer noch so demokratischen Gesellschaft zu erwarten ist: auf jeden Fall keine Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für alle.

Rosa Luxemburg wird mindestens so lange von aktuellem Wert sein, wie es politische und soziale Ungerechtigkeit mit all ihren niederdrückenden Begleiterscheinungen zwischenmenschlicher Beziehung gibt. Denn Rosa Luxemburg stritt nun einmal für eine bessere Welt - sie wollte Frieden, wollte, daß die vom Kapital ausgehende Profit- und Eroberungssucht gebändigt und mit der Wurzel ausgerottet wird; sie wollte, daß die europäischen Großmächte nicht auf Kosten der übrigen Welt leben und daß Nationalismus und Chauvinismus überwunden werden, damit sie die Völker nicht entzweien, demütigen oder aufeinanderhetzen.

Sie wollte, daß Demokratie und Humanismus lebensbestimmend werden. Und sie war es, die als eine der ersten vor den Gefahren warnte, die dem Sozialismus drohten. Sieh, „daß Du Mensch bleibst“, schrieb sie einer ihrer Freundinnen. „Mensch sein ist vor allem die Hauptsache. Und das heißt: fest und klar und heiter sein, ja, heiter trotz alledem und alledem, denn das Heulen ist Geschäft der Schwäche. Mensch sein, heißt sein ganzes Leben ‚auf des Schicksals große Waage‘ freudig hinwerfen, wenn's sein muß, sich zugleich aber an jedem hellen Tag und jeder schönen Wolke freuen, ach, ich weiß keine Rezepte zu schreiben, wie man Mensch sein sollte, ich weiß nur, wie man's ist.“ (BRIEFE. Bd. 5. S. 151.)

Bleibe als letztes zu bemerken, daß es von uns, die wir sie kennen und in ihrem Werk achten, abhängen wird, daß sie nicht in Vergessenheit gerät.

# „Vaterlandslose Gesellen“ oder „Partei der sozialen und nationalen Einheit“?

Eine Doppelrezension zum Thema SPD und Nation

von Christoph Meyer\*

Tilman Fichter: *Die SPD und die Nation. Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit*, Berlin und Frankfurt am Main 1993. Verlag Ullstein GmbH, 320 Seiten, DM 36,-  
Dieter Groh/Peter Brandt: *Vaterlandslose Gesellen. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990*, München 1992. C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, 469 Seiten, DM 58,-

Neues Auto, Fernseher, Waschmaschine. Glücklicherweise strahlt die Gattin des Ex-Brigadiers in die Fernsehkamera: Die Einheit sei doch eine wundervolle Sache. Fast stehen ihr die Tränen in den Augen.<sup>1</sup> Doch nicht nur die Arbeiterklasse der Ex-DDR rätsoniert über die Wiedervereinigung der deutschen Nation; auch sozialdemokratische Intellektuelle (West) suchen ihren Standpunkt in der nationalen Frage.

1993 sind im „Vorwärts“ gleich drei Rezensionen zum Thema „SPD und Nation“ erschienen. Sie beschäftigen sich mit zwei Büchern: Tilman Fichters „Die SPD und die Nation“ sowie „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990“ von Dieter Groh und Peter Brandt. Zwei der RezensentInnen, Arno Klönne<sup>2</sup> und Helga Grebing<sup>3</sup>, halten nichts von einem Rückgriff der SPD auf den Nationalismus<sup>4</sup>, während Tilman Fichter<sup>5</sup> in seiner „Rezension“ zu dem Groh-Brandt-Buch die Suche nach einem „modernen ‚sozialdemokratischen Vaterlandsbegriff‘“ heftig befürwortet. Das Ergebnis in der breiten Parteiöffentlichkeit lautet also zwei zu eins für die „anti-nationale“ Seite; hier geht es darum, die besprochenen Bücher noch einmal ernsthaft unter die Lupe zu nehmen.

Fichter:

#### Chaos im Denken

Beginnen wir mit Fichter, früher Weggefährte von Rudi Dutschke und

jetzt Referent für Schulung und Bildung beim SPD-Parteivorstand: Sein Buch ist 1993 bei Ullstein erschienen, einem Verlag, der zur Hälfte dem Springer-Konzern gehört, aber auch rechtsradikale Bücher herausbringt.<sup>6</sup> Es richtet sich vor allem an die „Altersgruppe der heute fünfundsiebenzig- bis fünfundsiebenzigjährigen SPDler“ (S. 21) und soll sein Publikum davon überzeugen, daß die SPD „eindeutig Farbe bekennen“ muß in Hinsicht auf ein positives Verhältnis zur deutschen Nation. Dazu benötigt Fichter gut 200 schnell zu lesende Seiten sowie noch 100 Seiten Fußnoten und Dokumente, auf denen sich das Chaos, das im Denken des Autors herrscht, offenbart.

Dieses Chaos läßt sich am besten anhand der folgenden Passage nachvollziehen:

„Es wird der SPD wohl kaum gelingen, über die Dreißig-Prozent-Marke zu kommen, wenn sich in der Partei nicht eine Mehrheit findet, die dafür steht, daß die Partei erneut die ‚Partei der sozialen und nationalen Einheit‘ wird. Denn die Antwort auf Hitler und den Holocaust kann nicht die geopolitische Spaltung unseres Landes sein. Es geht heute vielmehr - dies zumindest haben wir in der alten Bundesrepublik 1967/68 und in der untergegangenen DDR im Herbst 1989 gelernt - um eine radikale Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche im neuvereinigten Deutschland“ (S. 17).<sup>7</sup>

Was da alles unklar bleibt: Was ist die „soziale Einheit“? Die zwischen Ost und West oder die zwischen oben und unten? „Nationale Einheit“ jedenfalls schließt alle Schichten der Bevölkerung ein. Oder will Fichter die Unternehmer aus der Nation ausschließen? Oder über die „radikale Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche“ entmachten? Dann müßte sein Buch Konzepte dafür aufzeigen. Die fehlen aber. Statt dessen geht der Autor gegen die „geopolitische Spaltung unseres Landes“ vor. Diese könne nicht die Antwort auf „Hitler und den Holocaust“ sein. Was

soll denn diese Stürmersche Historikerstreitschlacke<sup>8</sup>? Was ist denn die „geopolitische Spaltung“ im Jahre 1993? Wer vertritt sie noch? Vielleicht die Hauptgegner (?) Fichters, die meinen, daß „die wirtschaftliche und politische Macht hauptsächlich im Rhein-Main-Neckar-Raum konzentriert bleiben soll“ (S. 28)? Der Mann sieht Gespenster.

Nein, das Buch ist nicht nach vorne orientiert; sein Schwerpunkt ist Geschichtsbetrachtung. Sein Idealbild ist die SPD der fünfziger Jahre, die „Partei der nationalen Einheit“, wie die Kapitelüberschrift lautet. Der Sündenfall schlechthin war in Fichters Augen die Wehnersche Rede vom 30. Mai 1960 vor dem Bundestag, die Wende der Partei in der Außen- und Deutschlandpolitik, durch die die SPD „langfristig ihre gesamtdeutsche Identität“ (S. 58) verloren habe. Daß gerade Herbert Wehner als langjähriger Vorsitzender des gesamtdeutschen Bundestagsausschusses und Minister für gesamtdeutsche Fragen (1966-69) ein besonders großes Engagement in diesen Fragen an den Tag legte<sup>9</sup>, übersieht Fichter. Die Spannungspolitik kann er Willy Brandt dagegen noch verzeihen: Als „realistischer Visionär“ habe Brandt nämlich die historische Chance erkannt, und als „die Einheit Deutschlands auf der Tagesordnung stand, (...) verabschiedete (er) sich von der Realitätsferne der Realpolitik“ (S. 61).

Die Fehler der Fichterschen Darstellung hat Helga Grebing zum großen Teil schon aufs Korn genommen; recht hat der Autor mit seiner Kritik daran, daß die Emanzipationsbestrebungen von Oppositionellen im Osten durch die West-Sozialdemokratie (das gilt für die Rechte wie für große Teile der Linken) nicht ausreichend unterstützt worden sind. Daß es aber gerade die Spannungspolitik war, die die Bedingungen für den relativ friedlichen Ausgang des Ost-West-Konflikts geschaffen hat, will Fichter nicht so recht einleuchten. Vom Nachwuchs hält er schon gar nichts,



denn die „jugendlichen Modernisierungs-Gewinner sehen ihre Chancen durch die Einheit bedroht und verteidigen ihre alten hegemonialen Lebensorientierungen, Werthaltungen und Einstellungen“ (S. 191). Mit solchen Unterstellungen baut Fichter die Barrieren nur selbst auf. Hilfreich sind sie nicht. Außer Banalitäten (z.B. die Hoffnung auf einen „westeuropäischen Sozialismus“ noch in diesem Jahrtausend, S. 208) bietet er keine Konzepte. Geld für dieses Buch anzulegen, wäre eine Fehlinvestition. Es desorientiert.

Diese Desorientierung ist offensichtlich von Fichter gewollt. Denn dieser Mann pflegt intensive Kontakte zur rechtsextremen Szene (daher auch der Verlag) und tritt in aller Öffentlichkeit als Beschützer der rechtsextremen Hofgeismar-Jusos aus Sachsen auf.<sup>10</sup> Er sieht sich selbst in der Nachfolge der „Linken Leute von rechts“ in der Weimarer Republik, also antidemokratischer Kräfte, die ihren Faschismus mit sozialistischer Rhetorik zu verbrämen suchten.<sup>11</sup> Umso erstaunlicher ist es, daß dieser Rechtsaußen als Referent für Bildung beim Parteivorstand der SPD tätig ist. Welche Inhalte vermittelt der da? Wie führt Fichter die Traditionen von Franz Mehring und Rosa Luxemburg in seinem Amte fort? Auf keinen Fall verdient so jemand irgendwelche Foren innerhalb der SPD.

## Groh: SPD und „Vaterlandsverteidigung“

Ernsthafte Wissenschaft betreiben dagegen die beiden Historiker Dieter Groh und Peter Brandt mit ihrem 1992 erschienenen Buch, das den Anspruch erhebt, den Komplex Sozialdemokratie und Nation im historischen Längsschnitt von der Einigungsphase in den 1860er Jahren bis zur Wiedervereinigung von 1990 zu behandeln. Die Autoren sind getrennt voneinander vorgegangen, so daß das Buch zwei sehr verschiedene Teile enthält: die Arbeit von Groh über den Zeitraum von 1860 bis 1914 und den Bericht von Brandt über die Zeit von 1914 bis 1990.

Groh arbeitet aus den Quellen heraus und ist daher in der Lage, ein sehr detailliertes Bild zu entwerfen. Sein Schwerpunkt ist die schwierige Standortbestimmung der deutschen Sozialdemokratie zwischen internationalistischem Anspruch und nationalstaatlicher Realität. Deren Entwicklung verfolgt er

vor allem anhand der Diskussionen über die Stellung der Sozialdemokraten zur „Vaterlandsverteidigung“ bzw. der Verhinderung von Kriegen, wie sie auf Parteitagen und besonders auf den Kongressen der Zweiten Internationale geführt wurden. Er arbeitet heraus, daß die deutsche SPD in ihrer Mehrheit stets eine eher bremsende Rolle spielte, wenn es darum ging, in der Internationalen Beschlüsse über Aktionen der Sozialdemokratie im Kriegsfall zu fällen. Insbesondere sperrte sie sich gegenüber Massenstreikaktionen. Beigetragen zu dieser „fatalistischen Haltung gegenüber der Kriegsgefahr“ habe ein durch die kautskyanische Verkürzung des Marxismus begünstigter „Katastrophenoptimismus“ (S. 78), nämlich der Gedanke, der Sieg Deutschlands im Krieg würde gleichzeitig den Sieg des Sozialismus bewirken. Auch die Angst davor, gegen die Sozialdemokratie wieder mit gesetzlichen Maßnahmen vorzugehen, spielte eine wichtige Rolle. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts näherten sich überdies der offizielle und der sozialdemokratische Vaterlandsbegriff einander an (vgl. S. 85). Hinzu kam - insbesondere bei Bebel - der Glaube, es sei nicht schwierig, einen (abzulehnenden) Angriffskrieg zu unterstützen (vgl. S. 86). Die Strategie der Herrschenden war daher logischerweise: Es „mußte jeder Krieg, koste es, was es wolle, dem eigenen Volk als Verteidigungskrieg plausibel gemacht werden“ (S. 87). So kam es dann auch im August 1914.

Alles in allem bietet Grohs Arbeit einen sorgfältig erarbeiteten und differenzierten Einblick in die Motivation und Entwicklung der sozialdemokratischen Position zur Frage der „Vaterlandsverteidigung“ vor 1914. Dabei kommen manche andere Aspekte der nationalen Frage in der betreffenden Epoche zu kurz. Wie stand es zum Beispiel mit der Nationalitätenfrage im Deutschen Reich, mit Polen, Dänen, Elsaß-Lothringern? Auch eine umfassende Herausarbeitung des sozialdemokratischen Nationsbegriffs einschließlich der Positionen in der Arbeiterschaft selbst wäre wünschenswert gewesen. Diese Mängel im Themenzuschnitt werden wohl darauf zurückzuführen sein, daß die Arbeit sich stark an bereits vor über zwanzig Jahren erschienene Texte desselben Autors anlehnt<sup>12</sup>. Ein weiteres Manko:

Groh bricht schon vor den Ereignissen ab, die zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs führten. So fehlt eine eingehende Darstellung des Verhaltens der SPD in der Julikrise, und die Überleitung zum Brandtschen Text wirkt holprig.

## Brandt: Entwicklung der SPD zur Westorientierung

Peter Brandt wählt ein anderes methodisches Vorgehen. Im Gegensatz zu seinem Mitautor bezieht er sich vorwiegend auf bereits erschienene Literatur und Quellenpublikationen, so daß seine Arbeit eigentlich nichts grundlegend Neues enthält. Dennoch entsteht ein durchaus lesenswerter Überblick über 75 Jahre sozialdemokratischer Geschichte mit Schwerpunktsetzung auf das Verhältnis der SPD zur deutschen Nation. (Tilman Fichters Buch ist allein dadurch schon weitgehend erledigt.) Entsprechend der Literaturlage bezieht sich ein großer Teil des Textes über die Nachkriegszeit auf das Verhältnis der Partei zur staatlichen Deutschlandpolitik. Interessant ist, daß auch Brandt die entscheidende Wende der SPD weniger im Godesberger Programm (dieses „markierte den vorläufigen Endpunkt einer schrittweisen Abkehr der SPD von traditionellen sozialistischen Positionen, die schon wenige Jahre nach Kriegsende begonnen hatte“, S. 271) als im Bekenntnis der SPD zur außen- und deutschlandpolitischen Grundorientierung der Adenauer-Regierung im Jahr 1960 sieht. Diese Westorientierung habe dann im Zusammenhang mit der Entspannungspolitik zu einer „Bundesrepublikanisierung“ (S. 332) der SPD geführt, und sich insbesondere auf die Haltung des Kandidaten Lafontaine im 1990er Wahlkampf ausgewirkt.

Drei Versäumnisse wirft Brandt der SPD vor. Erstens: Sie habe „ihren Vereinigungs- und Selbstbestimmungsvorbehalt (...) verwässert“ (S. 333), so daß die Masse der Funktionäre und Mitglieder sich vom Gedanken an die Wiedervereinigung entfernte. Hier ist zu kritisieren: Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Das Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Realitäten in Ost und West wirkte sich auf das Bewußtsein der Parteimitglieder aus, und dieses sich wiederum auf die Programmatik. Zweitens: Die Partei habe „den Primat des

Friedens allzu rigoros mit dem Primat der Stabilität in Europa gleichgesetzt“, weshalb sie die Zusammenarbeit mit den Regierenden „Kontakten mit nahestehenden Gruppierungen außerhalb der Staatsparteien des Ostens“ (S. 334) vorgezogen habe. Damit hat Brandt recht. Drittens: Die Kritik der SPD „an der konkreten Vereinigungspolitik (...) konnte als Kritik an der Einigung als solcher verstanden werden“ (ebd.). Dieser Gefahr wäre allerdings jede Opposition im Jahre 1990 ausgesetzt gewesen.

Brandt gegenüber ist festzuhalten: Die sozialdemokratischen Wahlniederlagen von 1990 wären mit einer „nationaleren“ Politik der SPD nicht vermeidbar gewesen. CDU/CSU und FDP waren nicht die Gewinner der Einheit, weil sie die Chance der Wiedervereinigung früher erkannt hätten als die SPD. Selbst Kohl kam, wie auch Brandt schreibt, erst im November 1989 mit seinem Zehn-Punkte-Plan auf den Trichter (vgl. S. 328). Die SPD verlor, weil das Volk die berechtigte Kritik von links im Wiedervereinigungsrausch nicht hören wollte und diejenigen wählte, die den Sieg der westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung am eindeutigsten repräsentierten: die im Westen Regierenden. Ein wichtiges Kapital der Sozialdemokratie für die Wahlen von 1994 ist die Ehrlichkeit und Nüchternheit von Teilen der Partei einschließlich ihres Kanzlerkandidaten von 1990.

Diese Erkenntnis fehlt bei Peter Brandt ebenso wie (ganz besonders schwerwiegend) bei Tilman Fichter. Beide besprochenen Bücher sind Modeprodukte der Wiedervereinigungsperiode. Das Buch von Groh/Brandt ist in seiner historischen Analyse zwar sehr zu empfehlen (und je weiter der Blick zurück reicht, desto mehr); die Beurteilung der Gegenwart ist aber wohl zu sehr vom Subjektiven geprägt.

Eine interessante historische Parallele wäre übrigens anhand einer Stelle bei Dieter Groh zu ziehen: Auf den Seiten 26ff. schreibt er, daß die „innere Reichsgründung“ in den 1870er Jahren deshalb gescheitert sei, weil es weder gelungen noch von regierender Seite überhaupt ernsthaft versucht worden sei, die Arbeiterschaft in den neu geschaffenen Staat zu integrieren. Statt dessen habe ein „Ingroup-Outgroup-Mechanismus“ gegriffen, in dessen Gefolge es zu einem Konsens der etablier-

ten Schichten durch Abgrenzung nach unten, gegen die Arbeiterklasse und ihre Partei, die Sozialdemokratie, kam. Infolgedessen blieb der deutsche Einheitsstaat ein labiles Konstrukt.

Es sieht sehr danach aus, als gerieten AusländerInnen und sozial Benachteiligte jetzt in die Rolle, die SozialdemokratInnen und ArbeiterInnen im letzten Jahrhundert beschieden war. Insofern sollte es der Linken hiezulande schon darum gehen, für die innere Einheit des neuvereinten Deutschland zu streiten; Tabus schaden da nur. Die neu zu gründende „nationale Identität“ wäre jedoch eine postnationale, nämlich die eines weltoffenen Einwanderungslandes, das allen seinen Einwohnern die gleiche politische Partizipation und soziale Absicherung gewährleistet. In der Außenpolitik müßte dieses Land eine Vorreiterrolle in ökologischen Fragen und hinsichtlich der Entwicklungspolitik übernehmen. Dann wird es auch möglich sein, eine sinnvolle Freude an der deutschen Einheit zu entwickeln, die über „Auto, Fernseher, Waschmaschine“ hinausgeht. Leider steht das alles nicht bei Fichter.

- <sup>1</sup> Zu sehen am 29.12.1993 in der ZDF-Sendung „Kennzeichen D“.
- <sup>2</sup> „Deutsche Patrioten oder vaterlandslose Gesellen?“, in: Vorwärts Nr.7 (Juli 1993), S. 25 u. 30.
- <sup>3</sup> „Sozialismus geht - Nation kommt?“, in: Vorwärts Nr.12 (Dezember 1993), S. 23.
- <sup>4</sup> „Nationalismus liegt dann vor, wenn die Nation die gesellschaftliche Großgruppe ist, der sich der einzelne in erster Linie zugehörig fühlt, und wenn die emotionale Bindung an die Nation und die Loyalität ihr gegenüber in der Skala der Bindungen und Loyalitäten oben steht.“ (Alter, Peter: Nationalismus, Frankfurt am Main 1985, S. 14).
- <sup>5</sup> „Deutsche Tabus“, in: Vorwärts Nr.7 (Juli 1993), S. 30.
- <sup>6</sup> Vgl. Assheuer, Thomas; Hans Sarkowicz: Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München (2., akt. Aufl.) 1992, S. 78f.
- <sup>7</sup> Übrigens ist Fichter auf dieses Chaos auch noch besonders stolz: Denn dieselbe Passage taucht fast wörtlich in seiner „Vorwärts“-Rezension (s. oben, Anm. 5) wieder auf.
- <sup>8</sup> Vgl. hierzu Wehler, Hans-Ulrich: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München 1988, insbes. Kap. II.3. „Es exponiert sich: Michael Stürmer“.
- <sup>9</sup> Vgl. Meyer, Christoph: Volksbewegung für die Wiedervereinigung? Der 17. Juni von 1954 bis 1969, Köln (unveröff. Magisterarbeit) 1992, S. 48.
- <sup>10</sup> Umfassend zu Fichter informiert: Bonner Institut für Faschismus-Forschung und Antifaschistische Aktion (Peter Kratz): Chef der SPD-Parteischule stellt die Demokratie in Deutschland zur Diskussion, Bonn o.J. (1993).
- <sup>11</sup> Vgl. ebd.; Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München (DTV, 3. Aufl.) 1992, S. 127ff.
- <sup>12</sup> Vgl. z.B. Groh, Dieter: Die mißlungene „innere Reichsgründung“. Verfassung, Wirtschaft und

Sozialpolitik im Zweiten Reich; in: Revue d'Allemagne 4 (1972), S. 89-112; vor allem aber ders.: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des 1. Weltkrieges, Frankfurt am Main u.a. 1973.

## isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

isw-wirtschaftsinfo extra Nr.14

Standort & Tarifrunde



### ENERGIE-MÜLL-VERKEHR

Zur Umweltpolitik der Bundesregierung



isw REPORT Nr. 10

Analysen des isw - sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

### isw-reports

(vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo).  
Preis: DM 5,- plus Porto (Jahresabo: 30,- DM)  
**Der Gipfel, diese Weltwirtschaft?** (März '92)  
**Mit Energie ins Treibhaus** (Juni 1992)  
**EG - Vom Supermarkt zur Supermacht?** (Oktober '92)  
**Friedensdividende oder neue Rüstungserrenditen?** (Januar 1993)  
**isw-forum: Wirtschafts- und Militärmacht EG** (April 1993)  
**Wirtschaftsreform in Osteuropa** (Juni 1993)  
**Krieg der Konzerne** (September 1993)  
**Energie, Müll, Verkehr** (Januar 1994)

### isw-spezial

**Kapitalmacht in Deutschland** (August 1991), DM 7,- + Porto  
**Billigstrom für die Großindustrie** (Oktober 1992), DM 5,- + Porto  
**Siemens Bilanz- und Konzernanalyse**, 2. überarb. Aufl. (Mai '93), DM 5,- + Porto  
**isw-wirtschaftsinfo**  
**Gegen die Asyllügen**, DM 2,- + Porto  
**Standort & Tarifrunde**, DM 4,- + Porto  
**DASA - Von der Zukunftsindustrie zur Krisenbranche**, DM 4,- + Porto

isw e.V., Georg-Wopfinger-Straße 46,  
80939 München. Tel. 089/3231780  
Konto: Sparda Bank München  
Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

# Eine Arbeiterbewegung von rechts?

Über Rassismus, den neuen Verteilungskonflikt und die Konstruktion der „kleinen Leute“

von Klaus Dörre\*

Betrachtet man das Sozialprofil der Wählerschaft rechtsextremer Parteien, drängt sich ein beunruhigender Befund auf: Rechtspopulistische Formationen stoßen in der Arbeiterschaft auf überdurchschnittliche Sympathie. Zwar rekrutieren Republikaner und DVU im Stile rechter Sammlungsbewegungen Wähler aus allen Schichten der Bevölkerung, aber zumindest in jüngster Zeit wird ein deutlicher Überhang von - vor allem jüngeren männlichen - Arbeitern sichtbar. Im Rahmen der Hamburger Senatswahlen stimmten 7,6% für REPs und DVU. Beide Parteien erreichten unter „den Arbeitern und Arbeiterinnen einen doppelt so hohen Anteil wie in der Gesamtbevölkerung - unter den Männern sogar 17%“ (Jung/Roth 1993). Mobilisiert wurden nicht nur gering qualifizierte Gruppen, sondern - insbesondere durch die REPs - auch Facharbeiter. Ähnliche Trends hatten sich bereits bei den Wahlen in Baden-Württemberg, Bremen, Schleswig-Holstein sowie bei den hessischen Kommunalwahlen herausgeschält. In allen Fällen erwies sich die Gewerkschaftsmitgliedschaft lediglich als „niedrige Hürde“ für eine Pro-Rechts-Wahlentscheidung (ebd.). In Baden-Württemberg, dem seit Jahren kampfstärksten Bezirk der IG Metall, stimmte jeder vierte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter für eine Partei der extremen Rechten (SINUS 1993). Obwohl der organisierte Rechtspopulismus längst keine Ein-Punkt-Bewegung mehr ist, war es doch vor allem das Thema Ausländer/Asyl, mittels dessen REPs und DVU die Wählermobilisierung gelang.

Rechtsextremistische Tendenzen unter Arbeitern bleiben aber nicht auf Wahlen beschränkt. Hohe Anteile junger (Fach-) Arbeiter zeigen sich auch bei aktenkundig gewordenen rassistisch motivierten Straftätern (Willems u.a.

1993). Neuere Untersuchungen zu sozialen Milieus und Politikstilen belegen ebenfalls eine überdurchschnittliche Sympathie verschiedener Arbeitergruppen für rechtspopulistische Parteien (Vester 1993, S. 5., S. 18).<sup>1</sup> Solche Befunde lassen nur einen Schluß zu: Der Rechtsextremismus verfügt in Deutschland zunehmend über eine Arbeiterbasis, und sein Einfluß reicht bis tief in die gewerkschaftlich organisierte und - ehemals (?) - sozialdemokratisch orientierte Industriearbeiterschaft hinein. Zwar ist die Anfälligkeit organisierter Arbeiter für rechtspopulistische oder faschistische Anrufungen historisch gesehen kein neues Phänomen. Aber verglichen mit den überproportionalen Mittelschichten-Sympathien der Nationalsozialisten signalisiert die starke Repräsentanz von Arbeitern in der Wählerschaft von REPs und DVU doch eine Verschiebung der sozialen Basis des Rechtsextremismus.

**Der Rechtsextremismus verfügt in Deutschland zunehmend über eine Arbeiterbasis.**

Wie ist dieses Phänomen zu erklären? Stehen wir vor einer „Arbeiterbewegung von rechts“? Und was bedeutet diese Variante der „Arbeiterfrage“ für die politische Linke? Die nachfolgend zu begründende These lautet: Mit dem Anwachsen politischer Sympathien für die extreme Rechte innerhalb der Arbeiterschaft kehrt - nun aber in einem völlig veränderten sozialen Kontext - die „industrielle Konfliktlinie“ (Vester 1993, S. 5) zurück in die Politik: Daß so viele, vorwiegend junge Arbeiter die extreme Rechte zum Vehikel ihres Protests machen, ist Ausdruck einer verdrängten Klassenproblematik. Auf die Verwerfungen einer sich zunehmend internationalisierenden Wirtschaft - insbesondere die Einwanderung unter den Bedingungen enger werden-

der Verteilungsspielräume - reagieren Teile der Arbeiterschaft in den industriellen Metropolen, indem sie Staats- als Wohlstandsgrenzen reklamieren. Dies ist der Nährboden, auf dem „sozialpatriotisch“ auftretende Formationen im Arbeiterbewußtsein Einfluß gewinnen können. Dabei geht dieser rechte „Sozialpatriotismus“ mit einem „Rassismus ohne Rassen“ einher, dessen ideologisches Gerüst sich wie folgt skizzieren läßt:

## „Rassismus ohne Rassen“

Rassismen, die im Kern auf einer biologistischen Vorstellung eines „Rassenkampfes“ beruhen, sind mit der Ausrottungspraxis des deutschen Faschismus belastet und gesellschaftlich diskreditiert. Aber das ist nicht das Ende rassistischer Ideologien. Die aktuell wohl gefährlichste Variante ist eben jener „Rassismus ohne Rassen“, der die „biologische“ Argumentation durch eine Verabsolutierung „kultureller“ Differenzen ersetzt (Miles 1991, S. 222). Unter Bezeichnungen wie „Ethnopluralismus“ firmierend, handelt es sich bislang eher um Gedankengebäude kleiner Intellektuellenzirkel, die jedoch in rechtspopulistischen Formationen rezipiert und politisch operationalisiert werden.

Kerngedanke dieses Neorassismus ist eine Überhöhung und Verteidigung kultureller Identität, verbunden mit dem „Lob der Differenz“, teils unter Gruppen, teils unter Individuen. Volk und (National-) Kultur werden als homogene Gemeinschaften konstruiert und mit quasi-natürlichen Eigenschaften ausgestattet. An die Stelle des „Rassenkampfes“ rückt die Vorstellung einer Nicht-Assimilierbarkeit oder Nicht-Integrierbarkeit von Kulturen. Nur diejenigen Individuen und Gruppen erweisen sich als stark, die in einer unverfälschten Kultur aufwachsen können; Integrationsversuche sind zum Scheitern verurteilt und lösen - so die Botschaft - unweigerlich ethnische

Konflikte aus. Entsprechende Argumentationsmuster können sich durch große Flexibilität auszeichnen; wo kulturelle Grenzen gezogen werden (z.B. „westlicher Kulturkreis“ versus „islamische Kultur“) oder wann die „Belastung“ einer nationalen Kultur („Toleranzschwelle“) als zu hoch erklärt wird, ist definitionsabhängig.

Wie bei jedem anderen ideologischen System muß auch im Falle des Neorassismus zwischen verschiedenen Ebenen unterschieden werden. Dazu gehören

- die den wissenschaftlichen Theorie- typ nachahmenden Ideengebäude;
- die popularisierenden Medien und Organisationen;
- die institutionellen bzw. „legalen“ Praktiken (z.B. Abschiebeverfahren) sowie
- die „spontanen Jedermannsphilosophien“ (Gramsci 1967, S. 129), jene Gang-und-Gäbe-Denkformen, die den Rohstoff für rechtsextreme Anrufungen liefern.

Erst das Zusammenspiel dieser Ebenen bringt - günstige Rahmenbedingungen vorausgesetzt - eine mobilisierungsfähige Ideologie hervor.

## Deutungen: Vom Verteilungskonflikt zum Kampf der Kulturen

Mit Blick auf die Arbeiterbasis des aktuellen Rechtsextremismus interessiert in erster Linie die Ebene des Alltagsbewußtseins. Junge Arbeiter, die in der Wahlkabine ihr Kreuz bei REPs oder DVU machen, besitzen kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Und doch lassen sich in ihren „Jedermannsphilosophien“ Übergänge zu rechtsextremen Orientierungen ausmachen:<sup>2</sup>

### 1. Konflikterfahrung und Ressentiment

Verbreitet ist eine angemessenen als Vorurteil oder Ressentiment zu bezeichnende Haltung. Häufig basiert sie auf realen Alltagserfahrungen, die über ein ethnisiertes Deutungsmuster wahrgenommen und verarbeitet werden. Nehmen wir als Beispiel junge Einzelhandelsangestellte in einem Warenhaus der unteren Kategorie. An der Peripherie einer mittleren Industriestadt gelegen, sind 70% der Kunden Türken. Die Arbeitssituation ist von ei-

ner Ausweitung der Verkaufsfläche bei gleichzeitiger Personalreduktion geprägt. Ein Großteil der Waren wird an Sondertischen verkauft; die Auszubildenden sind auf Kosten ihrer Qualifikation permanent im Arbeitseinsatz. Die hieraus resultierenden Interessenverletzungen und Mißachtungserfahrungen erzeugen Unmut, der - gerade weil man in seiner sozialen Selbstverortung vom Bild der Kunden abhängig ist - auf „die Türken“ übertragen wird.

Erfahrungsrohstoff bezieht die Projektion auch aus Konflikten mit Kunden. Hinzu kommt, daß das Warenhaus bevorzugter Aufenthaltsort von Obdachlosen, Trebern, Gelegenheitsdieben usw. ist. Die Angestellten leben in dem Gefühl, eine soziale Unterschicht zu bedienen, was ihren Unmut geradezu verdoppelt. Entscheidend ist nun, daß viele Beschäftigte „die“ Türken als homogene Gemeinschaft wahrnehmen und ihnen einen Vielzahl von Negativeigenschaften zuschreiben. Die Konflikterfahrung wird ethnisiert, man begegnet „den Türken“ mit einem Ressentiment (Dörre u.a. 1993, S. 52 ff.).

Ähnliche Alltagserfahrungen gibt es in Betrieb (z.B. v.Freyberg 1992) und Gesellschaft zuhauf. Interessant ist aber, daß die sich darauf beziehenden Ressentiments einen spezifischen Inhalt besitzen. Niemand hat etwas gegen Ausländer „an sich“. Kern vieler Ressentiments ist der teils direkt, teils unterschwellig geäußerte Vorwurf, bestimmte Gruppen von Fremden genössene eine „die Deutschen“ diskriminierende Vorzugsbehandlung. In solchen Bekundungen blitzt verletztes Gerechtigkeitsempfinden auf. Die Ursachen derartiger Empfindungen müssen nicht das geringste mit Migranten zu tun haben. Aber Gruppen von Fremden, Unbekannten, deren Lebensbedingungen und Gewohnheiten man nicht im Detail kennt, eignen sich bevorzugt zur Projektion von Wut oder Ärger.

### 3. Rassistische Zuordnungen

Bei den befragten jungen Gewerkschaftern (vgl. Fußnote <sup>2</sup>) findet sich eine besondere Form bipolaren Denkens, die wie eine alltagstheoretische Entsprechung zum Rassismus der neuen Rechten wirkt. Keiner dieser Gewerkschafter hat etwas gegen Ausländer als solche; fast jeder hat ausländische Freunde oder kennt „gute Ausnahmen“. Aber, daran ist sich die mit der Ausländerpolitik der extremen Rechten sympathisierende Gruppe einig, man möchte den Zuzug von Fremden stoppen. Bei der Begründung greift man auf Begriffspaare wie „vertraut - fremd“, „produktiv - unproduktiv“, „leistungsbereit - parasitär“, „nützlich - unnützlich“ oder „integrierbar - nicht anpassungsfähig“ zurück, nach denen die Ausländer verschiedenen Gruppen zugeordnet werden. Zur out-group gehören die „parasitären“, nicht anpassungswilligen „unnützen“ Fremden. Entscheidend ist, daß es sich um „ungebetene Gäste“ handelt, die „wir durchfüttern müssen“.

### 2. Bipolares Denken: „Wir“ und „Die“

Argumentationen, die solche Ressentiments transportieren, zeichnen sich durch eine eigentümliche Struktur aus. Sie operieren mit vereinfachenden „Wir-Die-Schemata“. „Die“ Fremden werden als homogene out-group konstruiert, der dann die ebenfalls nicht weiter differenzierte in-group „der“ Deutschen gegenübergestellt wird. An

\* Klaus Dörre, Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut der Universität Göttingen (SOFI)



Es sind keineswegs „kulturelle Schocks“ oder anthropologisch bedingte Fremdheiten, die den Ausgangspunkt solcher Klassifikationen bilden. Eher ist es umgekehrt. Kulturelle Differenzen oder unterschiedliche Mentalitäten werden herangezogen, situativ, willkürlich und wechselhaft konstruiert, um sie strategisch im Kampf um Ressourcen einzusetzen (vgl. Beck 1993, S. 121 ff.). Dabei ist es kein Zufall, daß die rassistische Klassifikation sich bevorzugt auf den asiatischen oder afrikanischen „Kulturkreis“ bezieht. Als Anspruchsberechtigung oder -verweigerung für Wohlfahrt erhält das Ressentiment politisches Gewicht. Das Vorurteil wird mit einem Bedeutungssystem verknüpft, das mentale bzw. kulturelle Differenzen festschreibt und „naturalisiert“. Die produktivere Kultur verteidigt sich nach diesem Bewußtsein gegen weniger produktive. In der Logik dieses Arguments liegt, daß jeder „seine“ Kultur leben soll; aber eben am besten in seinem Heimatland.

**4. Das Deutungsmuster „Wohlstandsinsel“**

Ein solch alltäglicher „Rassismus ohne Rassen“ gerät keineswegs in Konflikt mit einem Bewußtsein über gegensätzliche Interessen zwischen Lohnarbeit und Kapital. Im Gegenteil: Einige der für die Botschaften des Rechtsextremismus empfänglichen Arbeiter können, sofern es „um's Geld“ geht, sogar einer konfliktorientierten Gewerkschaftspolitik etwas abgewinnen. Im Leben, so die verinnerlichte Devise, versucht jeder, für sich das Beste herauszuholen. Diese Verhaltensmaxime gesteht man „den Unternehmen“ zu, weshalb man umgekehrt die Nützlichkeit gewerkschaftlicher Organisationen reklamiert. Aber das Deutungsmuster „Interessengegensatz“ verliert an Bedeutung, sobald es um den „Wohlstand der Nation“ geht. Die jungen Gewerkschafter konstruieren - trotz aller Mißachtungserfahrungen und Interessenverletzungen - Deutschland als „Wohlstandsinsel“, an deren Reichtum sie selbst in einer unterprivilegierten Position partizipieren. Im Bild der „Wohlstandsinsel“ verschwimmen die Gegensätze im Inneren der Nation. Subjektiv muß der Wechsel der Bezugssysteme gar kein Bruch sein. An die Stelle des Verteilungskonflikts im Inneren rückt die Vorstellung eines Kampfs zwischen „Kulturen“ und „Na-

tionen“. Sobald das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem berührt ist, das sich in den Augen der jungen Gewerkschafter gegenüber allen anderen Systemen als überlegen erwiesen hat, setzt eine Identifikation mit dem Status quo ein. Staatsgrenzen werden als Wohlstandsgrenzen begriffen; das ist die Perspektive, aus der heraus „nationale Identität“ definiert wird.

An die Stelle des Verteilungskonflikts im Inneren rückt die Vorstellung eines Kampfs zwischen „Kulturen“ und „Nationen“.

Auch hier geht es den jungen Arbeitern nicht in erster Linie um ethnische oder kulturelle Selbstvergewisserung, sondern um einen Begriff des Nationalen, der Wohlfahrtsansprüche legitimiert. Zur Nation soll jeder gehören, der - so das durchaus in der Tradition des Nationenbegriffs der französischen Revolution stehende Argument - die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Zum Deutungsmuster „Wohlstandsinsel“ gehört aber auch, daß man das anspruchsberechtigte Staatsvolk möglichst eng definieren möchte. Dies gar nicht einmal, weil man Migranten als unmittelbare Konkurrenten um Arbeitsplätze fürchtet. Aber man glaubt, bei einer Fortsetzung des Zuzugs selbst „zur Kasse“ gebeten zu werden.

**Produktivismus und Sozialstaat: Übergänge zur „nationalen Solidarität“**

Diese Skizze eines für die Botschaften des Rechtspopulismus offenen Alltagsbewußtseins ließe sich um markante Züge erweitern (vgl. Dörre 1994). So findet sich bei der porträtierten Arbeitergruppe ein Zwiespalt, der mit einer Art „Anti-Antiproduktivismus“ korrespondiert. Einerseits hofieren die jungen Gewerkschafter Lebensstile, die sich an einem hochgradig individualisierten Modernitätsideal orientieren. Nicht ohne Stolz läßt man sich als „Yuppie“ bezeichnen - eine Klassifizierung, die jedoch nicht für einen geleb-

ten Stil, sondern für ein „bißchen Luxus“ im Arbeiterleben, für eine symbolische Lösung biographischer Probleme steht. Andererseits verfechten die gleichen Jugendlichen konventionelle Familienformen, suchen nach Verbindlichkeit in sozialen Beziehungen und streben nach Bewahrung intimer, vertrauter „Kleinmilieus“. Zwar sind die betreffenden jungen Arbeiter gegenüber „nachindustriellen“ Konfliktlinien nicht unsensibel, aber „antiproduktivistische“ Gruppen wie Grüne und Feministinnen lehnen sie ab. Entscheidend ist nicht so sehr das politische Programm dieser Gruppen (das sie im übrigen genau so wenig kennen wie das der REPs u.a.), sondern der damit verknüpfte Anspruch einer „höheren Moral“. Ein junger Arbeiter, für den das Auto „sein bißchen Luxus“ ist, betrachtet den moralischen Zeigefinger der grünen „Anti-Auto-Partei“ als Infragestellung dessen, was seinem Leben Sinn verleiht und ihn die Widrigkeiten des Arbeitsalltags in Kauf nehmen läßt.

All das weist auf eine charakteristische Doppelstruktur zeitgenössischer Arbeiteridentitäten hin: Man sieht sich, gemessen am kulturellen Reichtum der Gesellschaft, in einer subalternen Position. Die damit verbundenen Erfahrungen sozialer Mißachtung speisen ein Bewußtsein von „oben“ und „unten“, von Interessengegensätzen, die zugleich die Motivationsbasis für gewerkschaftliche Organisierung und Aktivität sein können. Da man sich aber nicht nur als unterprivilegiertes Arbeiter, sondern ebenso als Bürger der „Wohlstandsinsel“ fühlt, weiß man sich der hegemonialen, produktivistisch-leistungszentrierten Wertordnung verpflichtet. Die jungen Arbeiter verteidigen eine Gesellschaftsordnung, innerhalb derer sie strukturell benachteiligt sind. Und sie huldigen einem Modernitätsideal, das im Widerspruch zu ihrer „konservativen“ Mentalität steht.

Der latent immer vorhandene Arbeiterkonservatismus kann sich - angesichts von enger werdenden Verteilungsspielräumen und neuer Einwanderung - zu einer scheinbaren „Systemopposition“ steigern. Charakteristisch für viele der befragten jungen Arbeiter ist, daß sie etwas gegen „das System“ haben. Mit „System“ ist zunächst der Staat samt seiner Machtinstanzen gemeint. Die mit der Wahl von REPs oder DVU verbundene Protestgeste richtet

sich dementsprechend gegen „die Etablierten“, gegen das politische System in Gänze. Aber die Opposition bleibt unwirklich; aus der Kritik am „System“ wird bei den Betroffenen z.B. das Plädoyer für ein besseres „Justizsystem“, für härteres Durchgreifen gegen „Scheinasylanten“ und strengere Gesetze bis hin zur „Todesstrafe für Drogendealer“. In den Stellungnahmen der jungen Arbeiter münden Protestmotive regelmäßig in einen Ordnungsdiskurs. Machtapparate und Herrschaftsmechanismen werden nie wirklich in Frage gestellt; es geht immer um eine effizientere Ordnung, eine bessere Herrschaft.

Damit ist etwas über den besonderen Gehalt dieses für rechtsextreme Appelle offenen Arbeiterprotestes gesagt. Die betreffenden jungen Arbeiter sehen sich allesamt dem Wertesystem jenes fordristischen Kapitalismus verpflichtet, der mit standardisierter Massenproduktion, Massenkonsum, nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik und sozialstaatlichen Sicherungen auf hohem Niveau die Basis für eine weitreichende Eingliederung der Arbeiter in den bürgerlichen Staat schuf. Die damit verbundenen Normen sind in den Persönlichkeitsstrukturen verankert und wirken über ihre Erzeugungsbedingungen den Fordismus - hinaus. Daher verteidigen die betreffenden westdeutschen Arbeiter ein Rationalitätsprinzip, das ihrer sozialen Großgruppe zum Aufstieg in der bürgerlichen Gesellschaft verholfen hat, gegen eine neue gesellschaftliche Realität. Ihre Opposition gegen „die Etablierten“ resultiert aus dem Vorwurf an die politischen Institutionen, die Versprechen des Fordismus, das „immer mehr“, „immer besser“ und „immer sicherer“ nicht mehr einlösen zu können. Es handelt sich also um eine Revolte, die „Bewahrung“ auf ihre Fahnen geschrieben hat; ein Programm, das angesichts schwindender Realisierungsmöglichkeiten auch im Kampf gegen „fremd“ und „anders“ seinen Ausdruck finden kann.

Kein Zweifel, daß die beschriebenen Formen eines alltäglichen Arbeiterbewußtseins ihre Basis im sozioökonomischen und sozialkulturellen Strukturwandel haben. Sie sind Ausdruck einer „historisch beispiellosen Asymmetrie zwischen der internationalen Organisation und Mobilität des Kapitals einerseits sowie der Zerstückelung und Segmentierung der Arbeit andererseits“ (Anderson 1993, S. 154). Die im globa-

len Maßstab zu beobachtende soziale Polarisierung hat, in diesem Punkt entgegen der Marxschen Prognose, kein homogenes Kollektivsubjekt, sondern eine Vielzahl zersplitterter, in ihrer Widerstandskraft geschwächter Sozialgruppen hervorgebracht. Hierbei kann sich die - intern ebenfalls hochgradig fragmentierte - Arbeiterschaft in den industriekapitalistischen Metropolen trotz sozialer Abstiegsprozesse noch immer auf der Gewinnerseite sehen. Allerdings zeichnet sich eine seltsame Verkehrung ab: War es der Sozialstaat, der wesentlich zur Individualisierung des Arbeiterlebens beigetragen hat, so bietet das sozialstaatlich geprägte Arbeiterbewußtsein nun die Basis für Appelle an die „nationale Solidarität“ und die Öffnung gegenüber rechtsextremen Orientierungen.

**Krise der politischen Repräsentation und die Rückkehr der „kleinen Leute“**

All das ist freilich kein zwangsläufiger, sich automatisch vollziehender Prozeß. Auch wenn dem Bewußtsein von Arbeitern in den industriellen Metropolen ein konservativer Grundzug eigen ist, bedeutet das nicht zwangsläufig, daß sie unter Krisenbedingungen mit fliegenden Fahnen zur extremen Rechten übergehen. Die „rassistische Abwehr“ als eine auf Bewahrung ausgerichtete Haltung ist nur eine unter mehreren möglichen Deutungen spezifischer Arbeiterprobleme. Sie entsteht nicht einfach spontan; vielmehr greifen Individuen und Gruppen auf intellektuell vorgedachte, über Medien und soziale Zusammenhänge popularisierte und eben auch durch die organisierte Rechte operationalisierte Deutungsmuster zurück.

Ein wichtiger Grund hierfür liegt darin, daß die Auflösung eines spezifischen Sozialstaatsbewußtseins von Arbeitern mit einer Krise der politischen Repräsentation zusammenfällt. Arbeiter sehen sich mit ihren Problemen nirgendwo aufgehoben. Aus den öffentlich Diskursen sind sie weitgehend ausgegrenzt oder sie werden nur als Opfer thematisiert. Die Teil-Modernisierung des politischen Systems wurde während der 80er Jahre in hohem Maße durch die Themen der „neuen Politik“ bzw. „neuen sozialen Bewegungen“ geprägt.



„Es gibt nichts praktischeres als eine gute Theorie.“

Kant

**Sozialist**

Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten

- ★ Die Diskussionsplattform für die SPD-Linken
- ★ Für Jusos, SPD und Gewerkschaften
- ★ Mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- ★ Erscheint 6 mal jährlich
- ★ Parteienunabhängig
- ★ Einzelheft 5,00 DM
- ★ Jahresabo 28,00 DM



Kostenloses Probeheft erhältlich bei **Sozialist** im Hörbchen 10 37079 Göttingen Fax 0551-631216

Dies zu Veränderungsimpulsen zu transformieren, war die besondere Leistung einer (links-) alternativen Opposition. Der damit verbundene „Abschied vom Proletariat“ führte jedoch dazu, daß die „soziale Frage“ auf der Linken kaum noch bearbeitet wurde. Soziale Ungleichheit nahm man häufig nur noch als kulturelle Vielfalt wahr. Dabei geriet die Entstehung einer „neuen urbanen Unterklasse“ (vgl. Schacht 1993) ebenso aus dem Blick wie die stille Reaktualisierung industrieller Verteilungskonflikte. Dies ist, im Zusammenspiel mit der die Linke besonders treffenden dramatischen Entwertung politischen Orientierungswissens einer der Gründe, weshalb rechtspopulistische Strömungen sogar im gewerkschaftlich organisierten Kern der Industriearbeiterschaft Fuß zu fassen beginnen. Die Wahl von REPs oder DVU bewirkt, daß z.B. über die Entschlüsselung von Wählermotiven „Arbeiterthemen“ wieder in die politische Öffentlichkeit gelangen. Die Wahl erscheint aus der Sicht junger Arbeiter daher als legitimer und erfolgreicher Akt der Interessenvertretung. Auf diese Weise vollzieht sich eine prekäre Rückkehr von Arbeitern in die Politik.

Die Reaktionen im offiziellen politischen System sind nicht ausgeblieben. Nicht nur in der Sozialdemokratie hat eine Wiederentdeckung der „kleinen Leute“ eingesetzt. Auch wenn die Gruppen mit sog. Arbeiterhabitus nur noch ca. 22% der Bevölkerung (das traditionell-sozialdemokratische Arbeitermilieu deckt ein Segment von nur noch 5% ab) ausmachen und somit gegen-

über den 59% mit Mittelklassenhabitus eine Minderheit darstellen (Vester 1993, S. 7), ist wohl deutlich geworden, daß die Öffnung zur - ebenfalls heterogenen, von Lohnabhängigen dominierten - Mitte nicht um den Preis einer völligen Aufgabe der Industriearbeiterschaft erfolgen darf. Entscheidend ist dabei aber, wie die „Arbeiterfrage“ thematisiert wird.

Eine konservative, auch in der Sozialdemokratie präsenste Strömung setzt das Konstrukt der „kleinen Leute“ ein, um damit einen Themenwechsel zu vollziehen. An die Stelle der Leitidee „ökologischer Umbau der Industriegesellschaft“ soll nun die bevorzugte Thematisierung des „Wirtschaftsstandortes Deutschland“ und seiner Probleme treten. Die - durchaus sinnvolle - Wiederentdeckung der „sozialen Frage“ erfolgt so in Form eines „sanften Nationalismus“ und einer Frontstellung gegen die Themen der neuen Politik und folgerichtig auch gegen rosa-grüne Bündnisse. Das Problem einer solchen Politik ist, daß sie die „soziale Frage“ lediglich taktisch thematisiert und sie in eine Richtung operationalisiert, die auf Anpassung an die populistische Rechte hinausläuft. Die Vorstellung, darüber Arbeiterwähler zu reintegrieren, könnte sich als trügerisch erweisen, weil die Ursachen von verletztem Gerechtigkeitsempfinden nicht wirklich angegangen, sondern eher noch verschärft werden. Wer die „nationale Karte“ zu seinem Trumpf machen will, spielt daher mit dem Feuer. Gibt es doch kaum Gefühlsbindungen und Traditionsbestände, die - angesichts wachsender Un-

gleichheiten - eine progressive „Besetzung“ des Nationalen erlauben würden.

### Und die Linke? Eckpfeiler für einen neuen Gesellschaftsvertrag

Trotz dieser Widersprüche sind es solche konservativen Deutungen der „sozialen Frage“, die gegenwärtig den verteilungspolitischen Diskurs bestimmen. Gibt es dazu eine Alternative? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich doch einige „Eckpfeiler“ einer anderen Thematisierung benennen:

1. Zunächst ist es zwingend geboten, trotz der Reaktualisierung des industriellen Verteilungskonfliktes, im Sinne eines „Verfassungspatriotismus“ auf dem Eigenwert demokratischer Verfahren zu beharren (dazu: Habermas 1992, Rödel u.a. 1989). Das bedeutet, das „Einwanderungsland BRD“ institutionell abzusichern, indem Bürgerrechte auf Migranten ausgeweitet werden. In diesen Kontext gehören Einwanderungsgesetz, doppelte Staatsbürgerschaft und kommunales Wahlrecht. Wenn der Begriff des Nationalen angesichts des unumkehrbaren Schwindens nationalstaatlicher Regulierungskapazität überhaupt einen Sinn haben soll, dann in der Verkoppelung mit „universalistischen“ Bürgerrechten, die nicht ausschließlich an die Formen des Nationalstaates gebunden sein dürfen.

2. Arbeiter, deren Interessenhorizont durch Verteilungskämpfe geprägt ist, neigen dazu, in engeren Verteilungsspielräumen auch einen Grund für die

Einschränkung demokratischer Standards zu sehen. Deshalb reicht eine offensive demokratische Antwort auf die neue soziale Frage nicht aus. Die Linke muß überzeugende, an Gerechtigkeitsprinzipien orientierte verteilungspolitische Antworten auf den neuen, mehrdimensionalen Verteilungskonflikt (dazu: Kurz-Scherf 1992) suchen. Auf eine kurze Formel gebracht könnte das heißen: Keine Zusatzbelastungen für die unteren Einkommenschichten; höhere Zumutungen an die Mitte und überproportionale Besteuerung der Bezieher hoher Einkommen. Allein die Anhebung der Erbschaftssteuer könnte - auch wenn das in erster Linie die Generation der Erben trifft - Milliarden freisetzen, die einer beschäftigungsorientierten Industrie- und Wirtschaftspolitik zuzuführen wären. Da es hier um Eigentumstitel geht, setzt ein entsprechendes Vorgehen allerdings Bereitschaft zu Machtkonflikten voraus.

3. Verteilungspolitik darf sich freilich nicht auf die Einkommen und die Relationen zwischen „oben“ und „unten“ beschränken. Gerade weil sich die soziale Frage in einem veränderten Kontext stellt, müssen andere Verteilungsdimensionen (Ost-West, Marginalisierte-Integrierte, Geschlechterverhältnisse, Ökonomie-Ökologie, Nord-Süd) ebenso thematisiert werden. Wichtige Ansatzpunkte sind rasche Arbeitszeitverkürzungen - soweit vertretbar auch ohne vollen Lohnausgleich - sowie eine gestaltende Arbeitspolitik, die den Sinn der Arbeitstätigkeit und die Beteiligung an Entscheidungen über das „Wie“ und „Wozu“ der Produktion ins Zentrum rückt. Auch für letzteres lassen sich bei den porträtierten Arbeitern Anknüpfungspunkte finden. Hinter den z.T. spaltenden Ressourcen- und Interessenkämpfen (dazu: Schwingel 1993) verbirgt sich auch eine moralische Dimension! Den für rechts-populistische Botschaften empfänglichen Arbeitern geht es immer auch um Anerkennung ihrer persönlichen Leistung für das gesellschaftliche Ganze; es geht ihnen um soziale Wertschätzung ihrer Tätigkeit und ihrer Personen (vgl. Honneth 1993, S. 211). Wertschätzung vermittelt sich aber nicht allein - häufig nicht einmal in erster Linie - über materielle Gratifikationen. Wichtig ist es, z.B. Formen der Arbeits- und Unternehmensorganisation zu finden, die solch fundamentalen Bedürfnissen nach sozialer Anerkennung der Person

entgegenkommen. Daß dies ein wichtiges Terrain sozialer Auseinandersetzung ist, haben wandlungsfähige Managementfraktionen längst entdeckt; es gibt jedoch keinen Zwang, ihnen das Feld zu überlassen.

An die Stelle einer taktischen Wiederentdeckung der „kleinen Leute“ muß die Vorstellung eines strategischen Bündnisses zwischen Arbeitern und Mittelschichten treten.

4. An die Stelle einer taktischen Wiederentdeckung der „kleinen Leute“ muß die Vorstellung eines strategischen Bündnisses zwischen Arbeitern und Mittelschichten treten. Auch dafür gibt es Anknüpfungspunkte. Die Zunahme von Gewalt, sozialen Problemen usw. schlägt direkt auf die Arbeitsbedingungen z.B. von sozialberuflichen Mittelschichten, Pädagogen usw. durch. Diesen Gruppen geht infolge von sozialen Desintegrationsprozessen mehr und mehr der „Spaß an der Arbeit“ verloren. Dies zu thematisieren und in einer neuen Reformdebatte aufzugreifen, könnte ein Weg sein, den Blick der Mitte wieder nach „unten“ zu richten und „Gemeinsinn aus Eigeninteresse“ (am Beispiel der USA: Ehrenreich 1992) zu fördern. Zugleich wäre das eine Alternative zum populistischen Spiel mit Gruppenegoismen (etwa: Arbeiter gegen Lehrer) und ein Schritt zu einem neuen, Reformspielräume öffnenden Gesellschaftsvertrag.

Mag sein, daß sich eine solche Politik gegenwärtig nur als oppositioneller Entwurf verfolgen läßt; als Option wird er dadurch nicht inaktuell; läuft doch der Mainstream gegenwärtig Gefahr, sich vom Rechtspopulismus die Themen diktieren zu lassen. Noch ist die „Arbeiterbewegung von rechts“ eher eine Fiktion; eine Garantie, daß es so bleibt, gibt es nicht.

1) Vester u.a. orten in ihrer repräsentativ angelegten Untersuchung zum sozialstrukturellen Wandel zwei Politiktypen, die überdurchschnittliche Sympathien für SPD und Republikaner aufweisen. Das Sozialprofil beider Politikstil-Varianten wird durch Arbeiter und einfache Angestellte bestimmt, von denen viele gewerkschaftlich organisiert sind (Vester 1993, S. 18).

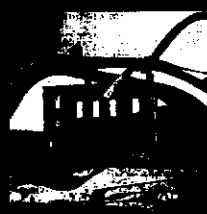
2) Die Überlegungen beziehen sich auf Dörre 1992. Es handelt sich um eine qualitativ angelegte empirische Untersuchung, die auf 40 biographischen Fallstudien aktiver junger Gewerkschaftsmitglieder aus der alten Bundesrepublik basiert. Innerhalb dieses Samples erwies sich eine relevante Minderheit ausschließlich männlicher Jugendlicher als aufgeschlossen für die Ausländerpolitik der extremen Rechten. Obwohl es sich um eine Positivauswahl handelte, die eher den gewerkschaftlichen Funktionärsnachwuchs repräsentiert, gab es unter diesen Jugendlichen auch REP-Wähler. Die Aussagen der Untersuchung haben den Status von „grounded theories“, und sie thematisieren ausschließlich den Westen der Republik. Eine ausführlichere, mit der Präsentation von empirischem Material verbundene Darstellung findet sich in: Dörre 1994.

### Literatur

Anderson, P. (1993): Zum Ende der Geschichte, Berlin.  
 Beck, U. (1993): Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/M.  
 Dörre, K. (1992): Vom Klassenindividuum zum Aktivbürger? Zwei Bände, Marburg. Erscheint unter anderem Titel im Verlag „Westfälisches Dampfboot“, Münster.  
 Dörre, K. (1994): Sehnsucht nach der alten Republik? Von den Schwierigkeiten einer gewerkschaftlichen Politik gegen Rechtsextremismus, in: Heitmeyer, W. (1994): Das Gewaltdilemma, Frankfurt/Main.  
 Dörre, K. in Zusammenarbeit mit M. Baethge, A. Grimm und W. Pelull (1993): Weder „gehobene Lohnarbeiter“ noch „individualistische Yuppies“, Forschungsbericht Göttingen. Erscheint mit dem Titel „Jugendliche Angestellte“ im Verlag Leske und Budrich, Opladen 1994.  
 Ehrenreich, B. (1992): Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, Verlag Antje Kunstmann.  
 v. Freyberg, Th. (1992): Anmerkungen zur aktuellen Welle von Fremdenhaß, in: Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Frankfurt/M.  
 Gramsci, A. (1967): Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, hrsg. u. übers. v. Ch. Riechers, Frankfurt/M.  
 Habermas, J. (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt/M.  
 Honneth, A. (1993): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt/M.  
 Jung, M. u. D. Roth (1993): Reichlich Ohrfeigen, in: Die Zeit Nr. 39, S. 5, Hamburg.  
 Kurz-Scherf, I. (1992): Die Ungleichheit materieller Lebenschancen, in: SPW 4/92, S. 32 ff., Köln.  
 Miles, R.: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg.  
 Negt, O. u. A. Kluge (1992): Maßverhältnisse des Politischen, Frankfurt/M.  
 Rödel, U., G. Frankenberg u. H. Dubiel (1989): Die demokratische Frage, Frankfurt/M.  
 Schacht, K. (1993): Rechtsextremismus, Wertewandel und politische Bildung, Wiesbaden.  
 Schwingel, M. (1993): Analytik der Kämpfe. Macht und Herrschaft in der Soziologie Bourdieus, Hamburg.  
 Vester, M. (1993): Das Janusgesicht sozialer Modernisierung. Sozialstrukturwandel und soziale Deintegration in Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B26-27/93, S. 3 - 19, Bonn.  
 Willems, H., Würtz, St., Eckert, R. (1993): Fremdenfeindliche Gewalt. Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen, Trier.

## Das Argument

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 203



Postfordismus-Krise und Rechtsextremismus

Zafer Şenocak:  
Die Schar vor der weißen Moschee

Joachim Hirsch:  
Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat

George Steinmetz:  
Die (un-)moralische Ökonomie rechtsextremer Gewalt im Übergang zum Postfordismus

Klaus Holzkamp:  
Antirassistische Erziehung als Änderung rassistischer »Einstellungen«

Britta Büchner:  
Rechtsextreme Frauen als verfolgende Opfer

Christofer Ober:  
Enrique Dussels Entwurf einer Transzendentalökonomie im Anschluß an Marx

Adolfo Sánchez-Vázquez:  
Die Utopie Don Quijotes

Kongreßberichte  
Besprechungen  
Nachrichten aus dem Patriarchat

Das Argument alle zwei Monate neu. Einzelpreis DM 14,- Abopreis DM 72,- zzgl. Versand. Abopreis für Schüler/Studierende/Erwerbslose DM 58,- zzgl. Versand. Postkarte an den Verlag genügt.



Rentzelstr. 1 · 20146 Hamburg · 040 45 36 80

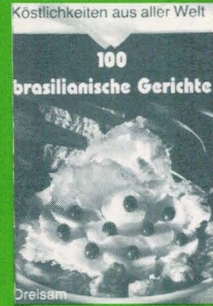


**spw** verschenkt zwei nützliche Bücher an alle, die ein neues **spw**-Abonnement an die Frau oder an den Mann bringen.

## Köstlichkeiten aus aller Welt - je 100 Kochrezepte!

Ladenpreis: DM 19,80 (Dreisam-Verlag)

- (11) Brasilianische Gerichte
- (12) Griechische Gerichte
- (13) Indonesische Gerichte
- (14) Italienische Pasta-Gerichte
- (15) Mexikanische Gerichte
- (16) Portugisische Gerichte
- (17) Provenzalische Gerichte
- (18) Russische Gerichte
- (19) Türkische Gerichte



## Mit dem richtigen Ratgeber - immer vollen Durchblick!

Ladenpreis: DM 24,50 (Dreisam-Verlag)

- (21) Umwelt-Lexikon
- (22) Haushalt ohne Gift
- (23) Recht am Arbeitsplatz
- (24) Mieterrechte
- (25) Rechtsratgeber für Arbeitslose
- (26) Verbraucherrechte
- (27) Zusammen leben - ohne Trauschein
- (28) Reisen und Recht



## Was Sie immer schon mal lesen wollten!



(31) Jürgen Kuczynski,  
Probleme der Selbstkritik

(32) Lutz Hoffmann,  
Die Unvollendete Republik

(33) L. Elm/D. Heither/G. Schäfer,  
Füxe, Burschen, alte Herren  
Ladenpreis: jeweils DM 24,80

(34) K.-H. Heinemann/W. Schubarth,  
Der antifaschistische Staat  
entläßt seine Kinder  
Ladenpreis: DM 14,80

(Papyrossa Verlag)



**Bitte die Nummern beider  
Buchgeschenke auf der  
spw-Abo-Karte angeben!**